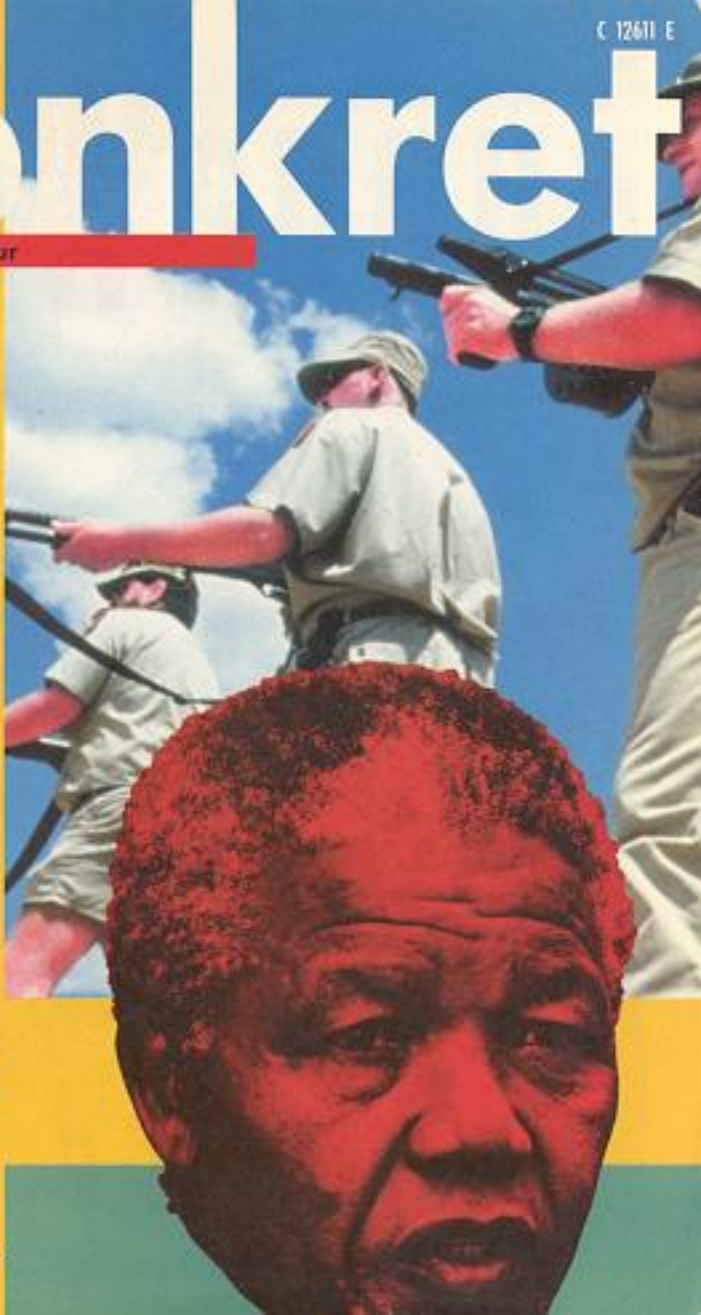
Heft 5 Mai 1994 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Wem gehört Südafrika?
- Des neuen Deutschland junge Freiheit (mit Kirch und Kohl, Nolte und Einsiedel, Bier-, Heit- & Zitelmann, Junker Jörg, Templin und Riefenstahl)
- Invasion: Bruchlandung in der Normandie
- Seeßlen über Harald Schmidt



in konkret Mai 1994

von konkret

an konkret

Creazione italiana von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Mißverständnis zum D-Day von Jürgen Elsässer
Vor 50 Jahren – am 6. Juni 1944 – landeten die Westalliierten in der Normandie und errichteten die zur Niederwerfung Nazi-Deutschlands dringend benötigte Zweite Front. Leider werden hierzulande nur wenige aus diesem Anlaß eine Flasche Champagner (bitte keinen deutschen Sekt!) entkorken, und in der Regel werden die, die das tun, zwar mit gutem Recht, aber aus falschem Grund feiern

Rechte Leute von links von Günther Jacob
Bei ihrer Suche nach neuen Alliierten und Reserven der Revolution hat es der Linken nie an Phantasie gemangelt. Dem Proletariat, das anfangs die Welt noch alleine verändern sollte, wurde im Laufe der Zeit eine wachsende und zusehends illustre Gesellschaft von Bündnispartnern zur Seite gestellt: Bauern, Kleinunternehmer und schließlich ganze »Völker« und »Nationen«. Die dabei aufgeworfene »nationale Frage« überlagerte bald die soziale und brachte schließlich einen antifaschistischen und antiimperialistischen Inter-Nationalismus hervor, der einige Jahrzehnte die Weltpolitik mitprägte und von dem heute nur der Nationalismus übrig geblieben ist

Who's left
Reform lightDie PDS

Junker Jörg im Liebknecht-Haus von Heiner Möller
Nationalistische Tendenzen hat es in der PDS von Anfang an gegeben. Mit der Verteidigung der Bundestagskandidatur Heinrich Graf von Einsiedels durch die Parteiführung haben sie allerdings eine neue Qualität erreicht: Gysi, Bisky, Brie & Co. wollen die PDS auf stramm linksnationalistischen Kurs bringen, um auch rechte Wähler zu gewinnen

Einige notwendige Anmerkungen von Boris Gröndahl

»Flamme empor!« II
Dokumentation

Beruf Bürgerrechtler von Boris Gröndahl
Das bunte Treiben ehemaliger DDR-Dissidenten läßt die Tätigkeit des MfS in neuem Licht erscheinen. Einige Beispiele

Tigersprung von Peter Hacks

»1000jährige Staatlichkeit« von Werner Pirker
»Dienst an der Heimat« statt »Chaos und Klassenhaß«, »nationale Werte« statt »kosmopolitischer Nihilismus«. – Unter der Führung Gennadij Sjuganows ist die Kommunistische Partei Rußlands zu einer völkischen Sammlungsbewegung geworden

Buch des Monats: Lobet Gott für Lenin von Michael Hahn
Mari Jo Buhle, Paul Buhle, Dan Georgakas (Hg.): Encyclopedia of the American Left. New York 1990 (Paperback: Chicago 1992), 928 Seiten, 30 Dollar

Die Achse von Otto Köhler
Gegen die von Mediengroßhändler und Springer-Aktionär Leo Kirch mitgetragene Rechtsradikalisierung des Springer-Konzerns regt sich erzkonservativer Widerstand, unterstützt von »Enteignet Springer«-68ern

Die Frequenz des Marktes von Hagen Kühn
Worin besteht die Attraktivität der neuen Ethikdebatte? Oliver Tolmeins Buch über aktuelle Formen der »Euthanasie« gibt darauf eine Antwort

KONKRET-GesprächDie Wahl der Waffen II von Esther Bejarano, Elsa Werner, Katja Leyrer, Boris Gröndahl
In der Auseinandersetzung um die Mahn- und Gedenkstätten der Ex-DDR sind die Verfolgtenorganisationen mit den praktischen Folgen des neuen deutschen Geschichtsrevisionismus konfrontiert. KONKRET sprach mit den Mitgliedern des deutschen Auschwitz-Komitees Esther Bejarano, Elsa Werner und Katja Leyrer. – Zweiter Teil der KONKRET-Serie über antifaschistische Initiativen in Deutschland

jeder ist uns der nächste 26 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Wem gehört Südafrika? von Jürgen Ostrowsky
Der ANC, demnächst südafrikanische Regierungspartei, muß mit hohen ökonomischen Erwartungen rechnen und ist – nach dem Zusammenbruch des Sozialismus – dabei gezwungen, mit dem kapitalistischen Weltmarkt zurechtzukommen

Kunst & Gewerbe

Faszinosum Faschismus von Ingrid Strobl
Zwei Tage nachdem die Lübecker Synagoge brannte, strahlte das ZDF »Die Macht der Bilder«, eine von ihrem Objekt faszinierte Dokumentation über die NS-Filmregisseurin Leni Riefenstahl aus. Ein Zufall, der keiner war: Beide Ereignisse sind Ausdruck des gleichen, hierzulande längst dringend gewordenen Bedürfnisses nach »nachholender Versöhnung«

Der Aufstand der lebenden Toten von Ingrid Strobl

Der postmoderne Entertainer von Georg Seeßlen
Harald Schmidt hat eine Fangemeinde, die von postmodernen Faschos bis zu noch modernen Intellektuellen reicht. Seine Meta-Sendungen sind mehrfach codiertes Null-Fernsehen

Cyber-Blindheit von Dietmar Dath
Ist William Gibsons »Virtuelles Licht«, der neue Roman des »Vaters des Cyberpunk«, das Ende von Cyberpunk oder ein didaktisches Korrekturunternehmen?

Ist es einfach, Althusser zu sein? von Petra Bail, Stefan Ripplinger
War Louis Althusser deshalb ein bedeutender und innovativer kommunistischer Philosoph, weil er eine ausgesprochen schwere Kindheit hatte? Zwei autobiographische Texte des französischen Marxisten geben zu Spekulationen Anlaß

Kalt erwischt von Layla Dawson
Das Werk des englischen Schriftstellers Ian McEwan baute bislang auf die zweigeteilte Welt, auf den Kalten Krieg. In seinem neuen Roman »Schwarze Hunde« bleibt den Protagonisten nur mehr die Erinnerung an dessen Vorgeschichte

Logik und Blumik von Günter Herburger
Willy Hochkeppels Kriminalstück über die Philosophie des 20. Jahrhunderts

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/94, S. 4

von konkret

Daß die Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit in neun von zehn Fällen nichts sind als Schwierigkeiten beim Schreiben (und seinen Voraussetzungen: Recherchieren, Denken), hat sich in den vergangenen Wochen wieder einmal an der »Tageszeitung« und den beiden einander noch näherstehenden national-sozialdemokratischen Blättern »Neues Deutschland« und »AK« (früher ein Kürzel für »Arbeiterkampf«, heute für »Analyse und Kritik«) gezeigt. Die ausnahms- und vergleichsweise korrekte Meldung des »Spiegel«, KONKRET-Herausgeber Gremliza werde ab Mai versuchen, der Ostberliner Tageszeitung »Junge Welt«, die »seit Jahren in finanziellen Schwierigkeiten steckt«, als »Blattmacher in der Funktion eines Verlegers« eine »letzte Chance« zu geben, wurde vom diensthabenden Redakteur der »Tageszeitung« derart falsch abgeschrieben, daß Gremliza die KONKRET-Redaktion verlassen und als »Herausgeber« zur »Jungen Welt« wechseln werde. Was aber aus dieser Falschmeldung noch werden kann, wenn sie erst einem »AK«-Mitarbeiter namens Heini Eckhoff ins Arbeiterfäustchen gerät, der, einst ein glühender Anhänger Mao Zedongs, seine bescheidenen Fähigkeiten in den Dienst des anderen Großen Vorsitzenden, Lin Bisky-Biao, gestellt hat, liest sich so:

Die »TAZ« meldete es als erste, was an linken Kneipentischen seit langem erzählt wird: Hermann L. Gremliza geht als Herausgeber zur »Jungen Welt«.

Falsch. Gremliza wird nicht Herausgeber der »Jungen Welt«, sondern bleibt Herausgeber von KONKRET.

Schon seit geraumer Zeit ist bekannt, daß Gremliza seine verlegerischen Tätigkeiten in Hamburg aufgibt.

Falsch. Gremliza bleibt verlegerisch in Hamburg tätig.

Gremliza über Gremliza: »Ich bin der einzige Verleger, der sein Gehalt privat bezahlt.«

Falsch. Das Zitat ist erfunden.

Gremliza engagierte sich fortan im Elephantenpress Verlag, der einer der großen Vereinigungsgewinnler ist.

Falsch. Gremliza hatte noch nie etwas mit dem wohl gemeinten Elefanten Press Verlag zu tun, der durch die Vereinigung im Gegensatz zu Heini Eckhoff, der bei der PDS ein nicht mehr erhofftes Auskommen fand, nichts gewonnen hat.

U. a. hatte dieser Verlag schon 1992 die »Junge Welt« eingekauft.

Falsch. Dieser Verlag hat die »Junge Welt« weder 1992 noch überhaupt irgendwann eingekauft.

Die »Junge Welt« war... nach der Wende eine der wenigen Ostzeitungen, die sich halten konnten.

Falsch. Die Auflage der »Jungen Welt« sank seit der Wende von 1,6 Millionen kontinuierlich auf 30.000 ab, wobei die Zeitung bereits 1991 das erste Mal Konkurs anmelden mußte.

Von der Redaktionsversammlung zur Einführung Gremlizas war zu hören, daß dieser als erstes von den RedakteurInnen verlangte, auf einen Sozialplan beim Scheitern des Planes zu verzichten.

Falsch. Da Gremliza weder als Gesellschafter noch als Geschäftsführer noch als Prokurist, sondern lediglich als Berater für die »Junge Welt« tätig ist, konnte er nichts dergleichen verlangen.

Heini Eckhoffs gestammelte Erfindungen sind hier ausgestellt, um die wenigen KONKRET-Leser, die vielleicht darauf hereingefallen sind, zu informieren und andere vor ähnlichen Elaboraten eines politisch interessierten Lumpenjournalismus zu warnen.

KONKRET würde ganz marginale Tendenzen in der PDS überbewerten, wenn sie die Partei als linksnationalistisch bezeichne, sagen uns ihre Sympathisanten immer wieder. Nun hat die PDS einen Bismarck-Urenkel überredet, sich für eine Kandidatur auf ihrer bayerischen Landesliste zum Bundestag bereitzuhalten. Heinrich Graf von Einsiedel verriet uns im Interview mit dem »Neuen Deutschland«, er sei »letzten Endes immer noch ein Deutschnationaler« und habe das Ende der DDR begeistert aufgenommen: »Wenn ich heute über die ehemalige Zonengrenze fahre, bin ich bereit, die Nationalhymne anzustimmen.« Innerparteilichen Kritikern fuhr die Parteiführung mit »Einigen notwendigen Anmerkungen« in die Parade, in denen sie nochmal nachlegte.

Über solche marginalen Tendenzen in der PDS und in anderen Teilen der Linken schreiben in diesem Heft Günther Jacob, Heiner Möller und Werner Pirker; Boris Gröndahl berichtet über Diskussionspartner und Nicht-Diskussionspartner der PDS. KONKRET diskutiert unter dem Titel »Deutsch oder links. Die Nation und ihre Opposition« am 17. Mai um 19 Uhr im Großen Hörsaal des Fachbereichs Physik der Universität Rostock. Zugesagt haben der KONKRET-Autor Jürgen Elsässer, der Vorsitzende der PDS-Fraktion im mecklenburgischen Landtag, Johann Scheringer, Kathrin Gerlof,

stellvertretende Chefredakteurin der »Jungen Welt«, und KONKRET-Redakteur Wolfgang Schneider.

Konkret 05/94, S. 6

an konkret

Zwischenstrophen
KONKRET 4/94: Kein »ehrliches Tagebuch« von Horst Tomayer
Die Orgel ohne Organist
Wie der Ozean ohne Wasser ist

Ein edler Stein ist der Opal
Das Ovum ist zumeist oval

Der Ochs ist ein verschnittnes Rind
Obszön sind nackte Fraun im Spind

Der Papst der ist ein Orthodoxer
Das Pferd hat Heidenangst vorm Oxer

Den Oscar gibts in Hollywood
Das Opium tut manchmal gut

Selten gelb wie Osterglocken
Sind obergine Herrensocken

Der Ostnordost der weht so kalt
Wie der Odem vom OberSTA'walt

Gar lieblich klingt die Operette
Oralverkehr staut sich im Bette

Acht Arme hat der Oktopode
Das Omelett ist stets in Mode

Die Oma ist osteoporös
Der Ohrwurm macht den Kopf nervös

Operiert wird schmerzlos im OP
Die Obduktion tut auch nicht weh

Die Onkelehe zahlt sich aus
der Obrigkeitsstaat ist ein Graus

Der Onanist sich selber reibt
Der Overkill stets übertreibt

Orplid heißt das von Eduard Mörike entdeckte Traumeiland

Aus Organza ist mancher schwäbischen Qualitätswaffenfabrikantengattin Repräsentationsgewand

Horst Tomayer

Hamburg

Welche Lüge?

KONKRET 4/94: »Da ist alles gelogen« von Martin Lettmayer

Lächerlich, sich mit dem reißerischen Titel »Bosnien: Die Vergewaltigungs-Lüge« von Aufmachern des »Stern« oder der »Bunte« abgrenzen zu wollen.

Wozu dieses Geschrei der Redaktion, wenn selbst der Autor des Artikels nur zurückhaltend seine Kritik äußert (und sich als letzten aufrechten Journalisten preist)? Abgesehen davon braucht Vergewaltigung kein spezielles Equipment. In einer Turnhalle kann massenhaft vergewaltigt und diese tagsdrauf dem interessierten Journalisten schon wieder blitzsauber vorgeführt werden, einen Monat später dem Poeten sogar als »verwaist« anmuten.

Im übrigen ist es unerheblich, ob massenhaft »einfach so« oder in Lagern vergewaltigt wird. Worin besteht nach Meinung der KONKRET-Redaktion die Lüge bzgl. Vergewaltigungen in Bosnien?

Katrin Welge

Frankfurt

How could he show that?

KONKRET 3/94: »We couldn't show that« und KONKRET 4/94: »Schirrmachers Liste« von Sabine Horst

In vielerlei Hinsicht konnte ich mit Sabine Horsts Artikel übereinstimmen, gerade weil sie die Ambivalenz reflektiert, die entsteht, wenn Auschwitz zum Produkt, zur kulturindustriellen Ware wird. Denn nach Auschwitz ist es eigentlich insbesondere unmöglich geworden, Filme zu drehen, geschweige denn Filme über Auschwitz. Zutreffend ist auch, daß Spielberg über weite Strecken der Balanceakt zwischen einer scheinhaften Identifikation, einer »erpreßten Versöhnung« des Zuschauers mit den Opfern des NS-Terrors und einer ebenso falschen und verharmlosenden gänzlichen Namenslosigkeit der Ermordeten gelingt.

Doch die letztlich bruchlose Sympathie mit »Schindlers Liste« ist so unangemessen wie das teils stark verschleiernde Bild, das durch jenen Film erzeugt wird. Spielberg führt die Kamera in einen Massenduschraum im KZ, der den filmisch dargestellten Frauen wie dem Betrachter unmittelbar als Gaskammer erscheinen muß, als Ort der größten Barbarei der Menschheitsgeschichte - ohne Bilderverbot, sondern geradezu »tabubrechend«. Die filmische Reflexion über die Scheinhaftigkeit der Darstellung hebt sich auf. Der Regisseur produziert gerade an dieser Stelle eine fatale Identifikation des Kinobesuchers mit den Frauen, die vor ihrer Ermordung stehen. Kein Schnitt folgt, sondern mehrere Sekunden der angespannten Erwartung, die auch beim Kinokonsumenten »Spannung« erzeugen, ein kulturindustrielles Spiel mit dem Entsetzlichsten.

Schlimmer noch: Spielberg suggeriert an dieser Stelle ein »happy ending«; aus den Duschen strömt Wasser, kein Gas, und die Frauen sind erleichtert, die Wirklichkeit des systematischen Völkermords wird mindestens für Momente zum Gerücht. Nur die Darstellung des qualvollen Todes der menschen wäre geschmackloser, die Opfer des Holocaust noch verachtender gewesen. *How could he possibly show that?*

Schließlich führt Spielberg den Zuschauer zur Einfühlung mit Schindler, der aber nicht nur solidarisch, sondern lange auch deutscher Kriegsgewinnler und Täter war. Die jüdischen Menschen verharren im Film hingegen größtenteils in der bloßen Opferrolle, die trotz der Bemühungen der herrschenden deutschen Geschichtsschreibung mittlerweile widerlegt ist. Sei es in den Ghettos, sei es im Untergrund, sei es selbst in den Konzentrationslagern: viele jüdische Menschen leisteten Widerstand, doch sie standen damit zumeist allein und hatten ansonsten keine Schindlers im deutschen Kapital oder anderswo in der völkischen Gemeinschaft. Dieses Verschweigen der jüdischen Widerstandsgeschichte wird in »Schindlers Liste« für ein Massenpubliklum reproduziert.

Dem Film sind, trotz seiner Lobpreisung durch die Schirrmachers und von Dönhoffs, große Verdienste zuzuschreiben; er ist ein schwer verdaulicher Stachel im deutschen Schmerbauch der Verdrängung. Er hätte von der BRD nicht produziert werden können, wie auch das Washingtoner Holocaust-Museum in Deutschland nicht hätte errichtet werden können. Die offensichtlichen Defizite der Produktion sollten deshalb nicht verschwiegen werden.*Lars RensmannBerlin*

Dürftige Prognose

KONKRET 4/94: »Neues vom Juglar« von Held, Hübner, Kuczynski, Kurz und Wolf

Vielleicht sind Konjunkturprognosen überflüssig, sei es, weil schlechtere als diejenigen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage nicht zu stellen sind, wie Winfried Wolf meint, sei es, weil sich die Herrschenden durch Konjunkturprognosen nur das legitimieren lassen, was sie vorhaben, wie Karl Held festhält, sei es weil »Konjunktur« nur eine Überlagerung verschiedener Arten von Zyklen ist, wie Kurt Hübner lehrt. Die Frage ist nur, warum dann nicht auf ihre Abfassung verzichtet wird – zumal KONKRET wohl auch Artikel über das Wesen der Arbeitsgesellschaft, der Kritik oder des grippalen Bruttosozialprodukts ohne Bezugnahme auf die Konjunktur, die bei derlei Überlegungen ohnehin nicht interessiert, veröffentlicht haben würde. Für die Zukunft bleibt: Entweder gleich die Kurz-fassung des »Memorandum« drucken (das ist zwar nicht so radikal, aber immerhin methodisch geschlossen) oder den Autoren zumindest eine Gliederung vorgeben: Ausführungen über die Klassenverhältnisse wären von den Daten des bisherigen Konjunkturverlaufs und dem in nächster Zeit zu erwartenden zu trennen. Sollte dann der Prognoseteil ähnlich dürftig ausfallen wie diesmal, würde das immerhin zeigen, daß die Erkenntnis des alten Marx verloren gegangen ist, nach der die Konjunktur über Erfolg oder Mißerfolg politischer Initiativen entscheide. Das würden wir anders doch niemals erfahren haben!

Thorsten Cabalo

Bochum

Chance versäumt

KONKRET 4/94: »Von letzten Dingen« von Günter Kolodziej

Man trägt wieder national, und weil man doch längere Zeit so gar nichts Richtiges hatte, um nationale Gefühle daran festmachen zu können, muß nun – anläßlich des Christoschen Verpackungsprojekts – der Reichstag dazu dienen. Dabei ist der ganz überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung dieser Prunkbau aus der Zeit des zweiten deutschen Reichs fremd und gleichgültig. Markus Wasmeier oder Katharina Witt ziehen doch mehr nationales Identifikationspotential in der Bevölkerung auf sich alsder Reichstag, der im übrigen eher ein Symbol bürgerlich-parlamentarischer Ohnmacht und nationaler Niederlagen ist. Schließlich wurden am Reichstag die jämmerlichen Reste der einst so glänzenden (und unsäglich brutalen) deutschen Armee von sowjetischen Soldaten regelrecht zu Paaren getrieben, was einem den alten Kasten geradezu wieder sympathisch machen könnte.

Die Linke im neuen Deutschland hat es einmal mehr versäumt, der Rechten das Spiel und das politische Geschäft mit nationalen Symbolen zu verderben. Hätten bereits am 20. Juni 1991 mit mir nur 10 PDS- und Bündnis 90/Grüne-Abgeordnete im Bundestag für Bonn und gegen Berlin als Hauptstadt gestimmt, wäre für alle Zukunft das wieder auf nationale Größe und Glanz erpichte deutsche politische Establishment an die drittrangige Provinzstadt Bonn gefesselt worden, eine Stadt, in der man keine Militärparaden, sondern allenfalls Karnevalsumzüge und Friedensdemonstrationen abhalten kann. Die anderen hätten Paris, London, Rom usw., die Deutschen hätten Bonn. Die deutsche Rechte hätte getobt, wenn ihr ausgerechnet die PDS diesen Teil des Weges zurück zur Großmacht, mit allen Insignien nationaler Größe, verdorben hätte. Für die PDS-ex-SED war das wahrscheinlich die letzte Möglichkeit überhaupt, noch einmal nachhaltig auf die deutschen politischen Verhältnisse Einfluß zu nehmen.

Ulrich Briefs, MdB

Posterholt/Niederlande

Konkret 05/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

Creazione italiana

Sagen Sie, Maestro, wo waren Sie am Sankt Valentinstag?

Ich? Ich war bei Rigoletto.

Was ist sein Vorname? Wo wohnt er?

Das ist eine Oper, Sie Banause.

Wo wurde sie gespielt? In der Garage von Zahnstocher-Charly?

Nie von ihm gehört.

Auch nicht von der Tiptop-Reinigung in der Wabash-Avenue? Dort haben Sie ihre Gamaschen hingeschickt. Sie waren voller Blut.

Weil ich mich beim Rasieren geschnitten habe.

Wie im Dialog zwischen dem Inspektor und Gamaschen-Colombo beim Jahrestreffen der Freunde der italienischen Oper lebt die Mafia im Industriebewußtsein: als brutale Geheimbande von Terroristen und Erpressern, mit nichts beschäftigt als Mord und Korruption. Daß endlich die guten Geister einer Nation sich erheben, um dem Treiben der kriminellen Organisation ein Ende zu machen – welcher Konsument wünschte es nicht?

Wünschen es auch die Fabrikanten? Lange haben sie es nicht getan. Die Mafia wäre die erste Organisation von einiger Macht, die gegen den Willen und das Interesse der herrschenden Klasse in deren Staat sich über bald ein Jahrhundert hätte halten können. Da muß es bessere Gründe für ihre Duldung gegeben haben als die bürgerliche Liebe zu Kopfschuß und knackenden Knochen.

Es gab sie. Was da Mafia heißt, ist, anders als »Einer gegen die Mafia« und ähnliche B-Movies erzählen, nicht die Erfindung einiger Berufskiller, sondern süditalienischer und sizilianischer Bauern, die sich zum Schutz vor feudaler Willkür, dann vorm Diktat des Marktkapitals zusammenschlossen, und italienischer Einwanderer in die USA, die anders gegen die herrschende Clique der weißen angelsächsischen Protestanten nicht vorankamen. Daß die mafiosen Bünde sich bald zu kriminellen Vereinigungen entwickelten, lag am Vorbild, das sie sich nahmen. Sie etablierten eine strenge Hierarchie, die das Herrschaftswissen mit Geheimschutz umgab und das Recht auf Gewaltausübung ebenso monopolisierte wie die Macht zu strafen, wobei zwar Geld- und Bewährungs-, aber, mangels Haftanstalten, keine Freiheitsstrafen verhängt werden konnten, sondern für Verrat und auch bloß für Unterschlagung immer nur die Todesstrafe. Wer auf diese Weise den bürgerlichen Staat nachmacht oder nachgemachten bürgerlichen Staat spielt, wird zum Verbrecher.

Was immer aus Camorra und Cosa nostra geworden ist – einige Relikte ihrer Gründungsmotive blieben an ihnen hängen. Hätten die Corleones und Capones nur mit Drogen gehandelt, erpreßt und gemordet, wären sie längst beseitigt – verraten von unten, abgestraft von oben, weggesperrt und vergessen. Sie sind aber eben nicht nur Staat im Staat als Gewalt-, sondern auch Staat im Staat als Wohltäter, in Chicago südlicher Abschnitt wie auf den Dörfern Siziliens, in denen es seit Jahrzehnten keine Lohnarbeit gibt und in denen doch keiner hungert, weil der örtliche Patron genug zum Überleben aller abgibt. Die Konditionen fallen auf beiden Seiten, der des Staats im Staat und der des Staates, unters Gesetz des Schweigens: Die Mafia sorgt durch Gaben und Drohungen dafür, daß die vom kapitalistischen Apparat als unbrauchbar ausgespuckten Menschen nicht zu den Kommunisten gehen, der Staat gibt ihr dafür einiges Geld und guckt weg, wenn die Organisation ihren restlichen Bedarf außerhalb des Gesetzes deckt.

Daß bei soviel Gemeinsamkeit der Interessen engste persönliche Bindungen entstehen, kann nur den liberalen Journalisten, das heißt: den konstitutionellen Dösbattel wundern, den selbst die Mitteilung zu erschüttern vermag, daß einer wie Andreotti, der in Rom als Mann der Democrazia Cristiana auf allen möglichen Posten regiert hatte, zugleich Mann der Mafia gewesen sein soll. (Aber es gibt ja auch erwachsene Abgeordnete und Journalisten, die sich und die Nation täglich in allem Ernst fragen, ob Stolpe in der DDR ein Mann des Staates oder ein Mann der Kirche gewesen ist. Er war natürlich Konsistorialpräsident, das heißt: beides, und ich fürchte, daß er in mehr Fällen die Staatssicherheit an seine Sekte verraten hat als umgekehrt.) In Italien jedenfalls ist von zweien mindestens einer beides, was eine staatsanwaltliche Mafiaverfolgerin, die sich Berlusconis Saubermännern angeschlossen hat, nach Durchsicht der Mitgliederlisten der »Forza Italia« zu dem Ausruf veranlaßt haben soll: »Das sind ja alles alte Bekannte!«

Bei den beiden anderen Parteien des rechten Bündnisses, das sich »Pol der Freiheit« nennt, bei der Lega und den Faschisten, dürfte es sich nicht viel anders verhalten. Und dennoch waren die Parolen ernst gemeint, mit denen Fini, der Faschist, Bossi, der Radaukapitalist, und Berlusconi, das Medium als Message der Banken, bei denen er so aussichtslos verschuldet ist wie drei ehemalige Volksrepubliken zusammen, in den Wahlkampf gezogen sind: Gegen die alte, korrupte Politik, gegen das alte, teure System. Für den freien Markt, gegen den Sozialstaat und den Sozialstaat im Staat, der die Mafia auch ist und dessen Leistungen die neuen Herren nicht mehr finanzieren wollen. Oder vielleicht nicht mehr können?

Ganz gewiß aber nicht mehr müssen. Es war nicht irgendwann, daß Italiens Kapital die Privatisierung staatlicher Einrichtungen, eine drastische Senkung des Staatshaushalts und eine Politik der »sauberen Hände« zu forcieren begann. Es waren präzise die Jahre um 1990, als die Kommunisten in Moskau vor einem konkursreifen Klassenfeind kapitulierten und ihm die kaum mehr erhoffte Chance eröffneten, sich durch den Umbau der bürgerlichen Demokratie in eine autoritäre Eliteherrschaft zu sanieren. An das Vorbild dieser zweiten Modernisierung des italienischen Kapitals erinnert ein Foto, dem die »Frankfurter Allgemeine« in dem verdrucksten Deutsch, in das sie fällt, wenn ihre Sympathien mit ihr durchzugehen drohen, die Unterschrift gab: »Ebenso politisch wie herzlich ist der Händedruck zwischen Silvio Berlusconi und Alessandra Mussolini im Parlament.«

Wer weniger Geld ausgeben will oder kann, braucht mehr Polizei. Wer nicht die Mäuler stopfen will, muß die Gefängnisse stopfen. Die zwei Seiten der bürgerlichen Medaille sind: Köpfen oder zahlen. Nur wenig später als Italiens Herren, die in ihrem Land einen Ekel vor dem alten System, eine Mafia und eine Korruption ausgemacht hatten, entdeckten die Klassenbrüder im Norden etwas ganz ähnliches, nämlich eine Politikverdrossenheit, die gern auch Glaubwürdigkeitslücke oder so heißen darf, ein organisiertes Verbrechen und einen Mißbrauch des Sozialstaats. Und in dem zeitlichen Abstand, den die modischen Einfälle des Ermenegildo Zegna brauchen, bis der Hugo Boss sie seinen stellvertretenden Abteilungsleitern andrehen kann, inszenierten die deutschen Bürgermedien Skandal über Skandal, um einen rechtwinkligen Politikertyp nach vorn zu bringen, der dem Volk ehrlich die Wahrheit sagt, daß es in Zukunft weniger Lohn, Krankengeld und Sozialhilfe gibt, dafür einen nationalen Aufschwung mit der Bundeswehr in aller Welt sowie Sicherheit, Recht und Ordnung, die Ausweisung von Scheinasylanten, das Abhören der Wohnungen und eine Geheimpolizei. Und wiederum wie in Italien, wo der ehemalige Kommunist Occhetto angeboten hatte, selber alles viel besser und schneller zu erledigen, was Berlusconi versprochen hatte, beschloß die SPD ein Programm, neben dem das Godesberger als ein Papier der RAF erscheint, während die Nachfolgepartei der SED feierlich erklärte, keine Klassen mehr zu kennen sondern nur noch Deutsche.

Derweil würdigten die Blätter der deutschen Väter und Söhne die Wiedervereinigung der italienischen Rechten mit den Faschisten aufs freundlichste. Die »FAZ« rühmte die »neuen Leute in alten Gemäuern«, schrieb von »einer Stimmung des Aufbruchs und der Bewegung« und einem »unbekümmerten Bruch mit einer von Korruption belasteten Vergangenheit«. Die »TAZ« fand unter der Überschrift »Auftritt: Die Pragmatiker«, die Wahl habe »auch Positives« gehabt: »Mehr als ein ›Rechtsruck‹ nämlich ist das Wahlergebnis ein Nicht-Linksruck.« Wer will, wird das in Deutschland im Herbst auch sagen können.

Konkret 05/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Stabü I

An den Schulen der DDR wurde einst unter dem Titel »Staatsbürgerkunde« (»Stabü«) ein Fach gelehrt, in dem, wer wollte, »lernen, lernen, lernen« (Lenin) konnte, was es zum Beispiel mit dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auf sich habe, in dem also ein Stoff unterrichtet wurde, dessen Gebrauchswert sich für die Schüler teilweise erst viele Jahre später erweisen sollte.

Die Kunde, was ein Staatsbürger (Nord) sei, und welche Rechte er innehabe, wurde in den letzten Wochen nicht an Schulen gegeben, sondern in dem zentralafrikanischen Staat Ruanda, wo militärische Einheiten und militärisches Gerät aus Belgien, Frankreich, den USA und Deutschland zur Rettung von Metropolenbürgern mit einer Selbstverständlichkeit hin- und herbewegt wurde, als befände man sich in Belgien, Frankreich, den USA oder Deutschland.

Doch nicht mal diese Trennung zwischen Staatsbürger (Nord) und Staatsbürger (Süd) ist barbarisch genug, als daß die deutschen Volksgenossen sie nicht noch barbarischer vollziehen könnten, was sich dann in einer Meldung der »Frankfurter Allgemeinen« so ausnimmt:

Anders als Deutschland, das am Wochenende mit einem Airbus der Luftwaffe fast nur Deutsche heimholte, haben Franzosen und Belgier die Flüchtlinge auch in der relativen Sicherheit von Bujumbura, der Hauptstadt von Burundi, nicht nach dem Paß gefragt. Ihre Flugzeuge brachten Flüchtlinge aller Nationalitäten, auch Kenianer und andere Afrikaner sowie die letzten elf deutschen Rundfunktechniker, in die kenianische Hauptstadt Nairobi.

Stabü II

Daß aber keiner sage, dies sei in Deutschland nicht auf Kritik gestoßen! Bereits einen Tag später konnte dieselbe »Zeitung für Deutschland« melden:

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, äußerte indessen ein »ungutes Gefühl« darüber, daß die elf Mitarbeiter der Deutschen Welle aus Ruanda ohne Mithilfe der Bundeswehr in Sicherheit gebracht wurden. »Schutz für deutsche Staatsbürger auszuüben, halte ich für eine legitime Pflicht der deutschen Streitkräfte«

Wenn deutsche Generäle anfangen, Schutz auszuüben, sollte man rechtzeitig bei den belgischen Fallschirmspringern anfragen, ob sie einem im Zweifel Schutz gewähren würden.

»Keinen Mann

diesem Staat!«, hatte die Arbeiterbewegung früher einmal erklärt. Wäre sie dabei geblieben, dann gäbe es die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) nicht, die jetzt endlich den Auslandseinsatz von Zivilbeschäftigten der Bundeswehr tarifvertraglich geregelt hat. In dem Tarifpaket enthalten sind laut einer Meldung der »Mitbestimmung« gottlob auch Bestimmungen über einen Reisezeitenausgleich und über die Ausrüstung mit Schutzkleidung. Falls ein Zivilbeschäftigter bei dem Auslandseinsatz ums Leben komme, sehe der Tarifvertrag eine »angemessene Entschädigung« vor. So würden beispielsweise Risiken bei der Abbezahlung von Hypotheken auf ein Familienheim vom Bund abgedeckt.

Stabü III

Das Landratsamt Starnberg – Ausländeramt – erläßt folgenden Bescheid:

Der minderjährige türkische Staatsangehörige Nas Azat..., wird aufgefordert, das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland binnen 14 Tagen nach Zustellung dieses Bescheides zu verlassen... Gründe:... Die sofortige Vollziehung war anzuordnen, weil das besondere öffentliche Interesse eine sofortige Aufenthaltsbeendigung erfordert.

Die Eltern des minderjährigen türkischen Staatsangehörigen Nas Azat haben in der BRD Asylantrag gestellt. Der minderjährige türkische Staatsangehörige Nas Azat wurde geboren am 6. Februar 1992.

Allein gegen die Antifa

Die ganze Welt der »Jungen Freiheit« in einer Spalte Kurzmeldungen. Von oben nach unten:

Weitere Gelder für Fremdarbeiter vorgesehen (»Fremdarbeiter« ist der Nazibegriff für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die deutsche Firmen während des zweiten Weltkriegs beschäftigten.) – *Neuer Fonds für NS-Verfolgte*

geplant – Wiedergutmachung für Erbkranke beschlossen (»Erbkranke« ist der Nazibegriff für die Opfer von Zwangssterilisierungen und Euthanasie, über Wiedergutmachung für diese NS-Opfer wird in der Meldung gar nichts gesagt.) – *Entschädigung für Verurteilte der NS-Justiz* – Und schließlich: *Würdigung österreichischer Kriegsgefangener bleibt aus*

Deutschland, die verfolgende Unschuld.

Söhne unseres Volkes I

Auf dem Soldatenfriedhof Pfaffenheck/Hunsrück liegen 300 Soldaten, die noch im Frühjahr 1945 dem Führer die Treue hielten. Weil unter den Toten auch Soldaten der Waffen-SS sind, will der Kommandeur einer Koblenzer Bundeswehreinheit seine Truppe an der jährlichen Gedenkfeier nicht teilnehmen lassen. Die Ziele der Waffen-SS seien mit den »Werten von Recht, Freiheit und Demokratie« nicht zu vereinbaren.

Während der Kommandeur offen ließ, ob die Ziele der Wehrmacht mit den »Werten von Recht, Freiheit und Demokratie« zu vereinbaren waren, meldete sich der schon fast totgeglaubte Alfred Dregger endlich wieder zu Wort und rügte die »unerhörte Ehrabschneidung« an »jungen Söhnen unseres Volkes, die diesem alles gegeben haben.«

Söhne unseres Volkes II

Kein Dementi kam von dem schon erwähnten schutzausübenden Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann, als das Fernsehmagazin »Panorama« berichtete, er halte das Anbringen des Eisernen Kreuzes und von Dienstgraden der Wehrmacht und der SS an Kriegsgräbern deutscher Teilnehmer des zweiten Weltkriegs für »unabdingbar«. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums dementierte lediglich den Naumann von »Panorama« zugeschriebenen Satz, wer Dienstgrade auf Gräbern in Ungarn oder Polen »nicht akzeptiert, dem muß man, da man von uns erhebliche wirtschaftliche Unterstützung erwartet, die Daumenschrauben anziehen«.

Söhne unseres Volkes III

Die Mannheimer Polizei und die Staatsanwaltschaft teilen auf Nachfrage mit, daß gegen die ausländerfeindlichen Anwohner, die vor zwei Jahren im Mannheimer Stadtteil Schönau eine Asylbewerberunterkunft belagert und bei einer Demonstration einen Polizisten verletzt hatten, keine Ermittlungen geführt wurden. »Es war nicht die Absicht, betrunkene, aber nicht kriminelle Bürger mit Strafverfahren zu überziehen«, begründet der Mannheimer Polizeisprecher Volker Dressler nach Berichten der Heidelberger »Rhein-Neckar-Zeitung« den Verzicht auf jede Strafverfolgung. Die Staatsanwaltschaft nahm keine Ermittlungen auf, weil die »Polizei nichts an die Staatsanwaltschaft weitergegeben« habe, sagt Oberstaatsanwalt Franz-Josef Denz. Es habe sich bei den Krawallen auf der Schönau um »Störungen« gehandelt, »da lagen keine Straftaten vor«. Gegen rund 150 Demonstranten, die damals gegen die ausländerfeindlichen Ausschreitungen protestiert hatten, wurden hingegen Verfahren angestrengt.

Zu deutsch

Dan Diners neues Buch (*Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland*. Eichborn 1993, 190 Seiten, 36 Mark) ist ein Musterbeispiel dafür, was passiert, wenn man nur in deutschen Kategorien denkt. Zwar bringt Diner eine exzellente Ableitung der rassistischen Natur des deutschen Antiamerikanismus und eine hervorragende Darstellung seiner Kontinuität von der Romantik über den Nationalsozialismus bis heute. Doch greift er mit dieser zutreffenden Analyse jede Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten an, speziell am zweiten Golfkrieg. Während er die Friedensfreunde richtig kritisiert, die gegen den »Coca-Cola-Imperialismus« kämpfen, macht er letzten Endes den gleichen Fehler, indem auch er Antiimperialismus mit Antiamerikanismus verwechselt. Detlev Claussen hat dagegen während des Golfkriegs die Formel vom Antiamerikanismus als »Antiimperialismus der dummen Kerle« angeboten. Diner läßt außer acht, daß der Kampf zwischen den erdverbundenen Deutschen und den oberflächlichen Amis einer zwischen zwei rivalisierenden imperialistischen Staaten ist. Dadurch bleibt er leider unfähig, über Deutschland hinaus zu blicken.

Deutscher Antiamerikanismus ist die weinerliche Klage »Wir würden die Welt besser beherrschen als diese kulturlosen Amis«. Er ist hervorragend geeignet, dem Neonazi, dem Bildungsbürger und dem Autonomen beizubringen, Deutschland zu lieben. Aber sollte man deshalb aufhören, die Verbrechen der imperialistischen USA auch so zu nennen?

John Goetz

Konkret 05/94, S. 12

Jürgen Elsässer

Mißverständnis zum D-Day

Vor 50 Jahren – am 6. Juni 1944 – landeten die Westalliierten in der Normandie und errichteten die zur Niederwerfung Nazi-Deutschlands dringend benötigte Zweite Front. Leider werden hierzulande nur wenige aus diesem Anlaß eine Flasche Champagner (bitte keinen deutschen Sekt!) entkorken, und in der Regel werden die, die das tun, zwar mit gutem Recht, aber aus falschem Grund feiern

Die große Mehrheit der Eingeborenen wird an diesem Tag entweder geschichtsvergessen zwischen Musikantenstadl und Titti Fritti hin- und herzappen oder – als unbewußtes Echo auf den Kommentar der »Welt«, wonach die Siegesfeiern in der Normandie »demonstrativ Ausländerhaß« gegen die Deutschen säten – mißgelaunt durch die Gegend streunen und zwecks Revanche irgendeinem »Besatzer« auflauern. Aber diese Leute sind ein Fall für die psychosoziale Betreuung oder für die Justiz, und es wäre verschwendete Zeit, sich durch »Aufklärung« zu ihrem Hampelmann zu machen. Das kleine emanzipatorische Potential in diesem Land wird verkörpert durch Menschen wie Ralph Giordano, Henryk M. Broder oder Peter Gingold. So unterschiedlich sie in ihrer Weltanschauung sein mögen – Gingold hat sich als Emigrant der Résistance angeschlossen und ist seither Kommunist, Giordano wird sich, nennt man ihn »Sozialdemokrat«, wohl kaum beleidigt fühlen, und Broder ist des »FAZ«-Feuilletons liebstes Enfant terrible – , so verbindend ist die ihnen gemeinsame Erfahrung: Ihre Angehörigen wurden in deutschen KZs ermordet.

Alle drei haben sie Kommentare zur inländischen Diskussion um den D-Day verfaßt. Alle drei begrüßen darin, daß Helmut Kohl zu den offiziellen Feiern am »Omaha Beach«, an dem die entscheidenden Kämpfe der Landungstruppen stattfanden, und im nahegelegenen Caen nicht eingeladen wurde, und alle drei hoffen, daß sie nicht die einzigen in Deutschland sind, die sich über den 6. Juni 1944 freuen. So weit, so gut. Aber worüber soll man sich freuen? Gingold nennt die »Befreiung Deutschlands von der Nazi-Barbarei«, und Giordano präzisiert, der D-Day sei »die Voraussetzung für die Zukunft des demokratischen Deutschlands« gewesen. Am deutlichsten wird Broder: Er empfiehlt Kohl, eine Riesenfete »mit Unmengen russischen Kaviars, französischen Croissants, amerikanischen Hamburgern und britischen Fish and Chips« zu veranstalten, wo er sich daran erinnern solle, »daß er dank der alliierten Intervention der Kanzler eines demokratischen Deutschlands werden konnte«.

Diese Sichtweise ist eine apologetische Rückprojektion aus dem Jahre 1994 und hat mit der historischen Wahrheit nichts zu tun. Der Anti-Hitler-Koalition ging es damals nicht um die Rettung Deutschlands, sondern um seine Zerstörung; nicht um die Befreiung Deutschlands von der Barbarei, sondern um die Befreiung der Welt von einem barbarischen Deutschland. Einer wie Kohl hätte es nach dieser Zielsetzung zwar zum Kanzler bringen können, aber nicht zu dem der Deutschen, sondern höchstens zu dem der Pfälzer. Zum Zeitpunkt der Landung in der Normandie waren sich die Staaten der Anti-Hitler-Koalition nämlich einig über eine sehr weitgehende Aufteilung des Deutschen Reiches in mehrere Separatstaaten, und die Einigkeit in dieser Frage bildete eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Eröffnung der Zweiten Front.

Der D-Day war auf der Konferenz von Teheran (28.11.- 1.12.1943) beschlossen worden, dem ersten Zusammentreffen von Churchill, Roosevelt und Stalin. Die Konferenz stand im Zeichen großer sowjetischer Geländegewinne nach der Schlacht von Stalingrad, aber eines nur langsamen Vorrückens der Westalliierten in Italien und Fernost. Bei der Diskussion um die Zukunft des besiegten Deutschlands befürworteten Stalin und Roosevelt übereinstimmend seine völlige Zerstückelung, während Churchill eher einer Nord-Süd-Teilung den Vorzug gab. Da ja zur Zeit wieder viel von »konkre-ter Utopie« die Rede ist, soll an dieser Stelle Roosevelts Vorschlag im Wortlaut wiedergegeben werden: »Ich meine, Preußen müßte möglichst geschwächt und verkleinert werden. Preußen müßte der erste selbständige Teil Deutschlands sein. Teil zwei sollte Hannover und die nordwestlichen Gebiete Deutschlands, Teil drei – Sachsen und das Gebiet um Leipzig, Teil vier – die Provinz Hessen und die Gebiete südlich des Rheins sowie die alten westfälischen Städte, Teil fünf – Bayern, Baden und Württemberg umfassen. Außerdem müßten die Gebiete entlang des Kieler Kanals und um Hamburg aus Deutschland herausgelöst und den Vereinten Nationen oder den vier Großmächten zur Verwaltung übergeben werden. Das Ruhr- und das Saargebiet müßten entweder der Kontrolle der Vereinten Nationen oder aber der Kuratoren ganz Europas unterstellt werden.«

Churchill wollte Süddeutschland etwa entlang der Mainlinie von Preußen abtrennen und mit Österreich und Ungarn zu einer Donauföderation verbinden; dahinter steckte die Einschätzung, daß nur die Preußen mit ihrer militaristischen und obrigkeitsstaatlichen Tradition gefährlich seien. »Die Süddeutschen werden keinen Krieg anzetteln«, gab Churchill zu bedenken. Stalin unterstützte Roosevelts weitergehenden Plan und kritisierte Churchill: »Alle Deutschen sind sich gleich. Der preußische Offizier bildet den Zement. Aber grundsätzlich gibt es zwischen Norddeutschen und Süddeutschen keinen Unterschied, alle Deutschen kämpfen wie die Tiere.«

Im Verlaufe des Jahres 1944 präzisierten die antinazistischen Experten um den amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau die Vorstellungen Roosevelts. In der vierten und letzten Fassung seines Planes, welche die US-Regierung zur Grundlage der alliierten Beratungen im Herbst 1944 – also nach dem D-Day – machte, versuchte Morgenthau einen

Kompromiß zwischen den Vorstellungen Churchills und Stalins: Deutschland sollte zwar nur in einen Nord- und einen Südstaat zerfallen, aber letzterer sollte nicht Teil einer Donauföderation werden. Selbst auf der Konferenz von Jalta (11.2.1945) bekannten sich die Alliierten noch in einer gemeinsamen Erklärung zu »Maßnahmen einschließlich der völligen Entwaffnung, Entmilitarisierung und Zerstückelung (!) Deutschlands«, wobei der Nachsatz »soweit sie sie für den künftigen Frieden und die Sicherheit für notwendig halten« schon die beginnende Distanzierung andeutete.

Der Rest ist bekannt: Je näher die totale Niederlage des Dritten Reiches rückte, umso weniger wollten die Alliierten von ihren früheren Teilungsplänen wissen. Auf der Potsdamer Konferenz wurde erstmals die Behandlung Deutschlands »als wirtschaftliche Einheit« festgelegt, und später versuchten die Siegerstaaten, sich in der Propagierung der Wiedervereinigung traurige Konkurrenz zu machen. Zwar ging die pro-deutsche Kurswende im Frühjahr 1945 ursprünglich von den Westmächten aus, die Gesamtdeutschland als Speerspitze gegen die Sowjetunion nutzen wollten, aber Stalin hat sehr schnell nachgezogen. Der Westen lockte die Deutschen mit Fresh money und Care-Paketen, der Osten mit der Verteidigung des nationalen Kulturerbes gegen Hollywood und Negermusik; auch von einer Demilitarisierung rückten beide Seiten ab.

Um diesen Schmusekurs nicht zu gefährden, hat man weder in Moskau noch in Paris, London und Washington in der Nachkriegszeit von den Zerstückelungsplänen der Jahre 43/44 gesprochen. Dies hat einer zentralen deutschen Geschichtslüge Vorschub geleistet. Von links bis rechts ist man hierzulande nämlich überzeugt, daß die deutsche Teilung ein Ergebnis der Ost-West-Spaltung gewesen sei (und die politischen Lager differieren ausschließlich darin, ob man den blutrünstigen Bolschewisten im Kreml oder den profitgierigen Kapitalisten in der Wallstreet die Schuld dafür zuschieben soll). Tatsächlich war es umgekehrt: Wäre es nicht zum Kalten Krieg und zur Bipolarität gekommen, so wäre Deutschland noch sehr viel gründlicher geteilt worden. Die Strategie der Zerstückelung Deutschlands war Ausdruck der weltweiten antifaschistischen Allianz, das Buhlen um die deutsche Einheit Resultat ihres Zerfalls. Daß der Nachkriegswettlauf um die Wiedervereinigung dann doch noch zur deutschen Spaltung führte (allerdings, anders als 43/44 geplant, in einen Ost- und Weststaat inklusive Ruhrgebiet), war nur ein glücklicher Zufall.

Bei allen sonstigen Differenzen waren sich die Westmächte und die Sowjetunion bis zur Konferenz von Jalta darin einig, daß man den deutschen Faschismus nicht ausrotten kann, ohne auch die deutsche Nation und den deutschen Nationalstaat anzutasten. Mittlerweile rächt sich, daß man von dieser Grundlage der vereinten Kriegsanstrengungen später nichts mehr hat wissen wollen. Da man nun beispielsweise den D-Day nicht als antifaschistisches Ereignis begeht, sondern als Datum des nationalen Ruhmes, fordert man die Fragen der Dummen und Germanophilen geradezu heraus: Läßt sich nicht doch in puncto Nation von den Deutschen eine Menge lernen? Haben sie nicht den 2. Weltkrieg im nachhinein doch noch gewonnen – als heutige stärkste Macht des Kontinents? So vertilgt das nationale Motiv das antifaschistische und bereitet der Kollaboration (»Aussöhnung«) mit dem neuen Deutschland den Weg.

Wenn wir daher am 6. Juni auf etwas anstoßen, dann nicht auf die »Befreiung Deutschlands«, sondern auf die Pläne zu seiner Auflösung, die an jenem Tag im Jahre 44 noch in voller Blüte standen. Wer das hilflos, nostalgisch oder nicht besonders kommunistisch findet, der möge noch einmal nachlesen, was Marx im Vorwort zur *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* unter der »Befreiung Deutschlands« und der – so wörtlich – »Emanzipation der Deutschen zu Menschen« verstand: »In Deutschland ist die universelle Emanzipation conditio sine qua non jeder partiellen. In Frankreich muß die Wirklichkeit, in Deutschland muß die Unmöglichkeit der stufenweisen Befreiung die ganze Freiheit gebären ... In Deutschland kann keine Art der Knechtschaft gebrochen werden, ohne jede Art der Knechtschaft zu brechen ... Wenn alle inneren Bedingungen erfüllt sind, wird der deutsche Auferstehungstag verkündet werden durch das Schmettern des gallischen Hahns.«

Damit steht der Trinkspruch für den 6. Juni fest: Nix mit Zivilisierung, Modernisierung oder Reformierung dieses Landes, sondern entweder »Vive la France« oder »Vive la Révolution«.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 4/94 über die deutsch-muslimische Waffenbrüderschaft

Konkret 05/94, S. 14

Günther Jacob

Rechte Leute von links

Bei ihrer Suche nach neuen Alliierten und Reserven der Revolution hat es der Linken nie an Phantasie gemangelt. Dem Proletariat, das anfangs die Welt noch alleine verändern sollte, wurde im Laufe der Zeit eine wachsende und zusehends illustre Gesellschaft von Bündnispartnern zur Seite gestellt: Bauern, Kleinunternehmer und schließlich ganze »Völker« und »Nationen«. Die dabei aufgeworfene »nationale Frage« überlagerte bald die soziale und brachte schließlich einen antifaschistischen und antiimperialistischen Inter-Nationalismus hervor, der einige Jahrzehnte die Weltpolitik mitprägte und von dem heute nur der Nationalismus übrig geblieben ist

Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Diese berühmten Sätze, die das *Manifest der Kommunistischen Partei* beschließen, verknüpfen eine eigenartige – von Hannah Arendt in *Über die Revolution* problematisierte – politische Kosten-Nutzen-Rechnung mit einem äußerst kühnen Programm: In einer Zeit (1848), als der Formierungsprozeß der modernen »Nationen« noch längst nicht abgeschlossen war, fordert das *Manifest* die »Proletarier« dazu auf, den nationalen Rahmen ihrer Kämpfe zu sprengen und ihre Kräfte zu vereinen. Diese Vorstellung hatte zuvor allerdings bereits eine realpolitische Fasson erhalten: »Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.« In der englischen Ausgabe von 1888 wurde »sich zur nationalen Klasse erheben« abgeändert in »sich zur führenden Klasse der Nation erheben«. Mit anderen Worten: Da der Weltmarkt in Nationalstaaten zerfällt, kommt »das Proletariat« nicht umhin, zunächst nationale Abteilungen zu bilden, aber es macht dies – so die Erwartung – nur notgedrungen und nicht einem »Vaterland« zuliebe. Die »vereinigte Aktion« ist nicht nur fernes Ziel, sondern Verpflichtung von Beginn an. So verstanden, charakterisierte die Losung *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!* für Jahrzehnte das Selbstverständnis der marxistischen Arbeiterbewegung, und sie zierte daher die Titelseiten vieler ihrer Publikationen.

Siebzig Jahre später wurde die Losung von der Kommunistischen Internationale (KI) überraschend erweitert. Sie lautete nun: *Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!*

In seiner Rede an die Aktivistenversammlung der Moskauer Organisation der KP Rußland (Bolschewiki) vom 6. Dezember 1920 berichtete Lenin, wie es zu dieser Entdeckung weiterer Aktivposten der Weltrevolution kam: »Auf dem Kongreß der III. Internationale habe ich gesagt, daß sich die ganze Welt in unterdrückte Nationen und in herrschende Nationen teilt. Die unterdrückten Nationen machen nicht weniger als 70 % der Gesamtbevölkerung aus. ... In der Tat treten wir jetzt nicht nur als Vertreter der Proletarier aller Länder auf, sondern auch als Vertreter der unterdrückten Völker. Unlängst ist eine Zeitschrift der KI unter dem Titel ›Die Völker des Ostens‹ erschienen. Die KI hat für die Ostvölker die Losung ausgegeben: ›Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!‹. Ein Genosse hat hier gefragt: ›Wann hat das EKKI eigentlich beschlossen, daß die Losungen geändert wurden?‹ Ich kann mich dessen wirklich nicht entsinnen. Wenn man vom Gesichtspunkt des ›Kommunistischen Manifestes‹ ausgeht, so ist das natürlich nicht richtig, aber das ›Kommunistische Manifest‹ ist unter ganz anderen Verhältnissen geschrieben worden. Vom Standpunkt der gegenwärtigen Politik ist es jedoch richtig.«

Die für einige Kommunisten überraschende Entdeckung neuer revolutionärer Subjekte war demnach nicht das Resultat theoretischer Erörterungen, sondern sie setzte sich als mehr oder weniger spontane politische Reaktion auf neue weltpolitische Ereignisse durch: Die von Lenin so selbstverständlich wie unbegründet als »Völker« des Ostens bezeichneten Bewegungen – den Begriff »Nationen« verwendete er ohne weitere Erläuterungen synonym – hatten sich gegen die Kolonialmächte erhoben, und darauf reagierte die KI mit dem Versuch, sie als revolutionären Faktor zu vereinnahmen.

Weil der soziale Widerstand in den Kolonien, in denen »kein oder fast kein Proletariat« existierte (Lenin), die imperialistischen Herren das Fürchten lehrte, maß die KI den Protestierenden eine Bedeutung zu, die bis dahin der Arbeiterklasse vorbehalten war. Wieso aber war sich Lenin so sicher, daß es sich bei den antikolonialen Bewegungen nur um die Aktionen von »Völkern« handeln konnte, und woraus schloß er, daß deren Ziele mit denen der Kommunisten irgendwie übereinstimmten?

Ähnlich undogmatisch wie Lenin ging rund 40 Jahre später auch die chinesische *Polemik über die Generallinie* mit Marx um, als sie, im Verlauf der Auseinandersetzung um die Thesen des XX. Parteitags der KPdSU, eine gegenüber Lenin deutlichere Unterscheidung zwischen »Völkern« und »Nationen« einführte und letztere nun auch offiziell zu zusätzlichen revolutionären Elementen der Weltpolitik erklärte. Die neue Losung lautete nun: *Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt euch!*

Der 10. Parteitag der KP China konkretisierte diese Linie als »Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zur Erringung und Wahrung der nationalen Unabhängigkeit« und formulierte den griffigen Dreischritt »Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution«. Im Bericht von Tschou En-lai an den IV.

Nationalen Volkskongreß der VR China hieß es dann 1975: »Wir müssen am proletarischen Internationalismus festhalten, die Einheit mit den unterdrückten Völkern und den unterjochten Nationen der ganzen Welt verstärken und zur gegenseitigen Unterstützung beitragen.«

Die Selbstverständlichkeit, mit der hier positiv auf »Völker« und »Nationen« wie auf »organisch« gewachsene Gegebenheiten Bezug genommen wurde, war verblüffend. Denn daß Regierungen von »abhängigen Staaten« nicht selten mit den Mächtigen der Staatenwelt paktieren und die eigenen Bürger für den Weltmarkt zurichten, war den Kommunistischen Parteien keineswegs entgangen. Auch die Tatsache, daß die patriotischen Eliten, die in den »nationalen« Bewegungen das Sagen hatten, ganz unkommunistische Interessen verfolgten, hatte man durchaus zur Kenntnis genommen. Wenigstens gegenüber diesen Interessen sollten die kommunistischen Kräfte, der Doktrin zufolge, auch wachsam sein. Den Kommunistischen Parteien galten aber »nationale Befreiungskämpfe« und, damit einhergehend, das Ideal souveräner Staatlichkeit auch dann als »progressiv«, wenn die linken Kräfte darin keine führende Rolle spielen konnten. In der *Generallinie* wird hervorgehoben, daß das nationale Ziel von »Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Kleinbourgeoisie« wie auch von »patriotisch gesinnter Nationalbourgeoisie und sogar Fürsten und Aristokraten, die ihr Land lieben«, gemeinsam verfolgt werden könne.

Hier wird dem linken Verstand einiges zugemutet. Man möchte einwenden, daß es sich doch von selbst verstehe, daß Aristokraten ihr Land lieben – mitsamt den abhängigen Bauern darauf, und man wird sich möglicherweise darüber wundern, daß eine KP, die immerhin die Bauern zum Kampf gegen feudale Strukturen mobilisiert hatte, ein Bündnis zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern im Namen der nationalen Sache vorschlägt. Auch kann man sich daran erinnern, daß diese Politik international anerkannte »Persönlichkeiten« wie den kambodschanischen Prinzen Sihanouk hervorgebracht hat. Doch das wären nicht einmal die entscheidenden Einwände, denn wer andere nicht vorzubringen weiß, wird von den Urhebern dieser Denkrichtung jederzeit bedient.

Lenin: »Der Grundsatz (?) der Nationalität ist in der bürgerlichen Gesellschaft unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die geschichtliche Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu einer Apologie des Nationalismus werde, muß sie sich strengstens auf das beschränken, was an diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit sie nicht zur Vernebelung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die bürgerliche Klasse führe. Fortschrittlich ist das Erwachen der Massen aus dem feudalen Schlaf, ihr Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, für die Souveränität des Volkes, für die Souveränität der Nation.«

Diese eigentümliche »Dialektik«, die zwar noch den Argwohn gegen das apologetische Element kennt, schaltet und redet dennoch so, als wäre sie selber jenes unmittelbare Wissen vom Ganzen, das vom Prinzip der Dialektik gerade ausgeschlossen wird. Lenin bezieht hier einen Standpunkt der Totalität – die »geschichtliche Berechtigung« – , von dem aus er weiß, was »fortschrittlich« oder »reaktionär« ist. Für diese Denkschule, die im Verlauf der Geschichte der alten Arbeiterbewegung zur Doktrin wurde, kommt es auf die willentlichen Handlungen der sozialen Kräfte gar nicht so sehr an. Wichtig ist vielmehr, daß sie sich der gegebenen »historischen Situation« anbequemen. Basierend auf einer geschichtsphilosophisch gestützten »ideologischen Produktionsweisen-Periodisierung« (Balibar), ging diese Denkfigur später in die Rhetorik vieler linker Strömungen ein und prägt bis in die Gegenwart oft auch jene, die mit einem kanonisierten Marxismus-Leninismus nichts zu tun haben wollen.

Diese Welt-Anschauung erlaubt es, sich zu allem ins Verhältnis zu setzen. Es geht ihr nicht mehr um die strukturale Modalität des inneren Widerspruchs einer Sache. An einem von der Geschichte ins Recht gesetzten »objektiven« Verbündeten interessiert nicht so sehr, was dieser selbst sein will, sondern wozu er nützt.*

Damit wurden alle kritischen Fragen an die »Völker« und »Nationen« überflüssig. Lenin hätte jedoch auffallen müssen, daß Menschen, die seiner eigenen Meinung nach soeben »aus dem feudalen Schlaf erwachen«, gegen eine »nationale« Unterdrückung überhaupt nicht kämpfen können, weil dies die Existenz einer kollektiven nationalen Identität voraussetzen würde. Unter den feudalen Verhältnissen ist die imaginäre Gemeinschaft »Nation« jedoch entweder völlig unbekannt, oder aber sie existiert nur als luftige westliche Importware.

Benedict Anderson hat in *Die Erfindung der Nation* nachgezeichnet, wie der Mythos der Nation und die Idee der nationalen Befreiung von der holländischen Kolonialregierung in eine heterogene Inselwelt implantiert wurden, die wir heute als Indonesien kennen: 1913 organisierte Holland in seiner Kolonie aufwendige Feste, damit auch die asiatischen Untertanen die Jahrhundertfeier der »nationalen Befreiung« der Niederlande vom französischen Imperialismus begehen konnten. In den Schulen des Britischen Empire wurde die englische »Nationalgeschichte« gelehrt. Jungen Vietnamesen brachte man die Essentials der Französischen Revolution bei. Im Kongo hatten sich die Kinder mit der Geschichte des belgischen Unabhängigkeitskampfes gegen Holland vertraut zu machen, und die in den Kolonien heranwachsenden jungen Intellektuellen informierten sich ebenfalls über den Unabhängigkeitskampf Thomas Jeffersons und den Befreiungsnationalismus Simon Bolivars.

Der Befreiungsnationalismus, an den die Linke glaubte umstandslos anknüpfen zu können, war also ein Import. Die Vorkämpfer für eine »nationale Befreiung« waren nur dadurch »Nationalisten«, daß sie eine westliche Ideologie übernahmen, und viele von ihnen übernahmen sie ironischerweise direkt von Marxisten, deren begriffslose und von taktischen Erwägungen bestimmte Debatte über die »nationale Frage« vielerorts das Feld beherrschte. Nicht einmal die kaum zu übersehende Tatsache, daß die Situation in den Kolonien mit den relativ homogen wirkenden Gebilden nicht zu vergleichen war, die man im Westen »Nation« nannte, konnte die leninsche Linke davon abhalten, dort eine »nationale Frage« zu entdecken. Große Teile der Neuen Linken, die in der »Dritten Welt« eher den positiven Gegenentwurf zum Leben in den Metropolen sehen wollten, ersetzten den Begriff der »Nationalität« in den 60er Jahren durch die scheinbar primordiale Kategorie »Ethnie« und schufen damit die Voraussetzung für den ethnopluralistischen Kulturbegriff, in dem »kulturelle Identität« als kausales Resultat von »Ethnie« bestimmt und »Ethnie« als natürlicher, unveränderlicher, der Kultur vorgelagerter und politisch neutraler Sachverhalt verstanden wird. Die Neue Linke aktualisierte damit nur einen alten Fehler: Wenn Lenin von der »Pflicht der Marxisten zur Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe« sprach, dann handelte es sich um den klassischen Fall einer sich zirkulär selbsterfüllenden Prophezeiung: Diese Kämpfe erschienen den Marxisten als nationale Kämpfe, weil sie selbst die »nationale Idee« auf die Kolonien projizierten und ihre Projektion dort entweder selbst verkündeten oder sie von Intellektuellen bestätigt bekamen, die die nationale Rhetorik in Kolonialschulen gelernt hatten.

Es macht demnach die grundsätzlichen Einwände gegen eine linke Beteiligung an der Konstruktion nationaler Identitäten nicht überflüssig, wenn Lenin einschränkend bemerkte, die Unterstützung des Nationalismus sei eine »in der Hauptsache negative Aufgabe«, und wenn er warnte: »Weiter darf das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn dann beginnt die positive, bejahende Tätigkeit der nach Stärkung des Nationalismus strebenden Bourgeoisie.« Ähnliche Formulierungen, die sich ein paar Jahrzehnte später bei der KP China wie ein Nachklang dieser Warnung lesen, sind in Wirklichkeit bereits der unbegriffene Ausdruck politischer Niederlagen, die man beim Geschäft der Instrumentalisierung hinnehmen mußte: »Mit der Verschärfung der inneren sozialen Widersprüche und des internationalen Klassenkampfes baut die Bourgeoisie in manchen jungen und unabhängigen Ländern immer mehr auf die Unterstützung von seiten des Imperialismus und betreibt eine volksfeindliche, antikommunistische und konterrevolutionäre Politik. Gegen ihre reaktionäre Tendenz muß eine Politik des Kampfes eingeschlagen werden« (*Polemik über die Generallinie*).

So steht man nun klagend vor dem Scherbenhaufen einer nationalistischen Bündnispolitik, ohne sich ein einziges Mal zu fragen, ob nicht vielleicht der ganze Ansatz falsch (gewesen) sein könnte. Noch in der Unbefangenheit, mit der hier Kategorien, die der Analyse voll ausgebildeter westlich-kapitalistischer Klassenstrukturen entstammen, auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in jungen postkolonialen Staaten übertragen werden, zeigt sich, wie unbedacht die kommunistischen Parteien mit ihrem »europäischen Erbe« umgingen.

Nach Jahrzehnten einer sich clever dünkenden, ausdrücklich auf Staatlichkeit zielenden Politik war die kommunistische Weltbewegung zweifellos theoretisch dümmer geworden. Mehrere Generationen von Kommunisten hatten sich auf das Studium von machtpolitischen Schriften zur »Strategie und Taktik der Proletarischen Revolution« (die in den frühen 70er Jahren in der BRD fast komplett nachgedruckt wurden) geworfen und darüber völlig verlernt, revolutionäre Antipolitik zu betreiben und eine rücksichtslose Kritik der Verhältnisse und Bewußtseinsformen zu leisten. Indem sie sich taktisch verhielten, verblödeten viele Kommunisten und wurden schließlich selbst Parteigänger derer, die sie vereinnahmen wollten. Es ist dies das gerechte Schicksal, das letztlich alle linken »Bündnispolitiker« ereilt, wobei das Problem nicht die einzelne gemeinsame Aktion mit »Andersdenkenden«, sondern das ausgeklügelte und »weltanschaulich« begründete Gesamtsystem einer aufs Beutemachen zielenden Bündnis*politik* ist, die Kapitalismuskritik durch politisches Taktieren ersetzt (»Teilforderungen«!) und sich darüber selbst um den Verstand bringt.

Auch Lenins gut gemeinte Warnungen waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil etwa die von ihm behauptete »Verpflichtung« der Marxisten zur Instrumentalisierung des patriotischen Aristokraten dessen Kritik unmöglich machte. Der Punkt, an dem »das Proletariat«/die KP in der Unterstützung des Nationalismus »nicht weiter gehen darf«, wurde dann auch regelmäßig verpaßt, weil man den Nationalismus eben nicht nur »ein bißchen« unterstützen kann, ohne ihn auch ein bißchen »fortschrittlich« zu finden.

Weil die »nationale Befreiung« von Anfang an auf die Installation einer »Nation« nach dem Vorbild der bereits existierenden »großen Nationen« zielt, fällt schließlich auch die Kritik des nationalen Mythos insgesamt aus der Aufgabenstellung heraus. Es wird der Linken (in den Befreiungsbewegungen und in den Metropolen) damit unmöglich, etwas Besseres als die Nation auch nur zu denken, denn der traditionelle Inter-Nationalismus bewegt sich ebenso wie der kosmopolitische Humanismus im Rahmen der nationalen Logik. Das Werk der Überwindung der Nation traut man schließlich – schöne Ironie! – nur noch dem Gegner zu: dem Kapital und insbesondere seinen »multinationalen Konzernen«. Aber der Weltmarkt löst die Nationen nicht auf, nur weil Kapital & Lohnarbeit die nationalen Grenzen überschreiten müssen. Im *Kommunistischen Manifest* wird dem Weltmarkt deshalb kaum mehr als eine Tendenz zur Aufhebung der »nationalen Absonderungen« nachgesagt. Etwas Besseres als die Nation wird dort erst für den Fall in

Aussicht gestellt, daß etwas Besseres als das Kapital gefunden wird: Erst »mit dem Gegensatz der Klassen im Inneren der Nationen fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander«.

Nach all den Lobreden auf die »progressiven« Aspekte des Nationalen konnte es nicht ausbleiben, daß der eingeschlagene Weg konsequent zu Ende gegangen wurde. Spätestens in den 30er Jahren brach die kommunistische Bewegung konsequent mit den noch verbliebenen antinationalen Positionen der Zweiten und der Dritten Internationale. Von nun an wurde die Kombination der roten mit der nationalen Fahne zur Selbstverständlichkeit. Über den antifaschistischen Nationalismus der Volksfrontpolitik und die stillschweigende Auflösung der Komintern ging die Entwicklung sehr rasch zur rigorosen Nationalisierung der Kommunistischen Parteien. Beispiele sind die Burgfriedenspolitik der KP der USA während und nach dem zweiten Weltkrieg, die These der KPD von der »Kolonisierung Deutschlands durch den US-Imperialismus« und der extreme Nationalismus des »Eurokommunismus«, der sich schließlich konsequent von der Sowjetunion distanzierte.

Eric J. Hobsbawm hat in seinem Buch *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780* die Falle beschrieben, die der westliche Nationalismus den Kolonialisierten stellte: Er hat den Prozeß rekonstruiert, in dem sich die Widerstandsbewegungen in den Kolonien, deren Thema ja zunächst der Kampf gegen soziale Repression war, zunehmend am Vorbild des westlichen Nationalismus orientierten und darüber zu nationalen Befreiungsbewegungen wurden.

Die kommunistische Bewegung hat diese notwendige Arbeit der Dekonstruktion des Nationalen nie zustande gebracht. Das heißt nicht, daß dort keine theoretische Arbeit geleistet worden wäre, sondern es heißt, daß diese von vornherein »in den Zusammenhang politischer Praxis« gestellt, und, wenn's dann schief gelaufen war, »die Praxis theoretischer Kritik ausgesetzt« wurde. Diese Tradition wird von bündnispolitisch orientierten Linken bis heute fortgesetzt. »Vom Standpunkt der Politik« aus hat man sich zwar gelegentlich gefragt, was denn ein »Volk« ausmache und woran man eine »Nation« erkennen könne. Allerdings war, als man sich diese Fragen stellte, die Skepsis nie besonders groß, sieht man einmal von Rosa Luxemburg und den Linkskommunisten ab.

Statt auf dem Weg der Kritik den Mythos von Volk & Nation zu destruieren, konzentrierte sich die an politischer Handlungsfähigkeit interessierte leninistische Linke auf die Suche nach »objektiv« gültigen Kriterien des Nationalen und glaubte diese schließlich in den »Merkmalen« Sprache, Territorium, Markt und Kultur gefunden zu haben. Stalin schrieb 1913 *Nationale Frage und Marxismus,* Lenin im gleichen Jahr *Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage* und ein Jahr später *Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.* Während der Georgier Stalin in offen »großrussisch-nationalistischer« Manier (so Lenins Kritik 1923) die bereits existierenden westlichen »Nationen« zum Maßstab machte, legte Lenin die Zutrittsschwelle zum Club der Nationen tiefer an: »Die Nation ist keine Kultur-, keine Schicksals-, sondern eine Sprachgemeinschaft.«

Schon mit der falschen Suche nach »objekiv« gültigen Kriterien – kollektive Identitäten werden ja in einem sozialen Prozeß konstruiert und nicht von Sprache, Territorium etc. faktisch gesetzt – saß Lenin damit aber den sprachnationalistischen Diskursen auf, die zwischen 1820 und 1920 unter europäischen Nationalisten vorherrschend waren – anders als in Amerika, wo sich der Unabhängigkeitsnationalismus nicht in Abgrenzung zur spanischen und englischen Sprache herausbildete. Denn statt um harte (Stalin) oder weiche (Lenin) Aus- und Abgrenzungsmerkmale zu streiten, käme es darauf an, grundsätzliche praktische und theoretische Einwände gegen die wuchernden Identitätsdiskurse vorzubringen. Versuche, »Volk« oder »Nation« nach objektiv gültigen Kriterien zu definieren, unterstützen statt dessen Herrschaftsideologien und sind selbst Bestandteile des modernen Mythos »Nation«.

Hobsbawm kommt in seiner Untersuchung über die unterschiedlichen Begründungsmuster für Nationalstaatskonzepte der letzten 150 Jahre – wirtschaftsliberale, sozialistische, rechtsnationale – zu dem Ergebnis, daß sie alle auf ihre Weise den nationalen Mythos stärken bzw. erst hervorbringen. In diesem Zusammenhang zeigt er, daß auch die »nationalen Befreiungsbewegungen« die erwünschte nationale Identität erst einmal mit Nachdruck herbeiführen mußten und daß sie dabei in vielen Fällen nicht sonderlich erfolgreich waren: »Soweit in der einfachen Bevölkerung Vorformen einer nationalen Identifikation – ethnischer, religiöser oder sonstiger Art – bestanden, waren sie ... eher Hindernisse als Beiträge zum Nationalbewußtsein und ließen sich von den imperialen Herren leicht gegen die Nationalisten mobilisieren.« Selbst diese Vorformen – »Ethnien«, »Stämme« etc. – waren häufig gemeinsame Konstrukte von Kolonialmächten und lokalen Eliten, etwa im Sudan oder in Äthiopien.

Hobsbawm erinnert unter anderem an die Teilung Indiens, der die Teilung Pakistans folgte, und an übernationalistische Ideologien wie den Panafrikanismus, dessen ideengeschichtliche Quelle er ebenfalls im Westen lokalisiert – beim Pangermanismus! »Die Führer und Ideologen kolonialer und halbkolonialer Befreiungsbewegungen sprachen aufrichtig die Sprache des europäischen Nationalismus, die sie in so vielen Fällen im und vom Westen gelernt hatten ...« Aufrichtig nationalistisch waren daher auch jene Befreiungsbewegungen, die im zweiten Weltkrieg zeitweise Deutschland und Japan unterstützen wollten.

Im Ergebnis wurden diese Konzepte universalisiert – unter Mithilfe der Linken: »Die Befreiung von Ländern einer Welt, die noch nicht als die ›dritte‹ bekannt war, wurde nunmehr überall als ›nationale‹ oder von den Marxisten als ›nationale und soziale Befreiung‹ verstanden.« Noch den antirassistischen Widerstand der Afroamerikaner in den USA erklärte die KI – im Anschluß an Lenin – zum »nationalen Befreiungskampf«, und sie beschrieb auch gleich das Territorium des zukünftigen »schwarzen« Separatstaates: Mississippi, Louisiana, Alabama, Georgia und South Carolina. Diese Konzeption findet auch heute noch Anhänger in den USA, und insofern sie von HipHop-Gruppen vertreten wird, wird sie als »interessante Position« in den popkulturellen Multikulti-Diskurs aufgenommen. Das Drama der kommunistischen Linken, die die Entstehung des nationalen Mythos und die Herausbildung der modernen »Nationen« wie auch des Befreiungsnationalismus zwischen 1820 und der Periode der Entkolonialisierung selbst miterlebte, besteht darin, daß sie, ausgehend von Vorstellungen über »geschichtliche Notwendigkeiten« und davon, was jeweils »historisch fortschrittliche« oder »reaktionäre« Phänomene seien, ein Bündnis mit »progressiven Nationalismen« einging und über dieses taktische Verhältnis die Kritik des nationalen Mythos versäumte.

Im Kontext des Kampfes gegen Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus brachte diese Linke einen eigenwilligen antiimperialistischen und antifaschistischen Nationalismus hervor. Oder wie Hobsbawm sagt: »Hitler und die Entkolonialisierung hatten offenbar das Bündnis des Nationalismus mit der Linken ... wiederhergestellt.« Dabei ging nicht nur die Linke eine Verbindung mit dem Nationalismus ein – viele »ethnische« und separatistische Bewegungen in aller Welt (auch in Westeuropa) adaptierten ihrerseits eine sozialrevolutionäre und marxistisch-leninistische Rhetorik. Im Gegenzug wiederum übernahm die Linke von den »nationalen Befreiungsbewegungen« unbesehen deren territoriale Definitionen. Zum Beispiel akzeptierte man als »Indien« jenes Territorium, das der Indische Nationalkongreß so bezeichnete (das alte Britisch-Indien), bis man dann nach der Abspaltung Pakistans einsehen mußte, daß das »indische Volk« nicht existierte. Der linke Nationalismus war als antifaschistischer und antiimperialistischer Nationalismus über Jahrzehnte eine einflußreiche Kraft in der Weltpolitik. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus wurde eine Linke, die ihre letzten Berührungsängste gegenüber dem Nationalen bereits überwunden hatte, aus nunmehr tiefster patriotischer Überzeugung (und nicht mehr nur aus taktischer Erwägung) zum Verbündeten der Staaten der Anti-Hitler-Koalition. In den kolonialen Auseinandersetzungen war sie Verbündeter – und Schöpfer – von »nationalen Befreiungsbewegungen«.

An diesen traditionsreichen antiimperialistischen und antifaschistischen Nationalismus knüpfte 1968 auch die Neue Linke an, und dieser Diskurs wirkt bis heute überall dort fort, wo Linke Rebellionen gegen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen unterstützenswert finden deshalb, weil sie darin einen »historischen Fortschritt« erkennen – sei es nun gegenüber rappenden afroamerikanischen Nationalisten oder den Zapatistas in Mexiko. Bei nicht wenigen 68ern war so schon früh der ideologische Boden bereitet, der ihnen später eine abgeklärt-nationalistische Kritik am »Mythos des Internationalismus« (»Kursbuch« 57/1979) und dann den Übergang zu einem »linken« Deutschnationalismus leicht machen sollte. Man Denke an Dutschke (er verfocht das »Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation«), die ML-Gruppen (die meisten waren sich mit Dutschke einig), die DKP (sie hatte die deutsche Flagge von Beginn an im Parteiemblem), einige autonome Gruppen, an die Friedensbewegung (Deutschland als Opfer der USA bzw. der »Supermächte«) und an die Zustimmung linker, alternativer und grüner Gruppen zur »ethnisch« begründeten »Wiedervereinigung«.

Kaum Distanz zum Nationalismus zeigt bei ihrer unentwegten Suche nach dem revolutionären Subjekt bisher auch die linke »Soli-Bewegung«, die sich praktisch jede Regung der »Völker des Trikont« oder sonst marginalisierter »Minderheiten« als nativistische, ethnozentristische oder nationalrevolutionäre übersetzt – ganz unabhängig davon, ob die Objekte ihrer »internationalen Solidarität« sich selbst so verstehen oder nicht – und dabei mit fiktiven Ethnizitäten und daraus abgeleiteten kulturellen Identitäten hantiert. Nach einer gewissen Verunsicherung im Falle Jugoslawiens, wo die übliche Zustimmung zum »Selbstbestimmungsrecht der Völker« angesichts von Krieg und »ethnischen Säuberungen« nicht so recht gelingen will, ist die Erleichterung über das Auftauchen der Ejército Zapatista de Liberación *Nacional* im südlichen Mexiko nun umso größer (wobei die Tatsache, daß von den Hoffnungen des linken Nationalismus immer nur der Nationalismus übrig blieb, natürlich kein Argument gegen den Aufstand von Subsistenzbauern und Landarbeitern ist, sondern eines gegen dessen Orientierung auf das Nationale).

Doch diese Erleichterung wird nicht lange vorhalten. Das Bündnis der Linken mit dem Nationalismus und des Nationalismus mit der Linken, das über viele Jahrzehnte die Weltpolitik mitprägte – auch in Gestalt der realsozialistischen Staatenwelt selbst – , hat in den 90er Jahren nur noch marginale Bedeutung. Was bleibt, etwa die Tendenzen des »revolutionären Nationalismus« von Basken, PLO, IRA, PKK, Leuchtendem Pfad, den Bewegungen in Puerto Rico, Osttimor etc., wird auch von vielen Inter-Nationalisten nur noch eingeschränkt als Identifikationsangebot wahrgenommen, ganz zu schweigen vom Separatismus auf Korsika oder in Kanada. Die Strömungen, die auf den alten antifaschistischen Nationalismus zurückgehen, sterben international aus: In der DDR wurden sie kultiviert und tauchen daher noch in der PDS auf; in der alten BRD standen Teile der Studentenbewegung, VVN, DKP und andere für diese Position. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und den damit einhergehenden Renationalisierungs-Prozessen in den ehemaligen Sowjetrepubliken

und in Osteuropa ist auch der realsozialistisch gestützte antiimperialistische Nationalismus faktisch an sein Ende gekommen.

Ungeachtet der guten Absichten vieler ihrer Mitglieder hat die Linke in der Vergangenheit erfolgreich am modernen Mythos der Nation mitgestrickt, ihn mit der »sozialen Frage« verknüpft und nach »unten« vermittelt. Sie hat für diesen Fehler teuer bezahlt. Die Versuche ihrer radikalen Reste, aus diesem traditionsreichen, noch immer die Gedanken prägenden Diskurs »dekonstruktiv« herauszutreten, stehen erst am Anfang.

* Inhaltlich legitimierte Lenin die Charakterisierung der antikolonialen Kämpfe als bürgerlich-nationale Revolutionen unterdrückter Völker durch eine Kritik des Kapitalismus als Imperialismus, die bereits von einem nationalrevolutionären Standpunkt aus formuliert war: Demnach hatte sich in der imperialistischen »Niedergangsperiode« des Kapitalismus die »Funktion« dieser Bewegungen so verändert, daß sie prinzipiell zu sozialistischen Bewegungen werden konnten. Nach der bis dahin gültigen Prozeßordnung der Geschichte war ja selbst die Oktoberrevolution als Revolution in einem »rückständigen« Land historisch verfrüht. Auch nach Lenins eigenem Verständnis des Historischen Materialismus (aus dem heraus er bis 1911 die »nationale Frage« nicht weiter thematisiert, eine eigenständige Arbeiterpartei für die Ukraine abgelehnt und eine revolutionäre Rolle der russischen Bauern verneint hatte) mußte dieses, mit einer Verschiebung der Akzente von »Klasse« zu »Nation« einhergehende, außerplanmäßige geschichtliche Voranschreiten ebenfalls nach dem Modus der Notwendigkeit begründet werden. Er fand die Begründung im Begriff der »imperialistischen Epoche«.

Günther Jacob stritt zuletzt in KONKRET 2/94 mit Diedrich Diederichsen über Universalismus & Kulturrelativismus

Konkret 05/94, S. 22

Heiner Möller

Junker Jörg im Liebknecht-Haus

Nationalistische Tendenzen hat es in der PDS von Anfang an gegeben. Mit der Verteidigung der Bundestagskandidatur Heinrich Graf von Einsiedels durch die Parteiführung haben sie allerdings eine neue Qualität erreicht: Gysi, Bisky, Brie & Co. wollen die PDS auf stramm linksnationalistischen Kurs bringen, um auch rechte Wähler zu gewinnen

Für wen steht ein Mann, der anprangert, der deutsche Staat sei »Privateigentum der drei großen Parteien« – für den Bund Freier Bürger, die Statt Partei?; der die Macht nicht des deutschen, sondern »des internationalen Kapitals« denunziert – für die Freisozialen, die Nationalrevolutionäre?; der darauf besteht, daß »Demokratie eine gebildete, kultivierte, innovative Elite braucht« – für die Vollmer-Grünen?; der sich als demokratischer Sozialist vorstellt – für die PDS?; der »letzten Endes immer noch ein Deutschnationaler« ist – für CDU, CSU, REPs?; der Sozialismus als »mehr Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Machtkontrolle« definiert – für die SPD?; der »mit Begeisterung« das Ende der DDR begrüßt hat – für den deutschen Wir-sind-ein-Volk-Mob?

Heinrich Graf von Einsiedel, so heißt der Mann, ist die politische Verkörperung der Volkspartei. Da diese nicht kandidiert, hat er sich der PDS und die PDS sich ihm zugewandt. Das Motiv, das beide einigt: »Ich will, daß dieser Anschluß doch noch zu einer Wiedervereinigung wird.« Von Einsiedel hat auf dem Europa-Parteitag der PDS unter großem Beifall erklärt, er wolle für die PDS in Bayern zum Bundestag kandidieren. Seither wird er von der PDS-Führung gefeatured: Endlich ist der Mann gefunden, mit dem sich glaubhaft die Offenheit der »Offenen Listen« demonstrieren läßt – bis vor kurzem noch SPD-Mitglied, in der Ex-DDR geächtet, weil er sie 1948 enttäuscht verließ, und ein Nationalist bis in die Knochen, nein, bis ins »Erbgut«: ein Urenkel Bismarcks. »Wenn ich heute über die ehemalige Zonengrenze fahre«, bekannte er im »Neuen Deutschland«, »bin ich bereit, die Nationalhymne anzustimmen.« So ein Mann ist nicht schmuddelig, er ist deutsch. Das qualifiziert ihn.

1994 ist Wahljahr. Die PDS will raus aus der Schmuddelecke, in die sie als angebliche Fortsetzung der SED immer wieder gestellt wird. Sie will nicht nur anerkannt, sie will eine deutsche Volkspartei sein. Offenkundig glauben die Wahlstrategen der Partei zu Recht, daß man die Wähler irgendwo rechts »abholen« muß, um erfolgreich zu sein. Schon die Gründung der Komitees für Gerechtigkeit setzte nicht auf linke Politik, sondern auf den Wunsch der Ostdeutschen, in den Schoß des gesamtdeutschen Gemeinwesens gleichberechtigt aufgenommen zu werden. Soziale Gerechtigkeit steht dabei nicht für sozialistisch, sondern für nationale Teilhabe. »Gregor Gysi und ich kümmern uns um das gleiche Potential von Wählern«, schrieb Peter-Michael Diestel – neben Gysi Führungsfigur der Komitees – in der Nazi-Postille »Junge Freiheit«, »ein Potential, das im Herbst 1990 schon einmal CDU gewählt hat« und »durch ignorante westliche Politik ausgegrenzt« worden sei. Danken sollte man in Bonn eigentlich der PDS, meinte Gysi im »Stern«, weil sie das Erstarken der Rechten im Osten verhindere: »Die Klügeren unter unseren Gegnern werden irgendwann anerkennen, daß die PDS die bessere Art ist, den Protest einzufangen.« Wenn das keine nationale Aufgabe ist. Nur darf sie nicht als linke erscheinen. Ein Problem, an dem die PDS-Wahlstrategen noch zu knacken haben.

Gegen Einsiedels Kandidatur hat es parteiinterne Proteste gegeben. Formale, weil die Parteiführung gegen das Recht eines Landesverbands, seine Kandidaten selbst auszusuchen, verstoßen haben soll. Inhaltliche wegen Einsiedels nationalistischer Äußerungen, vor allem aber wegen seiner Ablehnung der DDR, wie Gruppen der Kommunistischen Plattform der PDS in Hamburg und Hannover erklärten.

Das Echo dieser Auseinandersetzungen war enorm. Wie in den guten alten Zeiten wurde im »Neuen Deutschland«, das zwei Wochen zuvor dem Grafen eine ganze Seite zur Verfügung gestellt hatte, um über sein Leben und seine politischen Vorstellungen zu plaudern, der Bannstrahl gegen die Einsiedel-Kritiker geschleudert: »Die Borniertheit erneut als eine politische Kategorie?« stand als Titel über »einigen notwendigen Anmerkungen zu Reaktionen« auf Einsiedels Kandidatur (»ND«, 29.3.94), mit denen die Kommunistische Plattform Hamburg und Hannover, »eine lautstarke bayerische Gruppe von PDS-Mitgliedern« sowie namentlich der Hamburger PDS-Geschäftsführer Andreas Grünwald abgekanzelt wurden.

Die Inszenierung kann sich sehen lassen: Die Bannbulle ist von den drei PDS-Chefs Lothar Bisky, André Brie und Gregor Gysi sowie von den zwei parteitreuen Wessis Claudia Gohde und Andrea Lederer (beide kommen aus dem ehemaligen Kommunistischen Bund, KB) unterzeichnet und vom ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Lattmann mitunterschrieben worden. Sie lobt Klarsicht, Gradlinigkeit und Vorausschau des 72jährigen Grafen über den grünen Klee, als personifiziere er die angestrebte Synthese von Nationalismus und Sozialismus. Dabei wird ein wenig gefälscht. Von Einsiedel sei wegen der Abschaffung des Asylrechts nach 35 Jahren aus der SPD ausgetreten, heißt es. Er selber aber sprach sowohl im »ND« als auch in der »Zeit« ausdrücklich nicht von einem konkreten Austrittsanlaß, sondern von allgemeiner »Enttäuschung«, weil die SPD »nicht in der Lage ist, ein wirklich vernünftiges, der Bevölkerung verständliches alternatives Konzept zu entwickeln«. Die PDS-Führung macht ihn zum Widerstandskämpfer »aus eigenem Antrieb und mit nationaler Überzeugung«. Wahr ist, daß er als 18jähriger 1939 freiwillig in den Krieg zog, als Jagdflieger 150 Feindflüge und 35 Abschüsse auf seinem Konto hatte, bis er 1942 abgeschossen wurde und als 22jähriger Leutnant in

sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet (von Einsiedel selber verschweigt und beschönigt dies nicht). Erst dort gelangte er zu der Überzeugung, daß der Krieg verloren sei, las sozialistisches Schriftgut und beteiligte sich als einer der fünf Vizepräsidenten an der Gründung des »Nationalkomitees Freies Deutschland« (NKFD).

Das Bemerkenswerteste an der Einsiedel-Verteidigungsschrift von Bisky, Gysi & Co. ist die inhaltliche Ausrichtung der PDS auf einen stramm linksnationalistischen Kurs. Mit Einsiedel, erklärt die Parteiführung, verbinde sich die Vorstellung von der Nation »als primär politische Kategorie«, als geschichtlich gewachsene deutsche Kulturnation. Der Urenkel Bismarcks könne schließlich auf einen Stammbaum bis ins 14. Jahrhundert zurückblicken. Das erkläre, »weshalb ein solcher Mensch stärker in der Geschichte wurzelt, und warum er mitunter eine größere Verantwortung verspürt als andere für das, was im Laufe der Jahrhunderte Generationen geleistet haben«, erfahren wir. Daß allerdings gerade jene Stammbäumler die Stützen der wilhelminischen Kriegspolitik, der Weimarer Konterrevolution, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten waren – wie läßt sich das mit deren »Erbgut« vereinbaren?

Weiter im kurzen Lehrgang der PDS-Führung zur Geschichte der deutschen Kulturnation: Ein Mensch wie Einsiedel »möchte, daß dies geachtet, bewahrt und, wenn es denn gut war, auch fortgesetzt werde«, ist also ein Wertkonservativer. Die Werte, um die es da geht, werden uns mit Hilfe schollenverhafteter Bilder und kitschiger Klischees ans Herz gelegt: »Für so einen ist die deutsche Nation auch nicht 1871 im Spiegelsaal zu Versailles geboren worden. Sie bildete sich in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg ebenso wie in Mainz beim Drucker Gutenberg. Sie wuchs auf mecklenburgischen Kornfeldern und in erzgebirgischen Silbergruben, in den jüdischen Synagogen von Nürnberg, in den Berliner Manufakturen der Hugenotten und in Goethes Dichterwerkstatt, sie reifte auf den Einsiedlerschen Weinbergen bei Meißen, in Hambach und in einem literarischen Wintermärchen ...« Habt ihr nicht etwas vergessen? Graf von Einsiedels Rede vor deutschen Offizieren im Kriegsgefangenenlager Jelabuga zum Beispiel?: »Aufgewachsen in einer Offiziersfamilie bin ich stolz darauf, daß meine beiden Großväter die Reiterschlacht von Mars-la-Tour mitgekämpft haben, als das deutsche Reich mit Blut und Eisen geschmiedet wurde« (von Einsiedel, *Tagebuch der Versuchung*, 1950).

Ach, gute deutsche Nation, warum wurdest du denn nicht in Junker Jörgs Kemenate geboren, sondern im Spiegelsaal zu Versailles auf »Blut und Eisen« gegründet, wie kamst du zu einem Heinrich von Treitschke, der »die Juden sind unser Unglück« verkündete, wie zu deinem *Schönen Westerwald* und dem schlesischen Weberaufstand, wer schuftete auf den Landgütern ostpreußischer Junker, warum hieltest du dir einen Kaiser, der keine Parteien, nur noch Kriegsdeutsche kannte, und woher kamen dein Volk, dein Reich, dein Führer, die schließlich selbdritt über die Menschheit herfielen und sich in Völkermorden schier verausgabten?

Das kulturnationalistische Gerede der PDS-Führer wurzelt in einer der reaktionärsten DDR-Traditionen, der »Erbediskussion«, die seit DDR-Gründung vom fieberhaften Bemühen getragen war, den Wettstreit mit der BRD nicht vorrangig als einen zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern als einen zwischen Wahrern des deutschen Kulturerbes und der deutschen Einheit (DDR) sowie den Verrätern daran (BRD) zu führen. »Das Hauptziel einer deutschen Kulturpolitik besteht darin, das unsterbliche Erbe unserer nationalen Kultur und besonders der Klassik zu pflegen ... Es gilt mit der Einheit zugleich den humanistischen Charakter unserer Kultur zu verteidigen«, hieß es im DDR-Kulturprogramm von 1954. In der politischen Realität überwog al-lerdings deren Nutzbarmachung für die tages-politischen Zwecke des DDR-Aufbaus. Das Wahlrecht habe man den Ex-NSdAP-Mitgliedern deswegen gegeben, sagte Walter Ulbricht 1949 über die »Nationale Front«, weil man allen eine Chance geben wollte, sich zu entscheiden: »Es hat sich gezeigt, daß ein ganzer Teil der Leute, die aktive Nazis waren, sich nicht nur für die Einheit Deutschlands erklärt hat (was Wunder!), sondern auch mit an der Spitze der Wettbewerbsbewegung in den Betrieben steht.« Propagierung der deutschen Einheit und Kampf gegen den »Kosmopolitismus« des amerikanischen Imperialismus, »der das deutsche Nationalbewußtsein vergiftet und die deutsche Kultur und besonders unser nationales kulturelles Erbe zerstört« (Alexander Abusch, 1950), ersetzte den bzw. galt als antifaschistischer Kampf. Ob Bach-, Goethe- oder Beethoven-Jahr, immer ging es um Einheit und Nationalbewußtsein kontra »Boogie-Woogie-Kultur« und »volksfremde, dekadente Musik«. Die »Pflege des klassischen kulturellen Erbes und der Volkskunst, besonders des Volksliedes und der Volksmusik« »gegen die Entartung der Tanzmusik« erklärte das ZK der SED daher 1951 zu einer kulturellen Hauptaufgabe.

Natürlich möchte die PDS-Führung mit solch reaktionärer Kapitalismuskritik nichts mehr zu tun haben. Doch sie selber hat für einen derartigen Mief eine Lanze gebrochen. Hätte sie bei Graf von Einsiedel nachgelesen, wäre sie eventuell darauf gestoßen, daß sein Interesse für den Kommunismus als »Vernunftreligion« gegen das »Chaos« des Kapitalismus sich aus eben dieser reaktionären Kritik einer unverstandenen Kapitalismusentwicklung speist. Da beklagt er in seinem *Tagebuch* »die Jagd nach dem Dollar, das Fließband, die Wolkenkratzer, die Kriminalreißer, die Jazzekstase«, die »die Welt entgöttert und den Menschen mehr zum Massentier gemacht« hätten, und fragt: »Wo ist denn die kulturelle Leistung Amerikas, die dem Reichtum seiner herrschenden Schicht innere Berechtigung verleihen würde?« Was wiegt dagegen das deutsche Kulturerbe!

Es ist diese aus der Enttäuschung über die Realität der Klassengesellschaft erwachsende zunehmende Kritik am westdeutschen Kapitalismus, die Angst nicht nur vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg, sondern auch vor Aids, Drogen und Kriminalität, die die ostdeutsche PDS-Klientel zu einem erheblichen Teil eint, nachdem das erwartete und herbeivereinigte Schlaraffenland sich als Flop erwies. Eine solche Kapitalismuskritik trägt keine emanzipatorischen Elemente. Sie mit Gerechtigkeitsforderungen und kulturnationalistischen Parolen füttern zu wollen, statt mit radikaler, auf Systemüberwindung zielender Kritik, ist ein untauglicher Versuch, mit nationalem Pathos Frustrationen stillzustellen, und nährt den rechten dumpfdeutschen Zeitgeist.

Daß die PDS-Führung gar dekretiert: »Wer sich heute gegen die Einheit stellt, verhält sich reaktionär«, wirkt da nur noch als klärender Zusatz. Denn daß »die Linke endlich die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen muß«, mag, wer will (die »Junge Freiheit« etwa) mit dem Bürgerrechtler Templin diskutieren, weil der selbst noch für jene einen solchen behaupten würde – glauben tun dies aber nicht einmal die Autorinnen und Autoren des Pro-Einsiedel-Textes selber, da sie um eine Klientel werben, von der sie selber annehmen, daß sie bereits dabei sei, nach rechts abzudriften.

Ein weiteres nationalistisches Relikt aus DDR-Zeiten transportiert die Einsiedel-Nominierung: die positive Bewertung des NKFD. Einsiedel hat nämlich einen Bonus: Obwohl immer in Sorge um Deutschland, hat ihm im Westen niemand seine NKFD-Tätigkeit gedankt. In der BRD, dem Nachfolgestaat des Dritten Reiches, galt er als Landesverräter, weil er objektiv für »die Russen« gearbeitet hatte. Das macht ihn sympathisch. Zudem gehörte Einsiedel nicht zu den Schlimmsten jener deutschnationalen Reaktionäre, die zu einem erheblichen Teil den Kreis kriegsgefangener deutscher Offiziere in der Sowjetunion bildeten, aus dem sich seit 1943 das NKFD und der Bund deutscher Offiziere (BDO) rekrutierte. Nicht wenige von ihnen sind später in der DDR zu Rang und Ehren gekommen. Im Westen blieben sie geächtet.

Deshalb kritisiert die Kommunistische Plattform Hamburg und Hannover auch weniger den Nationalismus der PDS-Führung. Sie begründet ihre Einsiedel-Kritik vor allem mit seiner DDR-Feindlichkeit und setzt ihn negativ vom NKFD ab, »dessen Beitrag im Kampf gegen den Hitlerfaschismus« sie sehr schätzen, wie sie betonen. Was aber ist daran schätzenswert? Sicherlich der Versuch der Sowjetunion, deutsche Offiziere zur Zersetzung der Wehrmacht zu verwenden und sie als Personal für die Zeit nach einer Ablösung Hitlers zu nutzen. Der war aber schon ein gutes Jahr nach Gründung des NKFD aufgegeben worden, weil sich weder die deutschen Soldaten in ihrer bedingungslosen Gefolgschaft irritieren ließen noch sich in Deutschland eine Möglichkeit zum Sturz der Nationalsozialisten abzeichnete. Als sich zudem immer deutlicher die Kriegsniederlage der Deutschen abzeichnete, ließen die sowjetischen Verantwortlichen das NKFD fallen.

Subjektiv gibt es nichts, was am NKFD zu schätzen wäre. Bis zum Kriegsende blieben seine führenden Offiziere deutschnational, ihre Gegnerschaft zu Hitler entwickelten sie – von Ausnahmen abgesehen – erst in der Gefangenschaft. Ihre Anklagen gegen Hitler wurden schärfer in dem Maße, in dem er nicht mehr für Siege, sondern für Niederlagen die Verantwortung trug. »Die Vereinigung aller durch das Versailler Diktat auseinandergerissenen Deutschen, das war das erste (Kriegs-)Ziel. Ihm haben wir alle noch begeistert gedient«, erklärte Ernst Hadermann, Einsiedels damaliges Vorbild, in seinem »Manneswort eines deutschen Hauptmanns« vor den gefangenen Offizieren im Mai 1942. Selbst die alte deutsch-russische Achse wurde – ganz im Sinne deutscher Großmachtpolitik – zur Begründung der NKFD-Tätigkeit beschworen: Es sei des Hinweises wert, schrieb Oberstleutnant Freiherr von Senfft-Pilsach im Organ »Freies Deutschland«, »daß das Nationalkomitee auf seiner Gründungstagung die Fahne des Bismarckschen Reiches zu seinem Symbol erwählt hat, jenes konservativen Bismarck, der nicht zufällig freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu einem der Hauptziele seiner Außenpolitik gemacht hat«. Die Reichsfarben schwarz-weiß-rot und Aufrufe wie »Der Bestand unserer Wehrmacht und unseres Reiches steht in Frage. Kein Reich ohne Armee, keine Armee ohne Reich«, »Hitler, der Verderber von Reich und Wehrmacht« prägten die deutschnationale Rhetorik und den Geist der soldatischen NKFD-Träger.

Diesen Offiziersgeist hat Graf von Einsiedel auch 1983 in einem Essay für den Fotoband *Der Überfall* (auf die Sowjetunion) noch nicht abgelegt. Für ihn war der Rußlandfeldzug der Wehrmacht »schlimmer als ein Verbrechen, nämlich eine ungeheure Dummheit«, weil die Deutschen nicht Krieg führten gegen Stalin und für »ein freies Rußland, eine freie Ukraine, ein freies Georgien«, sondern weil sie erobern wollten und sich deshalb den Haß der auf Befreiung Wartenden zugezogen hätten. Kann man das, wie es die PDS-Führung in ihrer »ND«-Erklärung tut, »international gedacht« nennen?

Neu sind die nationalistischen Tendenzen der PDS nicht. Von Christine Ostrowski, die Übereinstimmungen von PDS-Forderungen mit rechter sozialer Programmatik – »bis in den Wortlaut« – für eine Kontaktaufnahme zu den Völkischen nutzen wollte, und Johann Scheringer, der der »Jungen Freiheit« ein Interview gab, hat die Parteiführung sich noch (behutsam) distanziert. Das Besondere am Fall Einsiedel ist aber, daß das nationalistische Signal von der Parteizentrale gegeben worden ist und auch in den Landesverbänden der ehemaligen BRD strikt durchgesetzt werden soll. Mit dem direkten Angriff auf namentlich genannte Gruppen und Personen könnte zudem die Absicht verbunden sein, weiteren linken Ballast abzuwerfen. »Nach solcher Abkanzelung als ›sektiererische Kräfte‹ durch die Parteiführung«, freute sich die »FAZ«, »müßte die Kommunistische Plattform mit ihren Mitgliedern eigentlich die PDS verlassen. Vermutlich geschieht das nicht. Bismarcks Urenkel aber gebührt schon jetzt das Verdienst, mit seiner Kandidatur die innere Zerrissenheit der

PDS bloßgelegt zu haben.«

Heiner Möller schrieb in KONKRET 3/94 über Manfred Brunners »Bund Freier Bürger«

Konkret 05/94, S. 23

Boris Gröndahl

Einige notwendige Anmerkungen

Er dürfe wohl nur noch mit Leuten streiten, mit denen er fast einig sei, moserte Gregor Gysi, als ihn Besucher der Veranstaltung in Cannstatt wegen seines Kontrahenten tadelten: Ex-EG-Kommissar Manfred Brunner, Gründer des deutschnationalen Bundes Freier Bürger. Auch der Gastgeber, Hans Manfred Roth, lokale FDP-Größe, hatte Gysi nicht eingeladen, weil der Freidemokrat ein liberaler Kommunistenfreund wäre. Zu seinen bevorzugten Gesprächspartnern gehört FPÖ-Führer Jörg Haider. Und tatsächlich war sich Gysi mit Brunner sehr einig, etwa über das antidemokratische Ressentiment namens »Politikverdrossenheit«. Gysi geht solcher Gesellschaft nicht aus dem Weg. Mit Jörg Haider hat er schon gesprochen, letzten Sommer scheiterte eine Runde mit dem »Junge Freiheit«-Chef nur knapp, und im April plauderte er in Hamburg mit dem deutschnationalen Historiker Arnulf Baring. Von sonstigen Diskussionen, Interviews, Streitgesprächen undsofort zu schweigen, bei denen Gysi ebenfalls nicht übermäßig wählerisch mit seinen Gesprächspartnern ist.

Heikel ist Gysi dafür mit seinen linken Diskussionsgegnern. KONKRET hatte im letzten Dezember mit dem PDS-Wahlkampfleiter André Brie ein Streitgespräch mit Gregor Gysi zu dem in KONKRET gelegentlich erhobenen Vorwurf verabredet, die PDS vertrete nationalistische Positionen. Brie sagte im Namen von Gysi einen Termin im April zu. Nachdem feststand, daß Thomas Ebermann gegen Gysi antreten würde, rief ich Gysis Berliner Büro an, um dort einen genauen Termin auszumachen. Doch der war nun, nachdem Ebermanns Name gefallen war, nicht mehr zu kriegen.

Man kann sich auf die PDS verlassen. Auch wenn sie noch jede kommunistische Position aufgibt, auf Kritik reagiert sie wie einst die SED. Parteiinterne Störenfriede werden in ernsten Fällen mit einem absichtsvoll beiläufigen »Einige notwendige Anmerkungen zu...« exkommuniziert, während man die unangenehmen Kritiker von außen am liebsten vor dem Interview auffordern würde, die Fragen schriftlich einzureichen.

Konkret 05/94, S. 25

»Flamme empor!« II

Dokumentation

Pünktlich zum Beginn der Olympischen Winterspiele in Lillehammer veröffentlichte das »Neue Deutschland« am 8. Februar ein Interview mit dem Olympia-Kritiker Thomas Alkemeyer. Darin beschrieb Alkemeyer, der als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sportsoziologie und -philosophie der FU Berlin gerade seine Dissertation über das Olympia-Konzept Pierre Baron de Coubertins abgeschlossen hat, die strukturelle ideologische Verwandtschaft, die zwischen neuzeitlichem Olympismus und Faschismus bestehe. Weil das der »sozialistischen Tageszeitung« aber entschieden zu weit ging, durften auf der gleichen Seite der Sportfunktionär Dr. Klaus Huhn und der Ex-»Junge-Welt«-Redakteur Volker Kluge sowohl »olympische Idee« und »Bewegung« verteidigen als auch die Leistungen Baron de Coubertins positiv würdigen. Um wenigstens die gröbsten Entstellungen und Fehler in den Beiträgen von Huhn und Kluge zu korrigieren, schickte daraufhin der Olympia-Forscher und KONKRET-Autor Stefan Ripplinger (s. KONKRET 5/93: »Flamme empor!«) dem »ND« die folgende kurze Richtigstellung:

Als ob er in einen olympischen Dichterwettstreit eintreten wollte, greift der Sportfunktionär Dr. Klaus Huhn im »ND« vom 8.2. zu kühnen Metaphern: In die »Nähe von billigen Schablonentischlern, wenn nicht gar in die von Grabräubern« habe sich der Sportwissenschaftler Thomas Alkemeyer mit seinen »absurden Behauptungen« über den Erfinder von »Olympia«, den pompösen Baron de Coubertin, begeben.

Wie? Grabraub? Man könnte glauben, Alkemeyer habe sich an der Marmorsäule auf Olympia zu schaffen gemacht, in der bekanntlich – des Barons letztem Willen getreu – Coubertins verschrumpeltes Herz ruht. Wird hier ein Heiliger gefleddert? Um welche »absurden Behauptungen« geht es?

Nun, der Wissenschaftler hat, wohlüberlegt und in der Wortwahl dezent, auf gewisse Übereinstimmungen zwischen Coubertinschem Olympismus einerseits und faschistischer Ästhetik andererseits hingewiesen. Er geht noch einen Schritt weiter und behauptet auch eine ideologische Ähnlichkeit. Das sind aber so naheliegende Schlüsse, daß man sich fragen sollte, warum sie in der deutschen Forschung zum Thema bis heute nicht gezogen wurden.

Auch wer die bramarbasierenden Pamphlete Coubertins nicht kennt, kann ohne weiteres Parallelen zwischen der pseudoreligiösen Theatralik Olympias – Coubertin selbst hielt es immer für eine »neuheidnische« Religion – , seines Lichts- und Fackelkults, seiner Verherrlichung von Körper und Kampf und den bekannten »Gesamt-Kunstwerken«, Lichtdomen, Fackelzügen der Nazis, ihrer Verachtung der Intelligenz, ihrem Herrenmenschentum erkennen. Aber, sagt Huhn – und Volker Kluge springt ihm bei – , bei Coubertin sei keine »Diskriminierung«, kein Rassismus zu beobachten gewesen. Keine Diskriminierung bei einem, der mit Zähnen und Klauen den Ausschluß von Frauen und Schwachen verteidigte? (Frauen wurden erst, nachdem er die Präsidentschaft abgegeben hatte, voll zugelassen.) Kein Rassismus bei einem, der bereits 1910 die »ethnische Qualifikation« von Teilnehmern forderte und bis zuletzt die »Vervollkommnung der Rasse« als ein Ziel der Olympischen Spiele ansah?

Nein, man wünschte, Alkemeyer hätte noch den nächsten Schritt gewagt und Coubertin als den Faschistenfreund bloßgestellt, der er war. Als den, der in Hitler »einen der größten Erbauer-Geister« sah, als den, der glaubte, »der grandiose Erfolg der Spiele in Berlin (habe) der olympischen Idee wunderbar gedient«, und als den, der schließlich – deutlichstes Zeichen seiner Hochachtung vor den Nazis – seinen Nachlaß den Deutschen für ein Olympisches Institut in Berlin überließ.

Dafür jedoch, daß das Werk dieses Chauvinisten nicht vom Erdboden verschwindet, sorgen Sportsmänner wie Kluge, der suggerieren will, der Olympia-Fackellauf habe Vorbilder in der Antike gehabt (eben nicht!), und Huhn, der Coubertins Förderung des »loyalen Nationalgefühls« für aktuell und begrüßenswert hält. Aber so sind sie eben.

Diesen Beitrag des »ND«-Mitarbeiters Ripplinger mochte das »ND« nicht mal als Leserbrief abdrucken, weshalb er an dieser Stelle erscheint. Wer sich darüber wundert, sollte den Kommentar des Sportredakteurs Wolfgang Richter nachlesen, den das »ND« zum Abschluß der Olympischen Winterspiele auf Seite 1 veröffentlicht hat. Darin rühmt Richter die Bedeutung derartiger Veranstaltungen für die Entwicklung eines positiven Nationalgefühls.

Konkret 05/94, S. 26

Boris Gröndahl

Beruf Bürgerrechtler

Das bunte Treiben ehemaliger DDR-Dissidenten läßt die Tätigkeit des MfS in neuem Licht erscheinen. Einige Beispiele

Voreilig war, wer erwartete, daß die Berufskonterrevolutionäre, die, als die DDR zu Ende ging, eine Zeitlang die politische Szene bevölkerten, diese bald wieder würden verlassen müssen, weil niemand sich mehr für ihre 1.234-Tage-im-Würgegriff-der-Stasi-Themen interessieren würde. Zwar weint das Publikum tatsächlich reichsweit über so »Wahre Geschichten« wie die Sat 1-Stasi-Kindesentführung mit Thekla Carola Wied in der Hauptrolle. Es interessiert sich aber nicht die Bohne für die wahren Geschichten; alle ahnen, daß die diesem Film zugrundeliegende wohl ähnlich spektakulär sein dürfte wie die 1991 gemeldete Ente von den »massenhaften Zwangsadoptionen« in der DDR, die mit der Zeit auf sieben Fälle zusammenschnurrten. Zu dem Konsens, Deutschland habe in diesem Jahrhundert unter den »zwei Diktaturen« geächzt, können die Figuren, die in der DDR das Bürgerrecht betrieben, nichts beitragen, jedenfalls nicht dadurch, daß sie aus ihrem Leben erzählen – ihr Schicksal ist dem der Geschwister Scholl einfach zu wenig ähnlich.

Die Bürgerrechtler haben in der Regel außer Dissident nichts gelernt. Da sie außerdem wissen, daß Arbeitslosen die Variante »... in die Produktion« nur in dem Gesellschaftssystem offen stand, das nun, den Zielen der Konterrevolution entsprechend, abgeschafft worden ist, wissen sie auch, daß sie für ihren Unterhalt selbst sorgen müssen. Nun machen sie, was Deutsche, vor allem deutsche Intellektuelle, in der Regel machen, wenn sie beginnen, sich um ihren Unterhalt zu kümmern: Sie bilden eine Seilschaft, die sich mit Jobs, Unterschriftenlisten und Solidaritätserklärungen gegenseitig über Wasser hält.

Mit am besten hat es Siegmar Faust getroffen. Er konnte seinen erlernten Beruf des Bürgerrechtlers in der BRD fortsetzen, nun als Vorstandsmitglied des Vereins »Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße«, der im früheren Ministerium für Staatssicherheit eine Forschungs- und Gedenkstätte unterhält. Die Astak, wie sich der Verein auch zärtlich nennen läßt, führt die staunenden Besucher unter anderem durch das Büro, von dem aus einst Erich Mielke versuchte, den Überblick zu bewahren. Eigens für die Arbeit mit Schulklassen hat sich die Astak ein Tagesprogramm ausgedacht, das sich »Rotschock-Tour« nennt und damit einen Begriff aufgreift, mit dem einmal beschrieben werden sollte, daß aus Verhören durch die Stasi erstaunlicherweise häufig waschechte Antikommunisten entlassen wurden. Das Ziel der Tour ist demnach logischerweise die Erzeugung weiterer Antikommunisten, wobei die Astak wohl den Part der ausgefallenen Stasi übernimmt.

Die »Rotschock-Tour« beginnt im Haus am Checkpoint Charlie, wo auch das berühmte »Mauermuseum« untergebracht ist. Beim Träger dieser Einrichtungen, der Arbeitsgemeinschaft 13. August, arbeitet ein weiterer Bürgerrechtler, der Diplomphilosoph Wolfgang Templin. Templin gehörte schon in den achtziger Jahren zum rechten Flügel der Bürgerrechtler, der Initiative Frieden und Menschenrechte. Er wurde nach der »Luxemburgaffäre« Anfang 1988 gemeinsam mit Stefan Krawczyk, Freya Klier, Bärbel Bohley und anderen aus der DDR ausgewiesen.

Das war weise. Templin ging 1989 wieder zurück, wirkte am Runden Tisch und ist mittlerweile endgültig dort angekommen, wo er hingehört: Dem Jungnaziblatt »Junge Freiheit« klagte er sein Leid mit den bloß am schnöden Mammon interessierten Landsleuten, die »die Vereinigung... vor allem als ökonomisches Rechenexempel aufgefaßt« und »die Diskussion über unser neues Selbstverständnis zu stark auf die Ebene der Verteilungskämpfe reduziert« hätten: »Verantwortlicher Umgang mit der deutschen Geschichte kann die Fragen der nationalen Identität nach diesen Diktaturerfahrungen« – gemeint sind der Nationalsozialismus und die DDR – »nicht ausblenden«, was zwar schwierig in die Nationalsprache zu übertragen ist, aber wohl ungefähr heißen soll, daß die Deutschen nach 40 Jahren DDR endlich das Recht haben, von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen.

Templin hat wiederum schnell Anschluß an jene Parallelseilschaft gefunden, die sich unter Führung von Rainer Zitelmann, Chef des »Welt«-Supplements »Geistige Welt«, aufgemacht hat, den Alt-BRD-Liberalismus zu zerschlagen. Zitelmann und seine Kumpane, die »Welt«-Feuilletonredakteure Ulrich Schacht und Heimo Schwilk, versuchten im März, in die Offensive zu gehen, nachdem sie von Kollegen in der Redaktion der »Welt« angegriffen worden waren (siehe dazu den Beitrag von Otto Köhler in diesem Heft). Sie organisierten jene beiden von allerlei deutschnationaler Prominenz unterzeichneten Solidaritätserklärungen, eine für Zitelmann, eine für Schacht/Schwilk: und siehe, während seine Kollegen Bürgerrechtler Lutz Rathenow, Sarah Kirsch und der bereits erwähnte Siegmar Faust Schacht/Schwilk stützten, war Templin für Zitelmann dabei. Nur wenige Tage später berichtete Templin für die »Geistige Welt« über die DDR-Politik der Grünen.

Anerkennung in den Spalten der »Jungen Freiheit« fand auch die Templin-Kollegin Freya Klier, die sich wie viele andere Bürgerrechtler der Aufgabe widmet, die deutsche Vergangenheit »uffzuarbeiten« (Klier). Im Nebenberuf Regisseurin, hat Klier nun den Dokumentarfilm »Verschleppt bis ans Ende der Welt« gedreht: »Über jene 500.000 Deutschen, die von Stalin 1945 als ›lebende Reparationsleistung‹ angefordert wurden und unter grausamsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten mußten«.

So arbeiten viele Berufskonterrevolutionäre also trotz erfolgter Konterrevolution einfach in ihrem alten Beruf weiter. Sie haben aufgehört, Schwänke aus ihrem Leben zu erzählen und wirken jetzt mehr im allgemeinen ideologischen Bereich, wo der pauschale Bezug auf »den SED-Staat« schon den Zweck erfüllt. Dieser Zweck ist die Unterstützung des Neuen Deutschlands bei dem, was es in nächster Zeit noch so vorhat. Jeder weiß ja zum Beispiel, daß die Ostpolitik Willy Brandts keine »Kollaboration mit dem SED-Staat« war, sondern genauso wie Adenauers Deutschlandpolitik das Ziel hatte, die DDR zu beseitigen. Der posthume Kampf gegen das angebliche »Appeasement« der SPD-Ostpolitiker geht in Wirklichkeit um etwas ganz anderes: Er wird geführt, um das demnächst anstehende weltweite Eingreifen Deutschlands als Lehre aus der Geschichte zu verkaufen.

An diesem Geschäft sind die Bürgerrechtler munter beteiligt. Nun, im fünften Jahr nach der Wende, zeigt sich, daß die DDR bei der Auswahl ihrer Feinde insgesamt gar nicht so falsch lag. Ausnahmen wie der »telegraph«, das Nachfolgeblatt der »Umweltblätter«, das auch in der BRD im Samisdat erscheint, in gegenüber dem Ormig-Verfahren nur unwesentlich verbesserter Druckqualität, bestätigen die Regel, daß die Feinde der DDR keine »bessere DDR« wollten. Sie wollten schon immer heim ins Reich.

Boris Gröndahl schrieb in KONKRET 12/93 über die »Junge Freiheit«

Konkret 05/94, S. 27

Peter Hacks

Tigersprung

Neues von Biermann

Am 20.11.1976 gewährte des deutschen Bourgeois(Bildzeitung, welche unter dem Namen »Der Spiegel« erscheint, dem singenden Schriftsteller Wolf Biermann ein Gespräch.

Ich muß Biermann nicht vorstellen, er hat sich vorgestellt. Er war in Köln und hat dort, mit wissenschaftlichen Begriffen, gereimten Liedern und vielem Augenrollen und -zwinkern, den Vorschlag gemacht, das Ziel des Kommunismus doch lieber mit bürgerlichen Mitteln zu erreichen.

Solche Leute sind, seit es eine Arbeiterbewegung gibt, mit dem Beifall der Geschichte aus der Partei geschlossen worden, und da Biermann beim Vortrag seiner Lehre zum einen sehr häßliche Dinge über die DDR sagte, zum anderen das Bestehen einer Art von Bund zur Durchsetzung derselben andeutete, dessen Mitglieder einander mit Genosse anzureden scheinen, eines aber mit Sicherheit nicht sind: Angehörige einer bisher bekannt gewordenen sozialistischen Partei, ist er inzwischen auch aus der DDR geschlossen.

Er befindet sich nun in Westdeutschland. Ich kann nicht erkennen, daß er sich dort verhalten hat wie einer, dem es dort nicht gefällt. Er ließ sich ganz gehen. Er gab locker und unbefangen den Schatz seines innersten Hirns und Herzens preis, – alles Dinge, die keiner in einer Umgebung tut, die ihn trüb stimmt. Wenn er zugleich beteuerte, ihm sei am Aufbau des Sozialismus in der DDR gelegen, ist er, nach dem, was er uns alle hören ließ, so glaubwürdig, wie es der »Spiegel« wäre, wenn er seinen Titel änderte und das, was er bislang immer geschrieben hat, fortführe unter dem Titel »Die Rote Fahne« zu schreiben.

Für diejenigen Bürger meines Landes, welche wissen wollen, wie es Biermann seither so ergangen ist, erzähle ich also von dem Interview. Es zerfällt, wie man hier richtig sagen muß, in drei Teile.

Im ersten Teil erklärt Biermann, was er in Köln schon erklärte. Ihm schmeckt die BRD nicht, er liebt sein Vaterland, mit Absichtserklärungen spart er nicht; freilich sind die ja auch billig. »Die Parteiführung«, meint er, »müßte nach dem Kölner Abend eigentlich erleichtert sein«.

Der zweite Teil prüft die taktischen Möglichkeiten der Rückkehr Biermanns an seinen alten politischen Arbeitsplatz. Der dritte Teil endlich besteht aus sehr gewöhnlicher DDR-Hetze. Er ist nicht im Ton der Untersuchung gehalten; Biermann benutzt schlechte Gründe und abstoßende Worte. Die Leitung der SED nennt er »stalinistische Bonzen«, was – die Meinung, die man über Stalin hat oder haben sollte, beiseite gelassen – doch offenbar keine zutreffende Bezeichnung ist.

Ich will mich, als dem inhaltlich einzig ergiebigen, dem zweiten Teil widmen. Biermann bespricht mit dem »Spiegel« die Erfolgsaussichten eines Antrags auf Erlangung der DDR-Staatsbürgerschaft, wobei beide keinen Zweifel hegen, daß das ein unzüchtiger Antrag ist. »Von wem erwarten Sie Hilfe?«, fragt die Illustrierte. Biermann weiß viererlei Antwort.

1. Er empfiehlt der SED, sich nach dem Beispiel der IKP oder FKP zu richten. Ich habe der SED keine Ratschläge zu erteilen, aber ich bitte sie herzlich, das nicht zu tun. Sie müßte, wollte sie Biermann folgen, in der DDR eine imperialistische Wirtschaft und Herrschaft einsetzen und zu der in ein aufständisches Verhältnis treten. Ehrlich zu sein, ich bin recht froh, daß wir das alles schon hinter uns haben, und ich wünsche im Gegenteil diesen mächtigen und erfindungsreichen Bruderparteien, daß sie bald so weit sein mögen wie wir. Aber eben dies und kein anderes ist das Rezept, das die Denker des wahren Sozialismus uns im Ernst anbieten.

2. Er hat die Zustimmung von Heinrich Böll. Böll, man kennt ihn, ist drüben der Herbergsvater für dissidierende Wandergesellen. Biermann hat in seinem Bett übernachtet, und ich hoffe, er hat nicht noch Solschenizyns Läuse darin gefunden. Ich habe Herrn Böll im Fernsehen gesehen. Er machte Augen wie ein Hund von Thurber und zeigte wieder einmal sein geübtes Staunen darüber, daß Konterrevolution in sozialistischen Ländern verboten ist.

3. Er hat – wie der »Spiegel« es ausdrückt – »seine Leute in der DDR«; er hat sie übrigens natürlich, wo immer er hinkommt. Könnte die Einigung der westdeutschen Linken, erkundigt sich der »Spiegel«, »eine neue Aufgabe für Sie sein?« – Che Biermann (bescheiden): »Zumindest eine erfreuliche Nebenwirkung«. Manchmal kann er einem schon leid tun.

Beide, Biermann wie seine Befrager, vermeiden sorgfältig die Erwähnung der DDR-Schriftsteller, die auf einer Liste erklärt haben, daß sie ihn wiederhaben wollen. Die Sorgfalt fällt auf; noch auf der Pressekonferenz vom Vortag setzt Biermann alle Hoffnung in sie. Ich will bei dem Punkt noch verweilen.

Unterrichtet durch die sozialistische Presse, wie ich gewöhnlich bin, kenne ich die erwähnte Liste nicht vollständig. Überhaupt ärgere ich mich über das »Neue Deutschland« mehr als über den »Spiegel«: weil ich öfter darin lese. Aber notfalls läßt sich auch bei wenig Nachricht viel denken, und ungefähr hätte jeder vom Fach die Liste niederschreiben können, bevor sie noch verfaßt worden.

Wir Schriftsteller reden hier viel und seit langem gegeneinander. Der Streitgegenstand ist immer derselbe: das Recht der Dichter auf Unbildung. Viele meinen, der Künstler müsse sich immer mitteilen, wie es ihm ums Gemüt sei. Die anderen wieder leugnen das gar nicht, mögen indessen nicht einsehen, wieso dieser richtige Satz den Künstler hindere, gelegentlich einen Blick in die ersten Abschnitte von »Was tun?« zu wer-fen.

Gewiß ist die Vorstellung, man könne die Vorzüge des Sozialismus mit den paar noch übrigen Vorzügen des Imperialismus verbinden, angenehm. Aber sie ist, zur gegenwärtigen Zeit, eine ungebildete Vorstellung. Es ist der Wunsch nach einem schokoladenen Leninismus, und ein Lenin, der aus Schokolade wäre, würde schnell schmelzen.

Dichter, die das Recht auf Unbildung beanspruchen, sind verpflichtet, sich mit ihren Stoffen vorzusehen. Als vor Jahren der Knabe Biermann auf seinem Wunderhorn daherschwatzte, was ihm so an Kleinigkeiten durch den Kopf ging, war das ganz allerliebst. Die Reime waren schon damals schlecht, die Verse holprig, die Gedanken kraus; die Worte waren schon damals nicht wichtig genug, um nicht des Beistands der Musik zu bedürfen, und die Melodien nicht stark genug, um ohne Worte standzuhalten, aber Biermanns Lieder waren bildhaft und wunderlich wie die, welche die Sänger auf der Heide und die Dienstmädchen in den großen Städten singen.

Erst als ein fehlerhafter Ehrgeiz ihn trieb, sich an Heines Philosophie und Villons Weltgefühl zu messen, als er sich von den Alltagssachen weg und den Weltsachen zuwandte, verstieß er gegen die seiner Begabung angemessene Gattung und sank vom Volksliedsänger zum Kabarettisten. Er wurde, was er ist: der Eduard Bernstein des Tingeltangels.

Wolf Biermann ist nicht so gut, wie man annimmt. Ich erwähne das nicht zum erstenmal, und ich würde es hier nicht wiederholen, wenn es ihn nicht erklärte. Biermann übernahm sich. Und in je höherem Maße er sich übernahm, desto mehr bedurfte seine Kunst, neben dem Gedicht und der Gitarre, des Skandals.

Biermann (so wenig wie andere Künstler, die es betrifft) wird sich von mir nicht widerlegt fühlen. Diese Uneinsichtigkeit billige ich. Alle Künstler haben ein Auge für Kunst, keiner ein Ohr für Vorhaltungen. Keine Sorte von Urteilen beeinflussen Künstler, nicht kritische und nicht politische. Auf Kunst wirkt nur Kunst. Schlechte Kunst ist ausschließlich durch bessere Kunst zu widerlegen. Genug also davon und zurück zu den Gelegenheiten für Biermanns Rekonquista.

4. nämlich und zum Schluß rechnet Biermann mit der Furcht unseres Staates vor ihm. Er bedeutet dem »Spiegel«, daß die Regierung der DDR, solange sie ihn duldete, stark war, nun aber, da sie ihn los ist, zittert. Diese Behauptung ist als ihr eigener Beweis gemeint; Biermann schließt das aus dem. Ich finde ihn nicht so schlüssig, wie er sich findet.

Mir tut seit dem Frühjahr ein Zahn weh. Ich habe den Zahn geduldet, weil mein Zahnarzt es an der Leber hatte oder ich verreist war, aus solchen Gründen. Jetzt habe ich vor, ihn wirklich ziehen zu lassen, und ich versichere, er schmerzt mich heute nicht schlimmer, als er es im Frühjahr tat. Ich will gar nicht, wie ich ja könnte, vorbringen, daß ich bisher zitterte und nun stark bin. Es paßt mir einfach, es jetzt zu tun.

Von dieser Fachfrage des richtigen Folgerns einmal abgesehen: Wolf Biermann, denke ich, setzt die Furchtschwelle der sozialistischen Gesellschaft vielleicht ein wenig zu niedrig an, wenn er seinen Fall in dem Zusammenhang erörtert.

Man soll mich nicht ungerecht schelten. Meine Gespräche mit Biermann sind, wenn es sie gab, stets unerfrischend verlaufen, ohne Verständnisinnigkeit. Ich rede leichter von als mit ihm. Aus Billigkeit will ich ihm das letzte Wort abtreten, und ich wähle unter vielen schönen sein goldenstes: »Es ist in Köln nichts passiert, was mich im Nachhinein gequält hätte.«

aus »Die Weltbühne«31. Jg./ Nr. 49(7.12.1976)

Konkret 05/94, S. 28

Werner Pirker

»1000jährige Staatlichkeit«

»Dienst an der Heimat« statt »Chaos und Klassenhaß«, »nationale Werte« statt »kosmopolitischer Nihilismus«. – Unter der Führung Gennadij Sjuganows ist die Kommunistische Partei Rußlands zu einer völkischen Sammlungsbewegung geworden

»Von Rußland dem Großen auf ewig verbündet, steht machtvoll der Sowjetrepubliken Bastion«.
(aus der von Rußland dem Großen für gegenstandslos erklärten sowjetischen Nationalhymne)

Der Übergang zu einer Neuen Ökonomischen Politik (NEP) in Rußland vollzieht sich still, aber unaufhaltsam. Wie einst der Kriegskommunismus hat die Gaidarsche Reform, welche der Gesellschaft einen rücksichtslosen sozialen Krieg aufzwang, ihre Probe nicht bestanden. Die bei den Dezemberwahlen evident gewordene Umgruppierung der politischen Kräfte hatte ihren Ausgangspunkt im blutigen Oktober-Coup, aus dem nicht das politische Establishment, sondern die Armee, deren ordnungspolitische Vorstellungen sich so gar nicht mit denen des IWF decken, als Sieger hervorgegangen war.

Die »Chefreformer«, die aus dem Nichts kamen und sich ausschließlich auf den Westen und dessen Kompradoren sowie auf die korrumpierten Teile der »Intelligenzija« stützten, aber nie die Unterstützung der mächtigen Lobbies im Agrar- und Industriebereich fanden, sind ins Nichts zurückgekehrt. Ihr Konzept einer überfallartigen Privatisierung, kombiniert mit einem auch ideologisch begründeten Totalverzicht auf Strukturpolitik, hat zwar eine fröhliche Lumpen- und Kompradorenbourgeoisie entstehen lassen, aber kein funktionsfähiges Reproduktionsmodell. Ebenso gescheitert ist Jelzins Versuch, die gesellschaftlichen Zerfallserscheinungen mittels einer autoritären Staatsmacht aufzuhalten, das heißt dem Monetarismus pinochetisch auf die Sprünge zu helfen, weil jede Staatsmacht eines Staates bedarf – und davon war nach der provisorischen Ernennung der Mafia zur herrschenden Klasse wenig übriggeblieben.

Der fatale Zusammenhang zwischen radikaler Kapitalisierung und den Bestrebungen des westlichen Machtkartells, die einstige Supermacht ins geopolitische Niemandsland abzuschieben, hat die kommunistisch-nationalistische Allianz entstehen und die kulturelle Hegemonie der liberalen Demokraten wie eine Seifenblase zerplatzen lassen. Spätestens mit dem Dezember-Desaster dürfte der politischen Klasse klargeworden sein, daß das Regime auf seinen bisherigen Grundlagen nicht weiter existieren kann und nur noch die Wahl hat zwischen einer Anpassung an das neue Kräfteverhältnis und dem endgültigen Machtverlust.

Der linke Theoretiker Alexander Busgalin (»Partei der Arbeit«) deutet den Szenenwechsel in der russischen Politik als Übergang von einem Modell des Nomenklatura-Kapitalismus zu einem anderen. Das westlich-liberale Modell, das der russischen Nomenklatura nicht unbedingt auf den Leib geschneidert war, soll nun durch ein etatistisch-paternalistisches ersetzt werden. Eine Art Staatssozialismus ohne Sozialismus? Im Staatssozialismus, so Busgalin, habe die Elite den Staat und über diesen die Gesellschaft kontrolliert. Der gegenwärtige Staat aber sei schwach und durch Korruption zersetzt, intakt geblieben sei allerdings das bürokratische System, dessen Akteure nun nicht mehr über den Staat agieren würden, sondern über die im Prozeß der Transformation entstandenen »korporativen Strukturen«.

Dieses läßt sich bereits an den veränderten politischen Losungen ablesen. Konkurrenz, Marktwirtschaft und Kapitalismus sind als Schlagwörter obsolet geworden, statt dessen hört man immer häufiger Begriffe wie »Samoderschawa« (Selbstherrschaft), »Narodnost« (Volkstümlichkeit) und »Sabornost« (über die Kirchengemeinde vermittelte Integration aller Klassen und Schichten). Als der große Kommunikator im neuen nationalen Diskurs fungiert Gennadij Sjuganow, Vorsitzender des ZEK der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation.

Der in der Beliebtheitsskala mittlerweile an achter Stelle rangierende Politiker hat unzählige theoretische Aufsätze und Bücher geschrieben, die alle um das gleiche Thema kreisen: die tausendjährige russische Staatlichkeit. Entsprechend sind die von ihm unentwegt wiederholten Wendungen: die auf dem Kollektivismus beruhenden Werte des Volkslebens, der die soziale Gerechtigkeit garantierende starke Staat, die bewegende Kraft großer Ideen. Das ist tausendjähriger russischer Fundamentalismus, was auch die »ehernen Prinzipien«, welche die Kommunisten gegen den Gorbatschow-Kurs beschworen, im nachhinein etwas weniger proletarisch-internationalistisch erscheinen läßt.

Diese den »Idealen des Marxismus-Leninismus auf ewig verbundene« Strömung hatte sich im Mai 1990 als KP Rußlands aus dem Bestand der KPdSU sowohl in Opposition zur »bürgerlichen Entartung« der Partei des Neuen Denkens als auch als Teil jener russophilen Strömung konstituiert, die eine eigene russische Partei und Staatlichkeit forderte, über welche bis dahin die RSFSR als einzige unter den Unionsrepubliken nicht verfügte. Dabei kam es zu einer seltsamen und unbeabsichtigten Übereinstimmung zwischen den aggressiven »Bewahrern« und den Kräften des Systemwandels, deren Sammlung unter der Losung der »russischen Wiedergeburt« erfolgte. Der Unterschied lag freilich darin, daß die einen die Sezessionsbestrebungen der Republiken (»Eure Freiheit ist auch unsere Freiheit«) unterstützten und in gemeinsamer Aktion den »Sturz des Sowjetimperiums« betrieben, während die anderen am russisch-imperialen Gehalt der UdSSR festhielten,

indem sie das Recht des russischen Volkes als des »konsolidierenden Elements« des multinationalen Gebildes auf Führung postulierten. Im August 91 zur Macht gelangt, war aus Jelzin, dem »Kämpfer gegen das Imperium«, allerdings einer geworden, der die »führende Rolle des russischen Volkes im Kampf um die Freiheit« in der künftigen nationalstaatlichen Verfaßtheit fixiert wissen wollte, der also nun daranging, die Union russisch-imperial zu überwinden. Sein Vize, Alexander Ruzkoj, verkündete umgehend die Geburt Großrußlands, was die Ukraine, deren Bevölkerung sich mehrheitlich für die Beibehaltung der UdSSR ausgesprochen hatte, sofort aus der »großen Rus« austreten ließ, womit diese relativ klein wurde. Im Ping-Pong um die imperialen Ansprüche war der Ball wieder auf der anderen Seite gelandet.

Aber Jelzin wäre kein Jelzinist, hätte er seine Rolle als Repräsentant allein der westlich-kapitalistischen Kräfte nicht stets als zu eng empfunden. Er wäre kein Zar in der Erblinie des Parteiadels, hätte er die russische Reichsidee nicht zu bewahren versucht. Dies sollte über die Liquidierung der örtlichen Selbstverwaltung (der Sowjets) vonstatten gehen, doch die Strategie, den Leninismus durch die Zerschlagung des alten Staatsapparats leninistisch zu überwinden, erwies sich als kurzsichtig, weil ausschließlich in den Kategorien des Machtkampfes gedacht. Jelzin hatte wohl an sich selbst Maß genommen, als er den sowjetischen Staatsgründer zum kapitalistischen Wendehals umfunktionieren wollte. Zudem zerstörte er ja gerade nicht das alte bürokratische System, sondern dessen demokratische Gegenmacht.

Die Idee könnte sich allerdings als äußerst vital erweisen, zumal sie auf der linken Reichshälfte ihren überzeugendsten Interpreten gefunden hat. Im Kampf um die kulturelle Hegemonie setzt Gennadij Sjuganow nicht etwa linke Begriffe wie Selbstverwaltung, Partizipation, freie Assoziation oder, ihm geläufiger, Sowjetmacht ein, sondern das Arsenal russentümelnder Kategorien. In seiner programmatischen Schrift *Derschawa** (etwa: Reich/Staat/Herrschaft) stützt sich der Autor auf die bereits genannten »allgemeingültigen Prinzipien« der russischen Staatlichkeit: »Samoderschawa«, »Prawoslawije« (Orthodoxie) und »Narodnost«. Dies geschieht unter Berufung auf einen zaristischen Bildungsminister, dem er immerhin konservative, die Gutsbesitzerordnung und die Leibeigenschaft bewahrende Absichten vorhält. Doch habe diese Formel auch eine breitere kulturhistorische Bedeutung. Jahrhundertelang nämlich sei die Selbstherrschaft die wichtigste Voraussetzung zur »Sammlung des Landes« gewesen. Im übertragenen (sowjetischen) Sinn habe sich dieses Prinzip dann als »politisch-moralische Einheit des Volkes unter der Führung der KPdSU« geäußert, wobei auch diese Formel zur Apologie der volksfremden Nomenklatura-Herrschaft mißbraucht worden sei.

Ob in reiner oder deformierter Form: Sjuganows Credo bezieht sich auf die Einheit von Volk und Selbstherrschaft, nicht etwa auf die Volksherrschaft. Entsprechend ist bei ihm auch das Volk definiert: als »einigende Kraft im Kampf um die Durchsetzung allgemein-nationaler Interessen«. Vulgäre Soziologen, klagt der Autor, würden das Volk als Schlachtfeld einander widerstreitender sozialer Interessen darstellen. Hier verliert das »Narodnost-Prinzip« endgültig seine volkstümliche Unschuld und läßt die völkische Sau raus, was allerdings auf russisch nicht so ohne weiteres verständlich gemacht werden kann, denn da bedeutet volkstümlich und völkisch das gleiche: narodnij. Und wer käme schon auf die Idee, die Narodniki »Völkische« zu nennen? Doch es ist eindeutig die Volksgemeinschaft, die hier aufmarschiert, womit sich der postkommunistische Literat auch völlig unsentimental von der »sozialistischen Menschengemeinschaft« verabschiedet, die ja immerhin den Anspruch erhob, die Klassenantagonismen überwunden zu haben. Der reale Kapitalismus in Rußland aber ist für den KP-Führer keine Frage von inneren Klassengegensätzen mehr – die seien von den Vulgärsoziologen bloß herbeigeredet worden – , sondern des Gegensatzes von russischem Volk in seiner Verbundenheit mit der traditionalen Gesellschaft einer- und der vom Westen aufgezwungenen kapitalistischen Moderne andererseits. Und so bekräftigt der ZEK-Vorsitzende seinen Glauben an das »heilige Rußland«, »ein Glaube, der über die Jahrhunderte der Spontaneität des Volkes innere Festigkeit und Energie verliehen hat«.

Die Unbekümmertheit, mit der kommunistische Funktionäre in die völkische Falle tappen, hat eine Ursache sicher in der staatssozialistischen Ideologie, in der Theorie von der »Partei des ganzen Volkes«, der »moralisch-politischen Einheit« usw. Bei Sjuganow aber kommt noch ein gerüttelt Maß verdrängter Gorbatschowismus hinzu. Bei aller Feindschaft dieser beiden Politiker teilen sie doch die gleiche Vorliebe für abstrakte Gesellschaftsmodelle. So wie Michail Sergejewitsch den Imperialismus kraft des Neuen Denkens in der ganzheitlichen Welt aufgehen ließ, sind bei Gennadij Andrejewitsch die nationalen Klassenantagonismen in der »Idee der Staatlichkeit« aufgehoben. Sjuganows Ablehnung des »Neuen Denkens« bezieht sich ausschließlich auf dessen »kosmopolitischen« Gehalt, auf den »Verrat der nationalstaatlichen Interessen« – in der Unterordnung sozialer Interessen unter ein »höheres Prinzip« ist er nicht weniger pfäffisch als Gorbatschow.

Die Verlagerung der sozialistischen Idee ins Nationalimaginäre äußert sich am deutlichsten in Sjuganows Einschätzung der Oktoberrevolution. Sie sei, schreibt er, das gesetzmäßige Ergebnis der Krise der russischen Gesellschaft gewesen, ausgelöst durch die, man lese und staune, von »einer allmächtig gewordenen kosmopolitischen Bürokratie« systematisch betriebene Zerstörung der Selbstherrschaft. Demnach hätte die historische Mission des Oktober 1917 in der Wiederherstellung der Selbstherrschaft bestanden, eine Interpretation, der sich heute viele Monarchisten anschließen, denenzufolge der bolschewistische Aufstand die adäquate Antwort auf den Verrat der Februar-Usurpatoren gewesen sei.

Die weißgardistische Version des russischen Bürgerkrieges sah in den Bolschewiki die Zerstörer des Staates. Später sollte sie die kommunistische Herrschaft freilich eines besseren belehren, was viele weiße Emigranten dazu bewog,

zurückzukehren, um sich wieder in den »Dienst der Heimat« zu stellen. »Rußland, mein Herz« lautet ein Kapitel in Sjuganows Buch, in dem er die »zwei Tendenzen« – die russophile und die russophobe – im Bolschewismus beschreibt: Für die einen sei Rußland auch unter der Bezeichnung »UdSSR« und unter einer anderen Ideologie die Heimat geblieben. Für die anderen sei es nur Brennholz im Feuersturm ihrer »permanenten Revolution« gewesen, ein »Experimentierfeld für menschliches Material«. »Die einen begannen mit der Rekonstruktion der Wirtschaft und dem Wiederaufbau der Armee, die anderen unterzeichneten Befehle zur Entkosakisierung, errichteten Konzentrationslager und sprengten nationale Heiligtümer.« Die Folge: »nationales Chaos und Klassenhaß«. In seinem Hang zu Abstraktionen läßt Sjuganow freilich die konkret-historische Frage unbeantwortet, welcher Tendenz denn nun der Stalinismus zuzuordnen sei. Jener Strömung, welche die These von der »gesetzmäßigen Zuspitzung der Klassenwidersprüche im Sozialismus« (Stalin) verkündete, somit den Klassenhaß schürte und Konzentrationslager errichtete, oder jener russisch-patriotischen, welche dem Derschawa-Prinzip wieder Geltung verschaffte und die Feuersbrunst der permanenten Revolution zum Erlöschen brachte? Dieser nicht endenwollende innerparteiliche Kampf, so das Resümee, habe schließlich mit der Machtergreifung der russophoben Jelzin-Gruppe sein vorläufiges Ende gefunden.

Das hier entwickelte Konstrukt, welches der »Spontaneität des Volkes innere Festigkeit und Energie« verleihen soll, ist eine theoretische Konterrevolution. Der dem Oktober-Projekt immanente Ziel-Mittel-Konflikt erhält eine sozialistischen Fragestellungen völlig entgegengesetzte Deutung, indem die Deformationen im Ziel lokalisiert und die Mittel zum Ziel erklärt werden. Positive Bezugspunkte zur Oktoberrevolution findet Sjuganow allein dort, wo er diese zur Konterrevolution bzw. zur »konservativen Revolution« erklärt: in der Wiederherstellung der russischen Selbstherrschaft und ihres völkischen Basisprinzips. Der revolutionäre Anspruch, die alte Welt aus den Angeln zu heben, erscheint hingegen als terroristischer Anschlag auf das Volksleben. Wo dieses, nun unter kommunistischen Vorzeichen, wieder Halt in einer starken vertikalen Machtstruktur findet, ist die Welt wieder in Ordnung. Die sozialistisch-emanzipatorischen Inhalte der Revolution erscheinen als deren Deformation, als extremistische Verneinung des »Narodnost-Prinzips«, der »Basis der allgemein-nationalen Solidarität«.

In der fatalen Verbindung, die der Sowjetkommunismus mit dem russischen Nationalismus und der Diktatur eingegangen war, sieht der postkommunistische KP-Führer keineswegs den Sozialismus deformiert, im Gegenteil, die den emanzipatorischen Gehalt des Projekts verneinenden Tendenzen, die sich im bürokratischen Etatismus manifestierten, machen bei ihm die »große Idee« aus, die von einer »kosmopolitischen« Nomenklatura deformiert worden sei. So werden die unangenehmen Sekundäreigenschaften, welche dem Sozialismus in Rußland anhafteten, zu dessen Wesen erklärt und bilden gleichzeitig die Grundlage für einen Zukunftsentwurf, für den sich das »neue Rußland« allemal besser eignet als die kosmopolitische Sowjetunion. Denn als positiv an der sowjetischen Geschichte läßt der Verkünder des wirklich »neuen Rußlands« nur die »Übernahme der geopolitischen Rolle des russischen Reiches« durch die UdSSR gelten. Eindeutig negativ zu bewerten sei hingegen »der Bruch in der historischen Kontinuität, der Nihilismus gegenüber den nationalen Werten des Volkslebens, die Anschwärzung der früheren Ideale«. Welch revolutionäre Ausschweifung, mit der Vergangenheit zu brechen! Konservative Revolutionen wissen eben dieses zu vermeiden.

Eine derartige »Revolution« dürfte dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und Mitglied der Staatsduma, Gennadij Sjuganow, vorschweben: die Volksgemeinschaft im neuen Rußland bewahrend, die nicht wiederum zum Austragungsort künstlich provozierter Klassenkonflikte gemacht werden dürfe, wobei freilich erst einmal die »Pseudoelite, welche die Geschäfte der transnationalen kosmopolitischen Herrschaft« betreibe, davongejagt werden müsse; bewahrend vor allem aber auch gegenüber dem nationalen Gehalt des Staatssozialismus, gegenüber jener die Systeme überdauernden Elite, die Rußland immer als ihre Heimat betrachtet habe. Dazu müsse den kollektivistisch-gesellschaftlichen gegenüber den individualistisch-egoistischen Kräften wieder Priorität verschafft werden. Denn erstere kennen kein Subjekt, geschweige denn Gewerkschaften, und letztere bestehen ausschließlich aus »zweifelhaften« Subjekten.

Gennadij Sjuganow ist der perfekte Postkommunist. Sein »Nationalkommunismus« ohne Kommunismus entspricht den Determinanten der gegenwärtigen Situation und den gesellschaftlichen Stimmungen. Innerhalb der KP wächst allerdings das Unbehagen gegenüber dem »Woschd« (Führer). In einem offenen Brief an die Parteiführung – »Das nationalistische Gift diskreditiert die kommunistische und sozialistische Idee« – , unterschrieben auch von Boris Slawin, einem bekannten »Prawda«-Kommentator und Mitglied des ZEK der KPRF, sowie den Linkssozialisten Busgalin und Kolganow, wird zur Bildung einer internationalistischen Plattform der Linken aller Parteien und Bewegungen aufgerufen. Ein einsamer Ruf.

* Gennadij Sjuganow: *Derschawa*. Informpetschat, Moskwa 1994

Werner Pirker schrieb in KONKRET 3/94 über den Rückzug der Reformer aus der russischen Regierung

Konkret 05/94, S. 31

Michael Hahn

Buch des Monats: Lobet Gott für Lenin

Mari Jo Buhle, Paul Buhle, Dan Georgakas (Hg.): Encyclopedia of the American Left. New York 1990 (Paperback: Chicago 1992), 928 Seiten, 30 Dollar

Nach der Verhaftung Ernst Thälmanns in Nazideutschland verteilten Mitglieder der schwarzen Kleinpächter-Vereinigung Share Croppers Union (SCU) im Osten Alabamas Flugblätter, in denen sie die Freilassung des KPD-Vorsitzenden forderten. Da die große Mehrheit der bitterarmen Landbevölkerung des Lesens und Schreibens unkundig war, wurden die Handzettel im Familienkreis vorgelesen und heimlich an Freunde und Nachbarn weitergegeben. Die schwarzen Flugblattverteiler waren in der Regel bewaffnet, berichtet der Historiker Robin Kelley, denn wer mit kommunistischem Schriftmaterial angetroffen wurde, hatte mit blutigen Repressalien zu rechnen. Dutzende SCU-Mitglieder wurden von Polizei, Großgrundbesitzern und Lynch-Mobs ermordet. Um die Repression zu unterlaufen, tarnte die SCU ihre Versammlungen als »Bibelstunden« oder »Nähkurse«.

Die Arbeit der kommunistischen Subsistenzbauern-Organisation im erzreaktionären Alabama der 30er Jahre ist eine der faszinierendsten Episoden in der Geschichte der US-amerikanischen Linken. Unterstützt von der KP-Zentrale in New York, knüpften radikalisierte Metallarbeiter in der Industriestadt Birmingham (Alabama) und Kleinpächter in der umliegenden Region ein schlagkräftiges und de facto illegales Netzwerk aus Bauernorganisationen wie der SCU, kulturellen Vereinen, Gewerkschaftszellen und Rechtshilfegruppen, mit zeitweise mehreren zehntausend schwarzen (und einer Handvoll weißen) Mitgliedern.

Der Communist Party (CPUSA) gelang es in Alabama, Elemente schwarzer Widerstandskultur mit internationalistischen Perspektiven zu verbinden. Das Parteiorgan »Southern Worker« veröffentlichte Briefe von Kleinpächtern aus Alabama, die gegen ihre Ausbeutung durch weiße Großgrundbesitzer protestierten, und Berichte über antikoloniale Kämpfe in Afrika und der Karibik. Klassenkampf und Antirassismus bildeten eine selbstverständliche Einheit. Religiöse Folklore, jahrhundertelang eines der wichtigsten Elemente im Widerstand gegen die Sklaverei, vermischte sich mit »Proletkult«: Parteisitzungen begannen nicht selten mit Gebeten wie »Praise God for Lenin«.

Bürgerliche Kritiker brandmarkten solches Interesse an Lenin, Thälmann oder afrikanischen Befreiungskämpfen als »Instrumentalisierung« analphabetischer Kleinbauern für die Ziele der CPUSA. Die Betroffenen selbst, die in den rassistischen Südstaaten oft nur eine minimale Schulbildung erhalten hatten, erlebten dagegen ihre Politisierung als Befreiung. Das Wissen um Solidarität von außen stärkte den schwarzen Kommunisten in Alabama den Rücken. So mobilisierte die CPUSA-Rechtshilfeorganisation »In-ternational Labor Defense« bis zu hunderttausend (!) Menschen für Protestdemonstrationen in New York und anderen Städten zur (erfolgreichen) Verteidigung der zum Tode verurteilten »Scottsboro Boys«, neun schwarzer Jugendlicher aus Alabama.

Während des zweiten Weltkriegs gab die CPUSA jedoch ihre klassenkämpferische und antirassistische Innenpolitik auf und konzentrierte sich auf die Mobilisierung gegen Nazideutschland. Im Glauben an demokratisch-soziale Reformen unter der Roosevelt-Administration und an einen »friedlichen Übergang zum Sozialismus« löste sich die CPUSA 1944 sogar vorübergehend selbst auf. Um die Zusammenarbeit mit liberalen Kräften zu erleichtern, wurden auch militante Massenorganisationen wie die SCU in Alabama aufgelöst.

Der Historiker Kelley, Autor eines Buches über die KP Alabamas, ist mit mehreren Beiträgen in der von Mari Jo Buhle, Paul Buhle und Dan Georgakas herausgegebenen »Enzyklopädie der amerikanischen Linken« vertreten. Auf 928 großformatigen Seiten bieten über 300 Autoren einen umfassenden Überblick über die zahlreichen Facetten linker Geschichte in den USA. Wie Kelley gehören auch die drei Herausgeber zu den während und nach den 60er Jahren politisierten »New Historians«, die neue Schwerpunkte in der Geschichtsschreibung der US-Linken und der Arbeiterbewegung setzen, indem sie Methoden der »oral history« und Ergebnisse feministischer, ethnischer und kultureller Forschungen aufgreifen.

Die mehreren hundert Lexikon-Stichwörter von »Abortion« (Abtreibung) bis »Di Zukunft« (eine seit 1890 bestehende jiddisch-sprachige sozialistische Zeitschrift) sind mit Illustrationen, Querverweisen und Empfehlungen für weiterführende Literatur versehen. Ohne jede sektiererische Polemik beschreibt die Enzyklopädie die Geschichte der zahlreichen sozialistischen und kommunistischen Parteien und Zirkel in den USA (abgesehen von einem bemerkenswert hämischen Kapitel »Bewaffneter Kampf« über die schwarzen und puertorikanischen Militanten und den weißen »Weather Underground« nach dem Zerfall der Massenbewegungen der 60er Jahre). Beiträge über ethnische Kulturvereine (z. B. den deutschsprachigen »Arbeiter-Sängerbund der Vereinigten Staaten« um die Jahrhundertwende) und die heutige Schwulen- und Lesbenbewegung sind ebenso vertreten wie Artikel über einflußreiche Intellektuelle und über Errungenschaften sozialer Bewegungen (u. a. »Women's Studies«-Abteilungen an vielen Universitäten).

Das 1990 fertiggestellte Nachschlagewerk konnte die Auswirkungen des Zerfalls des sowjetischen Lagers nicht mehr berücksichtigen. Obwohl das Ende des »Stalinismus« von den meisten US-Linken zunächst begrüßt wurde, weil nun der Weg frei werde für die Entwicklung eines authentisch US-amerikanischen Sozialismus, stellten sich bald – ähnlich wie in Westeuropa – Ernüchterung und Auflösungserscheinungen ein. Die Wochenzeitung »Guardian«, jahrzehntelang *das* Sprachrohr der Neuen Linken und sozialen Bewegungen, ging im August 1991 an chronischem Geldmangel und sinkender Auflage zugrunde. Die CPUSA verlor nach heftigen internen Auseinandersetzungen ihren »Erneuerungs«-Flügel und ist politisch bedeutungslos geworden. Auch die 1992 unter maßgeblicher Beteiligung von KP-Erneuerern und schwarzen Intellektuellen gegründete linke Sammlungsbewegung »Committees of Correspondence« scheint bereits wieder zu zerfallen.

Die theoretische und praktische Aufmerksamkeit für Rassismus, Geschlechterverhältnisse und kulturelle Themen stellt zweifellos eine Stärke der Neuen Linken und der sozialen Bewegungen in den USA dar. Allerdings ist es trotz großer Militanz bei einzelnen Auseinandersetzungen nie dauerhaft gelungen, massenhafte klassenkämpferische (oder auch nur sozialdemokratische) Organisationen aufzubauen, die soziale Reformen (wie eine allgemeine Krankenversicherung) durchsetzen oder gar Anspruch auf politische Macht anmelden könnten. Erfolgversprechende praktische Ansätze für eine linke Organisierung in einem US-Proletariat, das von Tag zu Tag »farbiger« und »weiblicher« wird, sind noch nicht in Sicht.

Michael Hahn schrieb in KONKRET 1/94 über das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta)

Konkret 05/94, S. 32

Otto Köhler

Die Achse

Gegen die von Mediengroßhändler und Springer-Aktionär Leo Kirch mitgetragene Rechtsradikalisierung des Springer-Konzerns regt sich erzkonservativer Widerstand, unterstützt von »Enteignet Springer«-68ern

»Wir Älteren wissen«, so sprach Axel Springer 1969 im Israel-Museum zu Jerusalem, »wir Älteren wissen, daß wir mit dieser schrecklichen Vergangenheit, die wir nicht mehr ändern können, leben müssen. In der Gegenwart aber, die uns vor neue und härteste Prüfungen stellt, müssen wir uns bewähren, um so die Zukunft gewinnen zu können.«

Welche Zukunft? Axel Springer sagte es: »Aus dieser Zukunft habe ich heute in diesen Räumen eine Vision vor Augen: Ich sehe meinen jüngsten Sohn Raimund, der heute 6 Jahre alt ist und 14 Jahre nach der Gründung Israels geboren wurde, als erwachsenen jungen Mann in den Clubräumen des Israel-Museums sitzen. Neben ihm ein israelischer Freund, und das Gespräch der beiden ist getragen von einer Unbefangenheit, wie kein Erwachsener unserer Generation sie haben kann.«

Inzwischen ist ein Vierteljahrhundert vergangen. Axel Springer ist tot. Sein Sohn Raimund Nicolaus ist längst erwachsen, 32 Jahre alt. Erwachsen sind Springers Enkel Ariane und Axel Sven. Aber die Unbefangenheit für ein Gespräch mit israelischen Freunden wird Springers Erben heute von Springers Erbe geraubt. Mit »wachsendem Entsetzen«, so schrieben sie in einem Offenen Brief, den die »Zeit« veröffentlichte, müßten sie mitansehen, »wohin das Lebenswerk unseres Vaters und Großvaters« treibe. Axel Springers »Ahnungen, Sorgen und Visionen«, so klagen sie, werden heute in seinem Verlagshaus »gröblich mißachtet«. Die Mitarbeiter des Hauses Springer seien »zum Spielball einer unfaßbaren Personalpolitik« geworden. Gegen den erklärten Willen des 1985 verstorbenen Axel Springer wolle man dem Verlag »eine neue Identität aufzwingen«.

Diesem Hilferuf der Springer-Erben war ein Hilferuf aus der »Welt« vorausgegangen. »Haider ad portas«, titelte Chefredakteur Gerhard Mumme und meinte damit Deutschland, insgeheim aber auch das eigene Blatt. Mumme enthüllte die neue Drohung aus Österreich, die Ankündigung des Führers der österreichischen Neofaschisten, Jörg Haider, daß »wir in absehbarer Zeit in Deutschland mit einer eigenen Partei kandidieren«. Haider will, enthüllte Mumme, seine FPÖ, Teile der FDP und CSU zusammen mit norditalienischen, schweizerischen und tschechischen Rechten zu einer »Freiheitlichen Union« zusammenschließen. Der streng konservative »Welt«-Chef sieht dadurch die CDU in eine »atemberaubende Zange« genommen – »links von den Geißlers und rechts schon bald von Haider«.

In Italien ist die Democrazia Cristiana inzwischen eingegangen. Das neofaschistische Bündnis um Berlusconi hat gesiegt. Was Mumme schon im Dezember in der »Welt« vorhergesehen hat, erscheint in dieser neuen Lage umso gefährlicher: »Ein Österreicher macht Anstalten, nun auch Politiker in Deutschland zu werden.« Was noch vor wenigen Jahren als aberwitzig gegolten hätte, »nur lebensfähig im Hirn eines politischen Hasardeurs, scheint heute wohl vielen so abwegig nicht mehr«.

Berlusconis Sieg in Italien war ein Sieg des Kommerzfernsehens, das er fest in der eigenen Hand hat. Mumme fragte im Dezember: »Haider klopft an, wer öffnet ihm die Tür?« Türöffner Nummer Eins ist der deutsche Berlusconi, der Filmgroßhändler Leo Kirch, Herrscher über Sat 1, Premiere, sowie – durch seinen Sohn – auch über Pro 7 und den Kabelkanal. Soeben bereitet Kirch eine enge Kooperation mit dem zweiten Mediengiganten, mit Bertelsmann, vor, um den »Multimedia-Markt« zu erschließen. Eine »einigermaßen objektive Begutachtung« der Kirch-Gruppe sei nicht zu ermöglichen, stellte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« im März fest: »Der Inhaber, selbst äußerst zurückhaltend in der Öffentlichkeit, hat es bisher abgelehnt, wesentliche Kennzahlen über sein Imperium zu veröffentlichen.«

Einer aber hat sich sehr deutlich geäußert über Leo Kirch: Axel Springer. 1991 erschien – oder erschien auch nicht – das Buch des Springer-Vertrauten Gerhard Naeher: *Axel Springer – Mensch Macht Mythos*. Dort heißt es auf Seite 525: »Schon seit einiger Zeit hatte Springer aus seiner Verstimmung über Kirch keinen Hehl gemacht. Gegenüber Prinz Reuss sprach er ganz unbefangen vom ›Kriminellen Kirch‹, zu Bernhard Servatius, der seit 1970 für Springer als ständiger anwaltlicher Berater tätig war und den er 1977 mit der rechtlichen Betreuung des mißglückten Filmgeschäftes beauftragt hatte, sagte er zwischen Juli 1977 und September 1981 mehrmals, er fühle sich von Leo Kirch ›bei Abschluß und Durchführung des Filmvertrages betrogen‹. Als Servatius keine Möglichkeit zur Auflösung des Vertrages sah, meinte er: ›Ihr Juristen seid immer so kompliziert. Ich bin an einen Kriminellen geraten.‹ Verlagsvorstand Peter Tamm, der mit dem Filmgeschäft der Ullstein AV nicht befaßt war und sich gegenüber der Person Kirch neutral verhielt, wurde deshalb vom Verleger getadelt. Mehrmals äußerte Springer ihm gegenüber, Kirch sei ein ›Krimineller‹, er fühle sich von ihm ›betrogen‹, ›hintergangen‹ und ›über den Tisch gezogen‹. Gegenüber dem Holding-Geschäftsführer Ernst Cramer nannte Springer den Filmhändler einen ›Haifisch‹, bei dem man ›aufpassen (müsse), wenn man ihm die Hand gibt‹.«

Naehers Buch, in dem das steht, sollte vom konservativen Straube-Verlag verbreitet werden. Doch kaum war das Buch gedruckt, unterbrach der Verleger jeglichen Kontakt zum Autor, und der erfuhr auch nicht, was geschehen war. Die fest eingeplanten Werbemaßnahmen unterblieben. Der Autor hatte das Gefühl, als sei sein Buch überhaupt nicht erschienen. Obwohl es voller Verehrung für Axel Springer geschrieben ist, druckte keine einzige Zeitung des Hauses Springer eine

Besprechung des Springer-Buches. Es sei doch nicht nötig, daß man jedes Buch rezensiere, meinte der damalige Springer-Sprecher Heiner Bremer. Es ist aber auch nicht bekannt geworden, daß irgendjemand gegen Naehers Buch geklagt hätte – es verschwand ganz einfach.

Die neue Identität, die nach Aussage von Springers Erben dem Verlagshaus Springer aufgezwungen wird, stammt von Leo Kirch, die »unfaßbare Personalpolitik« ebenso. Chefredakteur Mumme meinte mit seinem Warnruf »Haider ad portas« auch und nicht zuletzt das eigene Blatt. Als Mumme noch fragte »Haider klopft an, wer öffnet ihm die Tür?« saß Haiders Geist schon in der »Welt«. Die beklagte neue Identität geht heute von der »Welt« aus. Vom Ressort »Geistige Welt«, um genau zu sein. Dessen Leiter ist seit der Jahreswende – und nicht auf Wunsch der Chefredaktion – Rainer Zitelmann, Volksaufklärungshistoriker aus dem Gefolge jenes Ernst Nolte, der Stalin zum Erfinder von Auschwitz machte. Zitelmann war zuletzt Cheflektor des Ullstein Verlags, dessen letztes Renommee er im Herbst 1993 mitseinem Rechtsaußen-Polit-Programm (KONKRET 10/93) so sehr verspielte, daß auch US-Verlage, die bisher gern mit dem Traditionsunternehmen kooperierten, an Abbruch der Beziehungen denken. Durch die Herausgabe zahlreicher Sammelbände schuf er sich eine entschlossene Truppe publikations- und karrieresüchtiger Historikerkollegen, deren revisionistische Grundhaltung nun auch die »Geistige Welt« so sehr beherrscht, daß es selbst den eher rechten »Welt«-Redakteuren unbehaglich wurde. Ihr Kragen platzte, als Zitelmann den »domestizierten Konservativen«, den »Nischenkonservativen« innerhalb des alles beherrschenden »linksliberalen Machtkartells« vorwarf, sie hätten das »Doppeltrauma der Niederlage von 1933ff. und 1968ff.« nicht überwunden – die Nazis so ganz nebenbei als 68er Studenten und die 68er Studenten als Nazis.

Ermutigt durch den Offenen Brief der Springer-Erben meldeten über fünzig »Welt«-Redakteure und -Mitarbeiter Protest gegen Zitelmann an. Sie hatten ein wenig Erfolg: Zwei Zitelmann-Gehilfen, die zur Gleichschaltung des von der »Geistigen Welt« unabhängigen Feuilletons aus der »Welt am Sonntag« abgestellt waren, Ulrich Schacht und Heimo Schilk, wurden in ihre Heimatredaktion zurückbeordert. Doch in der »Geistigen Welt« wütet Zitelmann weiter. Rolf Hochhuth, der regelmäßig für das Ressort eine Seite Literatur aussuchte und einführte, weiß noch, wie der neue Herr reagierte, als er erstmals ankam. Hochhuth hatte einen Text von Martin Walser ausgewählt, der ja heute wirklich nur noch den äußersten Rechtsextremisten verdächtig sein kann. Walser werde bei ihm nicht gedruckt, habe Zitelmann erklärt. Seither arbeitet Hochhuth nicht mehr für das Ressort. Es hat bessere Autoren. Beispielsweise den neuesten Nolte-Promovenden, den einst von Ulbricht finanzierten Blattmacher Klaus Rainer Röhl. Der Mann, der nach dem Geldentzug aus dem Osten das alte »Konkret« zum Sexblatt verkommen ließ, darf heute als 65jähriger die fanatisch antifeministischen Interessen Zitelmanns artikulieren, indem er den eh nur kommunistischen Frauentag als »Wahlkampfrummel gegen Kohl, unter Führung von Rita Süssmuth« entlarvt. Zitelmann selbst entdeckt inzwischen hinter dem Protest seiner »Welt«-Kollegen den »Aufstand des Schlamms gegen den Berg«. Und hat seine Garde gegen den – ja, das gibt es jetzt in Springers altem Flaggschiff – »Redaktionssowjet« mobil gemacht. Wer für Zitelmann arbeiten will, unterzeichnet eine Ehrenerklärung, die auch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« über Zitelmanns verlorene Ehre und die vielfachen Bemühungen, sie wiederzufinden, spotten ließ.

Bernhard Servatius, der Aufsichtsratsvorsitzende des Hauses Springer, hat nach dem Offenen Brief der Springer-Erben jede Kritik an seiner Personalpolitik zurückgewiesen. Er vertritt andere Interessen. Leo Kirch ist für ihn heute der wichtigste Anteilsnehmer der Axel Springer AG. Finanziert vom Metro-Chef Otto Beisheim, diesem – wie der »Spiegel« schrieb – »mafiosen Dunkelmann« aus der SS, der große Lebensmittelketten und Warenhäuser in diesem Land beherrscht, von Spar bis Kaufhof, gedeckt von der allmächtigen Deutschen Bank.

Und vergessen wir nicht: Im Deutschen Sportfernsehen (DSF) sind Kirch und Berlusconi heute schon verbunden. Die Räder der Achse Kirch – Berlusconi rollen demnächst freilich auf einer noch solideren kommerziellen Grundlage. Ausgerechnet ein Zugeständnis, das sich Berlusconi für den Fall seiner Regierungsübernahme abringen ließ, dient jetzt der Machtverflechtung in Richtung Deutschland. Mitte April meldete der Springer-Auslandsdienst, daß Berlusconi mit der deutschen Kaufhof AG über eine Übernahme seiner Kaufhauskette La Standa verhandelt. Die Opposition in Italien hatte eine verfassungsrechtliche Prüfung angedroht, falls Berlusconi als Besitzer von Kaufhausketten den Stuhl des Ministerpräsidenten besteigen würde, dann nämlich, so Oppositionsführer Achile Occhetto, würde der italienische Ministerpräsident Werbeträger seiner eigenen Kaufhauskette. Der Verkauf an die Kaufhof AG bringt Berlusconi viel mehr. Er stärkt die Achse. Kaufhof-Chef ist Jens Odewald, bis April 1993 auch Vorsitzender des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt. Odewald ist CDU-Mitglied und Berater des Bundeskanzlers. Das ist die eine Seite. Der Kaufhof gehört Metro. Metro ist Geldgeber von Kirch, ist der SS-Mann Beisheim. Das ist die andere Seite.

Ach ja, damit wir nicht vergessen, warum Chefredakteur Mumme so besonders eindringlich vor dem Einmarsch Haiders nach Deutschland warnte: Zitelmanns letztes Lektoratswerk für Ullstein war, bevor er in die »Geistige Welt« aufstieg, Haiders Kampfschrift für eine diesmal »Dritte Republik«. Titel: *Die Freiheit, die ich meine.*

Otto Köhler schrieb in KONKRET 3/94 über die Nachrufe auf H.J. Abs

Konkret 05/94, S. 34

Hagen Kühn

Die Frequenz des Marktes

Worin besteht die Attraktivität der neuen Ethikdebatte? Oliver Tolmeins Buch über aktuelle Formen der »Euthanasie« gibt darauf eine Antwort

Oliver Tolmeins Buch über die Auseinandersetzung um die »neue Euthanasie« unterscheidet sich deutlich von den Beiträgen der Trendsetter und Wellenreiter: Er spricht nicht vom »schönen Tod«, von »Sterbehilfe« oder ähnlichen Euphemismen, sondern von der »Eliminierung des Menschen direkt nach seiner Geburt, während er im Koma liegt oder im Schock nach einem Unfall«, und von der »Ausgrenzung von Menschengruppen (z.B. Schwerkranke und -behinderte sowie alte Menschen, H.K.) aus der Gesellschaft, die tödliche Folgen haben kann und hat«. Das macht deutlich, daß es um nicht weniger geht als um die Enttabuisierung des Tötens Hilfloser und ihre Abstempelung als Minderwertige. Eines der wichtigsten Transportmittel dieser Ethik in die Köpfe der gebildeten Stände fast aller politischen Richtungen ist die öffentliche Debatte von Extremfällen (»Grenzfälle«), an denen die »Sinnlosigkeit« der Medizintechnik, des Aufwandes, des Tötungsverbots und nicht zuletzt des in Frage stehenden Lebens vorgeführt wird. Am Beispiel der hirntoten Schwangeren von Erlangen, einem Sensationsfall aus jüngster Zeit, gelingt es dem Autor, das Versagen der Bioethik deutlich zu machen dort, wo es um mehr geht als um die Apologie einer ohnehin gefällten Tötungsentscheidung.

Wie schon in seinem ersten Buch liefert Tolmein Einblicke, die beim Leser keinen Zweifel mehr zurücklassen können, daß passives und auch aktives Töten weit über die öffentlich und voyeuristisch dramatisierten Extrembereiche hinausgeht und daß viele der einschränkenden Kriterien, die in Ethik-Debatten und Richtlinien selbst von Euthanasieverfechtern noch eingeräumt werden, in der Alltagspraxis nicht gelten. Die Biologisierung und Ent-Gesellschaftung des Lebensbegriffes und das daraus abgeleitete Kriterium des »Hirntods« für die Aberkennung der Personalität eines Menschen bietet hier zahlreiche Möglichkeiten.

Tolmeins Konsequenz besteht darin, daß er die Ethikdebatte in ihren sozialen Kontext stellt. So läßt sich erkennen, daß die »Euthanasie« keine Erfindung der Nazis war und keineswegs allein auf den »Rassenwahn« abgeschoben werden kann. Das ist aus zwei Gründen wichtig: erstens zum Verständnis der Verbreitungsbedingungen – ihr Wiederaufleben setzt Rassenideologie nicht voraus und wäre auch ohne sie denkbar. Zweitens wird die ethische Relativierung des Tötungsverbots heute überwiegend als Element einer liberalen, utilitaristisch-ökonomistischen Ideologie verbreitet und vermittelt sich weitgehend von selbst durch die Alltagserfahrung der Marktgesellschaft. Der Richter am Amtsgericht Flensburg, der Kunden einer Reisegesellschaft das Recht auf Minderung des Kaufpreises zugesprochen hat, weil diesen der Anblick von Behinderten, die im gleichen Hotel wohnten, nicht zugemutet werden könne, tat das vermutlich nicht aus rassistischen Gründen.

Die Vernichtung »unwerten Lebens«, die zuvor überwiegend rassistisch begründet worden war, erhielt in den 80er Jahren im Gewand bürgerlicher Nützlichkeitsethik zunächst in den angelsächsischen Ländern einen enormen Auftrieb. Es geht dabei nicht mehr (primär) um rassische Minderwertigkeit, sondern man schützt Mitleid mit den Nutzlosen vor. Nicht mehr die dumpf-deutschen Spießer, sondern die eloquent-pragmatischen Angelsachsen geben dabei den Ton an. Schauplatz sind nicht mehr vorwiegend der Stammtisch und das Hofbräuhaus, sondern der internationale Ethik-Jetset. Die immer häufiger werdenden tätlichen Angriffe auf Obdachlose, auf Rollstuhlfahrer und auf geistig Behinderte durch nazistische Schläger dürfte eher eine spezifische Ausdrucksform von Angehörigen der unteren sozialen Schichten sein als das Ergebnis ihres Studiums der NS-Rassenhygiene. Die utilitaristische Bioethik als Ausdruck des ökonomischen Darwinismus der Marktgesellschaft erfordert eben ein gewisses Niveau, das von aggressiven und meist schlecht gebildeten Deutschen einfach nicht erwartet werden kann.

Zurück zur Sterbehilfe: Die Besonderheit des Buches liegt vor allem in den einfühlenden und realistischen Darstellungen der objektiven und subjektiven Wirklichkeiten und Milieus, die es vielen Zeitgenossen nahelegen, das Leben ihrer unbrauchbaren Mitbürger zu entwerten bzw. ihnen die Eigenschaft, »Person« zu sein, abzusprechen. Mit seinen Interviews in den Niederlanden (»Wenn ›Euthanasie‹ zur Routine wird«) und seinen Beobachtungen zur Palliativmedizin in Klinikabteilungen (als einem medizinimmanenten Versuch zur »Wiedereingliederung des Sterbens und des Todes in die Gesellschaft«) sind Tolmein Beiträge auf bestem journalistischen Niveau gelungen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die Ehefrau eines von furchtbaren Schmerzen gequälten, sprechunfähigen krebskranken Mannes interpretiert dessen Gesten als Ausdruck des Wunsches zu sterben. Wer sich auf die Situation einläßt, erkennt, daß die Frau, seit Wochen intensiv und ohne Unterstützung pflegend, an den Rand ihrer Kräfte gekommen war und aus der Erschöpfung heraus die Zeichen so verstand, wie sie sie verstehen wollte: als Todeswunsch. Ganz anders als in den ausgedachten und rabulistisch aneinandergereihten »Kasuistiken« vieler Bioethiker führt der Autor vor, wie dann, endlich in einer der seltenen palliativmedizinischen Abteilungen angelangt, dieser gemarterte Mann täglich seine Haltung zum Leben und zum Tod ändert. Wie entsteht und was ist hier der »Todeswunsch«? Wie zuverlässig läßt er sich ergründen? Ist es wirklich das Leid

des schwerkranken Menschen, um das es den »Sterbehelfern« geht, oder ist es ihr (unser) Leid, ihr (unser) Unwille und ihre (unsere) Unfähigkeit, es anzusehen, zu ertragen, zu helfen, zu bezahlen?

Die Attraktivität der neuen Ethik besteht vor allem darin, daß sie Antworten auf reale Fragen und Nöte gibt, die sowohl mit dem individuellen als auch dem sozialen und politischen Status quo am leichtesten zu vereinbaren sind. Sie liefern moralische Entlastung, wo materielle Entlastung, soziale Unterstützung und institutionelle Veränderungen nötig wären.

Der Ton, der von den Befürwortern der »Euthanasie« zum Beispiel bei der Tötung behinderter Neugeborener angeschlagen wird, findet leicht Resonanz, denn er hat die Frequenz unserer eigenen Ängste: »So würde ich nicht leben wollen.« Die Verinnerlichung der Leistungs-, Ordnungs- und Nützlichkeitsnormen der ökonomistischen Gesellschaft führt auch bei vielen Leidenden selbst zum Todeswunsch. Das macht die Selbstbestimmungsrethorik der Freunde des »humanen Sterbens« für viele glaubwürdig. Die zu Selbstzwängen verinnerlichten moralischen, rationalen und ästhetischen Normen für das, was hierzulande als gutes, vernünftiges und schönes Leben gilt, lassen die Angst vor einem Leben mit einer körperlichen oder geistigen Schädigung so sehr wuchern, daß vielen auch für den Fall eigener Nutzlosigkeit das Recht auf Hilfe beim schnellen Tod als ein bürgerliches Recht auf Selbstbestimmung erscheint und auch so verfochten wird. Da ist es nur natürlich, daß dem anderen, dem Schwerkranken, dem behinderten Säugling, dem geistig Behinderten derselbe Wunsch unterstellt wird – aus dem Blickfeld zu verschwinden. So betrachtet wird auch deutlich, daß die liberale, ökologisch orientierte Mittelschicht mit ihrem Gesundheitsideal auf ihre Weise kaum weniger empfänglich für »Euthanasie« ist als die proletarischen Verlierer, denen »Gesundheit« so viel bedeutet wie die Vertreibung der Ausländer.

Oliver Tolmein: Wann ist der Mensch ein Mensch? Ethik auf Abwegen. Carl Hanser Verlag, München 1993, 188 Seiten, 29,80 Mark

Hagen Kühn ist Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

Konkret 05/94, S. 35

Esther Bejarano, Elsa Werner, Katja Leyrer, Boris Gröndahl

KONKRET-Gespräch
Die Wahl der Waffen II

In der Auseinandersetzung um die Mahn- und Gedenkstätten der Ex-DDR sind die Verfolgtenorganisationen mit den praktischen Folgen des neuen deutschen Geschichtsrevisionismus konfrontiert. KONKRET sprach mit den Mitgliedern des deutschen Auschwitz-Komitees Esther Bejarano, Elsa Werner und Katja Leyrer. – Zweiter Teil der KONKRET-Serie über antifaschistische Initiativen in Deutschland

KONKRET: *War der 9. November 1989, der Tag, an dem die Mauer fiel, für euch ein glücklicher oder ein unglücklicher Tag?*

Bejarano: Ein unglücklicher Tag, würde ich sagen.

Werner: Ich meine, nicht nur für uns. Schlechthin für die Menschen in der Bundesrepublik, sowohl der alten als auch der neuen, war es kein glücklicher Tag. Mit der Wende hat sich für die Deutschen das erste Mal seit dem 2. Weltkrieg die Frage der Nation gestellt. Und da ohne Vergangenheit keine Nation zu haben ist, haben sie sich daran gemacht, die Vergangenheit von dem Makel des Nationalsozialismus zu reinigen. Heute scheint mir das schon einen Schritt weiterzugehen in eine Aggression gegen den Antifaschismus. Und das ist das Gefährliche, weil es die Gefahr von Wiederholungen mit sich bringt. Im übrigen hat das die Entwicklung seit 1989 ja im großen und ganzen bestätigt.

Inzwischen ist es ja eine Selbstverständlichkeit, immer von den »zwei deutschen Diktaturen« zu sprechen: der nationalsozialistischen und der DDR. In der Praxis zeigt sich das im Umgang mit antifaschistischen Gedenkstätten, die es auf dem Boden der ehemaligen DDR gegeben hat.

Bejarano: Das ist richtig. Gleich nach der Wiedervereinigung wurden Stimmen laut, die mit den unterschiedlichsten Begründungen eine Veränderung oder sogar die Abschaffung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten forderten, zum Beispiel um den »staatlich verordneten Antifaschismus« der ehemaligen DDR zu diffamieren. Ein anderer Vorwand ist die Tatsache, daß einige der KZs nach der Befreiung 1945 von den Alliierten als Internierungslager Verwendung fanden – übrigens auch in den westlichen Besatzungszonen, z.B. Dachau und Neuengamme. Die neuen Vorschläge beziehen sich aber nur auf Buchenwald und Sachsenhausen. Hier will man nun Misch-Gedenkstätten errichten, in denen auch der Menschen, die in den Internierungslagern der Sowjets umgekommen sind, gedacht werden soll. Zum ganz überwiegenden Teil handelt es sich dabei um ehemalige Nazis, die in diesen Lagern gestorben sind. Daß man auf diese Weise heute Täter und Opfer in einen Topf wirft und vermischt, ist eine Sache, die wir absolut nicht akzeptieren können. Mittlerweile geht es ja schon darüber hinaus: Der erste Richter, der in Deutschland wegen Rechtsbeugung verurteilt worden ist, war einer, der Nazis verurteilt hat – in der DDR 1950 bei den Waldheimer Prozessen. Aber kein einziger Nazirichter ist in der BRD wegen Rechtsbeugung verurteilt worden. Deswegen kann man vielleicht sogar mehr sagen, als daß Täter und Opfer in einen Topf geschmissen werden: Die Täter werden rehabilitiert.

Werner: Die Nazivergangenheit soll eben weg. So hätten sie’s gerne! Aber das geht nicht. Solange wir da sind, geht das auf keinen Fall. Aus diesem Grund haben die Präsidenten sämtlicher Internationaler Lagerkomitees der nationalsozialistischen KZs bereits 1990 gefordert, die Gedenkstätten in der neuen BRD unter internationalen Schutz zu stellen. Dies wurde sowohl von der Bundesregierung als auch von den Länderregierungen nicht zur Kenntnis genommen.

Leyrer: Über die moderne Täter-Opfer-Vermischung in Buchenwald und Sachsenhausen hinaus muß noch gesagt werden, daß seit dem Mauerfall mehr als zwei Drittel der NS-Gedenkstätten in der ehemaligen DDR ganz dichtgemacht wurden. Das ist der Kampf gegen den »antifaschistischen Mythos« der Ex-DDR – so wird das jedenfalls genannt. Der Streit geht heute oft gar nicht mehr nur darum, wo man nun irgendwelche Gräber und Kränze für die Internierten der sowjetischen Speziallager hinpackt. Auf der Anhörung der Bundesregierung zum Thema Gedenkstätten wurde lautstark gefordert, diese ganzen »kommunistischen Gedenksteine« zu schleifen und dafür an den sogenannten »demokratischen Widerstand« zu erinnern. Das hat in fast jeder Stadt in der Ex-DDR bereits stattgefunden: Die Gedenktafeln wurden von den Häusern gerissen, die Straßen umbenannt, kleine Gedenkstätten ersatzlos geschlossen und anderes mehr...

Am systematischsten wurde das ja in Brandenburg angegangen. Da gab es zunächst einmal eine Kommission, aus der dann die »Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten« hervorging...

Bejarano: Auf jeden Fall haben wir von dort die meisten Informationen. Wir haben uns von einer Mitarbeit in dieser Stiftung wohlweislich distanziert. Im Beirat dieser Stiftung sollen ehemalige NS-Opferverbände »fruchtbar« zusammenarbeiten mit durchaus auch offen rechtslastigen Vertretern aus dem Spektrum der »Verfolgten des Stalinismus« usw. Das wollen wir nicht. Es stimmt uns traurig, daß sich der Zentralrat der Juden zu einer Mitarbeit in dieser Stiftung veranlaßt gesehen hat.

Werner: Wir haben die Mitarbeit in dieser Stiftung, so wie sie geplant war und jetzt funktioniert, abgelehnt. Zeitweilig hieß es noch, man wolle zwei Beiräte – einen für Nazi-Opfer und einen für nach 1945 Internierte – einsetzen. Nun gibt es nur noch einen. Wir lehnen jede Vermengung zwischen Nationalsozialismus und der darauffolgenden Zeit bei der künftigen Konzeption der Gedenkstätten ab.

Bejarano: Kategorisch!

Werner: Wir waren am 31.10.1992 beim brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe. Wir haben ihm unsere Befürchtungen geschildert. Er hat uns versprochen, uns künftig über alle Aktivitäten zu informieren, und er hat zumindest nicht widersprochen, als wir gesagt haben, daß es für uns unerträglich sei, in ein und derselben Gedenkstätte der Opfer und der Täter zu gedenken. Nichts ist geschehen. Gar nichts ist geschehen. Im Gegenteil, wir haben nichts mehr erfahren von den ganzen Bemühungen und den ganzen Plänen, bis es zu der Stiftung gekommen ist.

Leyrer: Auch zur Sitzung am 7. März 94, bei der der Innenausschuß des Bundestages über die Beteiligung des Bundes an den Mahn- und Gedenkstätten beraten hat, sind wir erst gar nicht eingeladen wor-den. Auch die Lagergemeinschaften Sachsenhausen und Buchenwald wurden nicht gefragt, die VVN/BdA genausowenig wie viele, viele andere NS-Verfolgtenverbände. Eingeladen wurden dafür Dutzende von Verbänden aus dem Spektrum der Gruppen stalinistisch Verfolgter und vor allem – das ist der neueste Hit – der »Verfolgten des DDR-Regimes«.

Wie sieht die Umwidmung der Gedenkstätten denn praktisch aus? Wie werden die Gedenkstätten und die Museen aufbereitet, um diese »zwei Diktaturen auf deutschem Boden« darzustellen?

Leyrer: In Buchenwald und Sachsenhausen ist damit schon begonnen worden. In Sachsenhausen wurde zum Beispiel ein »Speziallager«-Raum eingerichtet, gleich nach der Ausstellung, die den Verfolgten des NS-Regimes gewidmet ist. Da steht dann unter einem Foto von einem Nazi, der nach 45 interniert war, er sei nur ein kleiner Nazi gewesen. Lauter solche Sachen sind bereits passiert. Und einen Gedenkstein haben sie errichtet für das Speziallager – auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte. Und prompt führt das zu solchen Dingen wie bei der Anhörung im März, wo gleichberechtigt Kränze niedergelegt wurden für die Opfer des Nationalsozialismus und die des Stalinismus. Ich war am 7. März in Sachsenhausen und habe gesehen, daß auch die Hinweistafeln am Eingang verändert wurden: Da ist das Krematorium, da ist der Galgen, da sind die KZ-Baracken – und da war das Internierungslager der Sowjets, da ist der Friedhof des Speziallagers usw...

Bejarano: Es geht kreuz und quer durcheinander. Und die Bundesregierung bezahlt eben genau diese Veränderungen, sie gibt dafür Gelder.

Es hieß ja immer, im Internierungslager Buchenwald hätten von 1945 bis 50 lauter von den Kommunisten verfolgte Sozialdemokraten gesessen. Wird das noch so dargestellt, daß die Insassen der Internierungslager nicht nur keine Nazis, sondern schon wieder politisch Verfolgte gewesen seien? Oder gibt man sogar schon zu – das hörte sich eben so an – , daß das Nazis waren, und nennt sie trotzdem »unschuldige Opfer des Stalinismus«?

Werner: Es wird gesagt, es seien zwar viele Nazis darunter gewesen, aber nur die kleinen Lichter. Da ist ja sogar ein Körnchen Wahrheit dran, denn die Hauptschuldigen haben sich ja zu einem großen Teil durch Flucht in den Westen vor einer Strafverfolgung retten können.

Leyrer: Offiziell wird mittlerweile zugegeben, daß es auch einige berechtigt verfolgte Nazis in den Speziallagern gegeben habe, daß die aber nicht hätten sterben dürfen. Das ist natürlich ziemlich infam, denn gleichzeitig wird in sämtlichen Untersuchungen beschrieben, daß die Lebensmittelrationen in diesen Lagern über lange Zeiten nicht niedriger waren als in der sonstigen SBZ auch. Die Krankheitsquote war sehr hoch, das ist richtig. Doch es gab weder Massenerschießungen noch Liquidationen. Im ganzen wird der Anschein erweckt, es habe sich in diesen Lagern um unschuldige Opfer der Sowjets oder gar der späteren DDR gehandelt. »Kommunistenopfer« eben. In Buchenwald hat man übrigens gleich nach der »Wende« einen ganzen Historikerstab daran gesetzt, dies zu erforschen und zu belegen. Dabei ist zu ihrem großen Erstaunen genau das Gegenteil herausgekommen: daß die allermeisten Internierten gleich 1945 verhaftet wurden und überwiegend wirklich Nazis waren.

Werner: Es hat wahrscheinlich wirklich auch unschuldige Opfer gegeben. Das liegt in der Natur der Sache. Ich habe nach dem Krieg im Amt für Wiedergutmachung in Hamburg gearbeitet und weiß noch, was wir damals auch für Denunziationen erhalten haben, die einzig dem Zweck dienten, einen Untermieter loszuwerden oder einen Hauptmieter loszuwerden. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß so etwas auch in der SBZ geschehen ist. Ich meine aber, wenn man dieses Unrechts gedenken will, möge man das tun, nur nicht an dieser Stelle. Möge man in Bautzen eine Gedenkstätte machen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen solche Gedenkstätten.

Aber interessanterweise sind diese Organisationen, »Opfer des Stalinismus«, »Waldheim-Kameradschaftskreis«, ja gerade darauf aus, an Stellen der »Opfer des Stalinismus« zu gedenken, wo diese vorher selbst Täter waren.

Leyrer: Eben. Es gibt allerdings mittlerweile ziemlich lautstarke und von den Regierungsvertretern anerkannte Gruppen, die auch dort Gedenkstätten fordern, z.B. in Torgau und Bautzen, beides übrigens Gefängnisse mit grauenhafter NS-

Vergangenheit. Doch daraus können keine Gedenkstätten für die »Opfer der DDR-Diktatur« werden, weil die Knäste im wiedervereinigten Deutschland gebraucht werden. Torgau und Bautzen sind voll belegt. In den neuen Bundesländern besteht ein »Gefangenenüberschuß«.

Werner: Wir dürfen auch die Entwicklungen um die Neue Wache in Berlin nicht vergessen. Auch diese ist ja gegen den Willen vieler NS-Verfolgter entstanden. Ich war übrigens kürzlich in Berlin und habe mir angesehen, wie das dort aussieht. Da kann inzwischen jeder seine Kränze hinlegen. Als ich dort war, lag dort ein Kranz einer Witwe und ihres Sohnes zum Gedenken an ihren in Stalingrad gefallenen Ehemann und Vater. Und ein Kranz einer Offiziersgruppe gedachte ihrer toten Kameraden.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, hat an der Einweihung der Neuen Wache teilgenommen, und ihr habt eben schon erwähnt, daß sich der Zentralrat zum Beispiel auch an dem Beirat der brandenburgischen Stiftung beteiligt hat. Wie verhält sich der Zentralrat der Juden allgemein zu dieser Gedenkstättenumwandlung?

Werner: Pragmatisch. Es gibt natürlich auch in den jüdischen Gremien unterschiedliche politische Auffassungen.

Ignatz Bubis hätte die Frage, ob er sich am 9. November 1989 gefreut hat, sicherlich bejaht. Im Interview mit KONKRET hat er gesagt, er sei für die deutsche Einheit gewesen, weil die DDR ein unfreier Staat gewesen sei.

Bejarano: Ist das wahr? Also, ich habe immer gesagt, ich bin sehr traurig darüber.

Was heißt, der Zentralrat verhalte sich pragmatisch? Was macht der Zentralrat, was billigt der Zentralrat, was er vielleicht verhindern könnte?

Bejarano: Zum Beispiel diese brandenburgische Stiftung und auch die Neue Wache. Ich fand das ganz toll, daß die Jüdische Gemeinde in Berlin sich nicht dahintergestellt hat.

Werner: Ich würde aber doch sagen, daß der Zentralrat bemüht ist, das Schlimmste zu verhindern. Das auf jeden Fall. Sie machen eine pragmatische Tagespolitik.

Wie ist eure Organisation, das Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V., entstanden?

Bejarano: Das Auschwitz-Komitee existiert seit dem 28. Juni 1986. Wir haben etwa 200 Mitglieder in der ganzen Bundesrepublik. Im Internationalen Auschwitz-Komitee sind wir vertreten. Wir fanden es sehr wichtig, daß es ein Komitee gibt, das mehr politisch arbeitet und auch offen ist für Menschen, die sich thematisch mit Auschwitz auseinandersetzen, auch wenn sie nicht selbst Verfolgte aus Auschwitz sind.

Werner: Wir haben mittlerweile auch eine Jugendgruppe. Und unsere Aktivitäten beschränken sich nicht nur auf die Gedenkstättenarbeit. Wir haben uns engagiert in der Angelegenheit der »IG Farben in Liquidation« und fordern, daß diese endlich aufgelöst und das Vermögen den Häftlingen des KZs Auschwitz-Monowitz übergeben oder zumindest zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz verwendet wird. Wir beteiligen uns an Protestaktionen gegen die jährlich stattfindenden Aktionärsversammlungen von IG Farben und gegen deren jetzige »Entschädigungsansprüche« auf dem Boden der ehemaligen DDR. Noch immer haben übrigens die meisten IG-Auschwitz-Zwangsarbeiter keinen Pfennig erhalten. Wir organisieren Veranstaltungen zu Gedenktagen wie dem 9. November, Ausstellungen und Diskussionen zu aktuellen politischen Themen, nehmen Teil am politischen Alltag und an Demonstrationen. Wir haben Stellung bezogen gegen Abschiebungen und die Verschärfung der bundesdeutschen Asylgesetze. Wir haben Strafanzeige gegen den Film »Beruf Neonazi« gestellt. Zum dritten Mal fährt jetzt auf unsere Initiative eine Delegation von Besuchern in die Gedenkstätte Auschwitz selbst. Dies bereiten wir vor und begleiten es inhaltlich. Aber wir sind keine Partei, haben keine Mitgliedsbücher, keine festen Beiträge, kein Büro. Wir arbeiten unbürokratisch.

Das Gespräch führte Boris Gröndahl

Esther Bejarano ist Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Sängerin. Sie war als junges Mädchen Häftling in Auschwitz und Ravensbrück.

Elsa Anna Werner ist Vorstands-mitglied des Auschwitz-Komitees.Sie wurde im Nationalsozialismuspolitisch und rassisch verfolgt.

Katja Leyrer ist Beiratsmitglied des Auschwitz-Komitees

Sonder-Spalte auf Seite 36

Kein Ende?

Verfolgtenverbände

In die Geschichte der Vereine und Verbände, in denen sich Verfolgte des Naziregimes organisiert haben, haben sich die politischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit eingeschrieben. In der BRD mußte die größte Verfolgtenorganisation, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes *(VVN, heute VVN/*Bund der Antifaschisten*, 9.000 Mitglieder) stets Verbotsversuchen gewärtig sein. Bis heute wird die VVN/BdA im Verfassungsschutzbericht geführt.*

In der DDR wurde die VVN am 12. Februar 1953 aufgelöst und durch das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer *ersetzt, eine Maßnahme, die durchaus im Zusammenhang mit den antisemitischen Tendenzen in der DDR zur Zeit der Merkeraffäre gesehen werden kann. 1990 bildete sich der* Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener *(IVVdN, 8.000 Mitglieder). Als Relikt der Dreistaatentheorie existiert zudem nach wie vor eine Westberliner VVN. Während die VVN sich bewußt für jüngere, nichtverfolgte Antifaschisten geöffnet hat, existiert in der Ex-DDR der* Bund der Antifaschisten *parallel zum IVVdN. Im Gegensatz zur VVN/BdA, die dezidiert linke Positionen vertritt, geben sich IVVdN und Teile des BdA eher staatstragend.*

In der BRD bildeten sich, als der Kalte Krieg den Antifaschismus verdrängte, antikommunistische Organisationen von Naziverfolgten. Der wichtigste ist der Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen*, dem die frühere Sekretärin von Kurt Schumacher, die Rechtssozialdemokratin Annemarie Renger vorsitzt.*

Neben den Dachverbänden existieren zumeist auch international organisierte Lagergemeinschaften *von früheren KZ-Insassen, die politisch sehr unterschiedlich dominiert sind. Viele »vergessene Opfer« werden durch eigene Organisationen vertreten; zu nennen sind hier die* Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz*, der* Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten *und das* Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma.

Konkret 05/94, S. 38

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

jeder ist uns der nächste 26

Mittwoch, 23.2. –

In Potsdam schänden Rechtsradikale den sowjetischen Ehrenfriedhof. Die Polizei nimmt fünf Tatverdächtige fest, die teilweise gestehen. –

Das Düsseldorfer Oberlandesgericht läßt die Anklage der Bundesanwaltschaft gegen die vier Rechtsradikalen zu, die verdächtigt werden, den Brandanschlag auf das Haus der Familie Gen verübt zu haben. Die Anklage lautet auf fünffachen gemeinschaftlichen Mord, Mordversuch in vierzehn Fällen und besonders schwere Brandstiftung. Gegen das Votum der Bundesanwaltschaft werden die Eltern der bei dem Anschlag getöteten Kinder als Nebenkläger zugelassen. –

Das Amtsgericht Frankfurt/Oder verurteilt zwei rechtsradikale Jugendliche wegen mehrerer Überfälle auf polnische Touristen und einer Reihe anderer Straftaten zu mehrjährigen Haft- und Bewährungsstrafen. –

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen stellt ein Verfahren gegen Deutschland wegen der Gewalttaten gegen Ausländer ein. Wie Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger mitteilt, nahm die Kommission die ausländerfeindlichen Taten »mit ernster Sorge zur Kenntnis«. Die Kommission habe aber anerkannt, daß die Bundesregierung die Gewalt verurteile und gegen sie vorgehe. –

Der Jugendbericht 1994 des Landes Brandenburg verzeichnet eine wachsende Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und eine starke nationalistische Orientierung. Dem Bericht zufolge stimmen 27 Prozent der Jugendlichen der Forderung zu, Deutschland brauche wieder einen starken Führer. Etwa 40 Prozent der Jugendlichen stimmen der Parole »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« zu. Jugendliche aus Arbeiterfamilien hegten bis zu 30 Prozent höhere Abneigungen gegen Ausländer als Kinder von Akademikern. Als Hauptgründe für ihren Ausländerhaß geben die Befragten Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Mißbrauch von Asylregelungen an.

Donnerstag, 24.2. –

Nach Angaben von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger haben deutsche Gerichte in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres mehr als 3.000 Urteile wegen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten gefällt. Dabei seien in mehr als 1.000 Fällen Haft- oder Jugendstrafen verhängt worden. –

Das Amtsgericht Frankfurt/Main verurteilt einen ehemaligen Lehrer wegen Beleidigung und Volksverhetzung zu einer »Geldstrafe auf Bewährung« (3.000 DM). Der Lehrer hatte u.a. den Stadtrat Daniel Cohn-Bendit in einem Brief als »Feind des deutschen Volkes bezeichnet«, der nichts gegen »die Überfremdung« unternehme.

Freitag, 25.2. –

Ein Jugendschöffengericht in Berlin-Moabit verurteilt zwei Polizeibeamte, die am 2.11.1991 im Anschluß an eine antifaschistische Demonstration ein unbeteiligtes türkisches Ehepaar mißhandelt hatten, zu Geldstrafen von 4.950 beziehungsweise 3.300 Mark.

Montag, 28.2. –

Das Jugendgericht Hamburg verurteilt vier 19 bis 21 Jahre alte Mitglieder einer ehemaligen Skinheadband zu zweijährigen Bewährungsstrafen. Nach Ansicht des Gerichts haben sich die Männer mit dem Lied »Negerdreck« der Volksverhetzung und des Aufrufs zum Rassenhaß schuldig gemacht. –

Nach dem Bericht zur Kriminalitätsentwicklung 1993 in Berlin hat sich die Zahl rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Insgesamt wurden 2.060 derartige Delikte registriert. –

Das Amtsgericht Frankfurt/Main erläßt wegen Volksverhetzung einen Strafbefehl über 2.000 Mark gegen eine Frau, die in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden geschrieben hatte, Sinti und Roma, die den Deutschen nur auf der Tasche lägen, »sollen alle elend krepieren«. –

Das Amtsgericht Cottbus verurteilt ein 29jähriges Ex-Mitglied der »Deutschen Alternative« wegen schweren Landfriedensbruchs, versuchter gefährlicher Körperverletzung und des Verstoßes gegen das Waffengesetz zu drei Jahren Haft. Der Angeklagte hatte bei ausländerfeindlichen Ausschreitungen Ende August 1992 eine Brandflasche gezündet und gegen Polizisten geworfen.

Dienstag, 2.3. –

In Halle wird ein 30jähriger Ghanaer während einer Fahrt mit der Straßenbahn von drei jungen Männern überfallen, krankenhausreif geschlagen und durch die geschlossene Fensterscheibe aus der fahrenden Bahn gedrückt. Der Mann wird mit mehreren Knochenbrüchen ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei nimmt die Täter wenig später fest. –

Nach Angaben des Hessischen Innenministeriums wurden 1993 in Hessen insgesamt 631 Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund registriert, im Jahr 1992 waren es mit 644 nur geringfügig mehr. Wie in den Jahren zuvor zeigte sich erneut, daß spektakuläre Vorfälle zu Nachahmungstaten führten: So wurde nach dem Brandanschlag in Solingen im Juni 1993 mit 142 Straftaten die höchste Zahl ausländerfeindlicher Aktionen registriert. Neben 40 Brandstiftungen wurden drei versuchte Tötungsdelikte und 29 Körperverletzungen den fremdenfeindlichen Straftaten zugerechnet. 45 Menschen wurden verletzt, darunter ein Kind und acht Jugendliche. Die Polizei ermittelte im vergangenen Jahr 203 Tatverdächtige, darunter nur 15 Frauen. Von den Tatverdächtigen gehören 23 bekannten rechtsextremistischen Organisationen an.

Donnerstag, 3.3. –

In Berlin wird der Rentner Johannes D., 66, der das rassistische »Neue Deutschlandlied« verteilte, wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung der Nationalhymne zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Der Rentner hatte den Text siebzehn Mal in den Briefkasten einer türkischen Frau geworfen.

Freitag, 4.3. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Gießen verurteilt einen 20jährigen arbeitslosen Mann, der am 18. November 1992 betrunken vier Schüsse auf eine Asylbewerberunterkunft in Hungen/Kreis Gießen abgefeuert hatte, wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und Volksverhetzung zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und zwei Monaten, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt werden. Ein 31jähriger Arbeitsloser aus Hungen, der in seinem Auto die aus einem Diebstahl stammende Sportwaffe mitführte und den Schützen zum Tatort gefahren hatte, erhält eine Haftstrafe von einem Jahr und vier Monaten auf Bewährung. Beide müssen 150 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. –

Nach Angaben des Bayerischen Innenministers, Günther Beckstein, wurden 1993 in Bayern insgesamt 521 fremdenfeindliche Straftaten registriert, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um knapp zwölf Prozent.

Samstag, 5.3. –

Vier rechtsradikale Jugendliche überfallen im Zug zwischen Joachimsthal/Barnim und Ringenwalde/Uckermark einen 15jährigen und berauben ihn. Die Täter können später festgenommen werden.

Montag, 7.3. –

Wie die Polizeipräsidentin Uta Leichsenring in Niederfinow/Barnim mitteilt, ist die Kriminalitätsrate im Bereich des Polizeipräsidiums Eberswalde angestiegen. Die meisten Delikte im Nordosten Brandenburgs sind Diebstähle und fremdenfeindliche Straftaten. Bei den fremdenfeindlichen und rechtsmotivierten Straftaten wurden 1993 insgesamt 277 Ermittlungsverfahren gegen 408 Tatverdächtige eingeleitet. Schwerpunkt war dabei Schwedt mit 135 Straftaten. 246 Delikte (90 Prozent) wurden aufgeklärt. –

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten verurteilt einen 58jährigen Rentner und früheren BfA-Mitarbeiter wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe von 10.500 Mark. In einem Brief an einen Gefangenen hatte der Mann im vorigen Jahr über den Brandanschlag in Mölln geschrieben: »Das brennende Türkenhaus ... war echt spitze. Hat mir gefallen, daß drei Kanakenweiber verbrannt sind. Hoffentlich werden noch mehr brennen.«

Dienstag, 8.3. –

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums ist die Zahl rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten 1993 im Vergleich zum Vorjahr um fast 37 Prozent zurückgegangen. Insgesamt wurden 1993 1.609 derartige Gewalttaten registriert. Dabei starben sechs Menschen, und 900 Personen wurden verletzt. Die Zahl der Todesopfer und Verletzten hat sich damit im Verhältnis zum Vorjahr nicht verändert. –

Der zweite Vorsitzende der Roma-Union Frankfurt, Hans-Georg Böttcher, erstattet Anzeige wegen Körperverletzung gegen einen Polizeibeamten. Der 59jährige wirft dem Polizisten vor, ihn bei einer Personalienprüfung so brutal in den Würgegriff genommen zu haben, daß er beinahe das Bewußtsein verloren habe. Der Vorfall hatte sich am Vortag in Böttchers Wohnung ereignet, wo die Beamten nach Böttchers Schwiegersohn suchten, der vor zwei Wochen während eines Freigangs aus dieser Wohnung geflüchtet war. Die Polizei bestreitet die Vorwürfe. –

Nach Angaben des sächsischen Innenministers, Heinz Eggert (CDU), registrierte die Verfassungsschutzbehörde 1993 insgesamt 84 Gewalttaten – davon 38 gegen Ausländer – und 389 »sonstige Straftaten« mit rechtsextremistischem Hintergrund. Der größte Rückgang (etwa 80 Prozent) wurde bei Brand- und Sprengstoffanschlägen verzeichnet. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes gibt es in Sachsen 3.400 aktive Rechtsextremisten, von denen 900 als militant gelten und von denen wiederum zwei Drittel den Skinheads zugerechnet werden. –

Der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Walter Remmers (CDU), teilt mit, daß der Verfassungsschutz 1993 insgesamt 328 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verbuchte. Die Zahl fremdenfeindlicher Delikte sei im Vergleich zum Vorjahr um 175 auf 83 Delikte gesunken.

Mittwoch, 9.3. –

Anschlag auf ein von 60 Familien bewohntes Ausländerwohnheim in Duisburg. Ein Leuchtspurgeschoß durchschlägt eine Fensterscheibe im sechsten Stock und setzt einen Schrank in Brand. Die Bewohner können das Feuer löschen, Personen werden nicht verletzt. Der Täter ist ein früheres Mitglied der rechtsextremen FAP, der allerdings ein ausländerfeindliches Motiv leugnet. Der Schuß habe sich »aus Versehen« gelöst.

Donnerstag, 10.3.1994 –

Nach einer Studie des Potsdamer Instituts für Familien- und Jugendforschung, die Bildungsminister Resch (B90/Grüne) im Rahmen des ersten»Kinder- und Jugendberichts der Landesregierung«vorstellt, stimmen etwa 40 Prozent der Jugendlichen in Brandenburg rechtsextremen Parolen zu.

Freitag, 11.3. –

Das Landgericht Frankfurt/Oder verurteilt im Prozeß um einen versuchten Anschlag auf ein Asylbewerberheim eine 22jährige wegen Waffenbesitzes zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung. –

An einem Strand auf Rügen überfällt eine Gruppe von mehr als 20 rechtsradikalen Jugendlichen acht Schüler/innen aus Berlin-Tiergarten, zu der auch vier Ausländer gehören. Ein türkischer Jugendlicher wird geschlagen, ein deutscher Schüler mit dunklem Haar wird so verprügelt, daß seine Oberlippe genäht werden muß. Ein polnischer Jugendlicher bekommt einen Tritt in den Magen, und den vier Mädchen der Gruppe wird mit Vergewaltigung gedroht. Besonders schlimm für die Jugendlichen ist, daß die zuvor belebte Strandpromenade plötzlich leer gewesen sei.

Sonntag, 13.3. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Vellmar bei Kassel. Unbekannte Täter schieben brennende Tapete durch ein Fenster, wobei das Bett eines 23jährigen schlafenden Türken Feuer fängt. Er kann das Feuer löschen.

Dienstag, 15.3. –

Das Amtsgericht Fulda verurteilt zwei Wehrpflichtige aus Dresden und Leipzig, die am 3.10.1993 einen Marokkaner in einem Intercity zusammengeschlagen haben, zu Geldstrafen von 1.800 und 1.200 Mark. Das Gericht bewertet den Angriff nicht als Tat von Rechtsradikalen. »Es war eine unschöne Auseinandersetzung, bei der ein Ausländer als Außenseiter von sich überlegen Fühlenden übel zugerichtet wurde«, so der Richter.

Mittwoch, 16.3. –

Bei einem Großbrand in einem fünfstöckigen Wohnhaus in der Stuttgarter Innenstadt sterben fünf Erwachsene und zwei Kinder, 17 Personen werden teilweise schwer verletzt. Nach Angaben der Polizei hielten sich in dem Haus bis zu 50 Ausländer und Deutsche auf. Vieles spreche für eine fahrlässige oder vorsätzliche Brandstiftung. Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Anschlag lägen den Ermittlern nicht vor.

Donnerstag, 17.3. –

Die Bundesregierung erklärt auf eine Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen, daß mehr als 84 Prozent der ermittelten fremdenfeindlichen Gewalttäter keiner Organisation angehören. 1993 hätten von insgesamt 2.971 Tatverdächtigen 211 oder 7,1 Prozent rechtsextremistischen Gruppen angehört, 255 oder 8,6 Prozent seien Skinheads gewesen, und 2.505 oder 84,3 Prozent hätten eine fremdenfeindliche Einstellung gehabt, ohne daß sie Organisationen zuzuordnen gewesen seien.

Freitag, 18.3. –

Bei einem Brand in einem Stuttgarter Wohnhaus werden dreizehn Personen leicht verletzt, unter ihnen drei Kinder einer griechischen Familie. Die Brandursache ist unklar.

Seite 39

Antisemitische Angriffe

Mittwoch, 2.2.1994 –

Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wählergemeinschaft (FWG) im Stadtparlament von Volkmarsen/Nordhessen, Heinrich von Germeten, 47, erklärt auf den Vorschlag, im Ort Hinweisschilder auf die ehemalige Synagoge und die jüdische Schule aufzustellen, als »ehrbare Kaufleute« seien die Juden in Volkmarsen auch im Dritten Reich gut behandelt worden. Obendrein liege die »Reichskristallnacht« mehr als 55 Jahre zurück, und irgendwann müsse schließlich ein »Schlußstrich«

gezogen werden. Auf den Vorhalt aus dem Parlament, daß auch aus Volkmarsen Juden verschleppt und danach in Konzentrationslagern umgebracht wurden, erklärt Germeten: »Es interessiert mich nicht, wo die geblieben sind.« In Volkmarsen jedenfalls sei »kein Jude eines unnatürlichen Todes gestorben«.

Montag, 14.2. –

Der Vorsitzende der Republikaner, Schönhuber, wirft dem Zentralratsvorsitzenden Ignatz Bubis vor, das deutsch-jüdische Verhältnis zu belasten. Der »selbsternannte Sittenwächter der Nation« solle sich mit den »Kontakten des Jüdischen Weltkongresses zum Honecker-Regime« befassen und »warnende Worte über seine jüdischen Mitbürger Gysi, Wolf, Schalck und Heym« finden.

Mittwoch, 16.2. –

Das Amtsgericht München verurteilt Gabriele L., 28, wegen Beleidigung und Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 1.200 Mark. Gabriele L. hatte an verschiedenen Stellen in München Plakate geklebt, auf denen sie das Schächten mit Schlagzeilen wie »Juden hört auf, Tiere zu Tode zu quälen« – »Wie lange noch wollt ihr jüdischen Völker die Tiere bestialisch zu Tode quälen?« kommentierte.

Donnerstag, 17.2. –

Das Landgericht Darmstadt bestätigt ein Urteil des Amtsgerichts Langen, das den Neonazi Heinz Reisz wegen eines »Hitlergrußes«, der Verunglimpfung des Andenkens der im Dritten Reich ermordeten Juden und Beleidigung der Überlebenden zu fünf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt hatte.

Freitag, 25.2. –

Das Amtsgericht Fürth verurteilt einen 54jährigen Oberstudienrat wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe von 5.000 Mark. Der Lehrer hatte vor einem Jahr unter dem Absender »Arbeitskreis für Zeitgeschichte und Politik e.V.« in einem Schreiben an den Bayerischen Rundfunk behauptet, daß Dokumente des Staatsarchivs bewiesen, daß »die Behauptung von Gaskammern in der NS-Zeit als Vernichtungseinrichtungen eine Erfindung der Kriegs-Greuelpropaganda ist, für die es keinerlei Sachbeweis gibt«.

Sonntag, 27.2. –

Unbekannte Täter werfen an der Alten Synagoge in Essen 14 Fensterscheiben ein. Die in der Pogromnacht 1938 von den Nazis in Brand gesteckte Synagoge dient seit 1980 als historisch-politisches Dokumentationszentrum und Mahn- und Gedenkstätte der Stadt Essen.

Dienstag, 1.3. –

Brandanschlag auf die Alte Synagoge in Essen. Das Feuer erlischt nach kurzer Zeit von selbst.

Donnerstag, 3.3. –

Wegen einer Bombendrohung muß die Karlsruher Premiere von Steven Spielbergs Film »Schindlers Liste« unterbrochen werden.

Montag, 7.3. –

Nach den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid über die Einstellung der Deutschen zu Juden und anderen Minderheiten, die im Auftrag des American Jewish Commitee (AJC) durchgeführt wurde, ist jeder fünfte Deutsche Antisemit. Insgesamt wurden 1.434 Männer und Frauen über 18 Jahre befragt, 996 davon Westdeutsche. Zu antisemitischen Ressentiments wie »Juden haben zuviel Einfluß in der deutschen Gesellschaft« äußerten die Westdeutschen wesentlich häufiger Zustimmung als die Ex-DDR-Bürger. 22 Prozent der Befragten möchten einen Menschen jüdischen Glaubens »lieber nicht« als Nachbarn haben (West: 24; Ost: 8), 39 Prozent behaupten, daß »die Juden den Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnutzen«, und 37 Prozent lehnen eine nationale Holocaust-Gedenkstätte in Deutschland ab. Drei Viertel der Befragten fürchten ein Anwachsen des Antisemitismus.

Dienstag, 8.3. –

Unmittelbar vor einem Besuch von Ignatz Bubis werden in Ansbach/Mittelfranken meterlange antisemitische Schmierereien an Gebäuden angebracht, die Bubis besuchen wollte. Auf der Synagoge wird der Schriftzug »Verbannt die Juden«, auf dem evangelischen Gemeindehaus »Heil Hitler« aufgemalt, weitere Gebäude werden mit Hakenkreuzen beschmiert.

Dienstag, 15.3.1994 –

Der Bundesgerichtshof (BGH) hebt die Verurteilung des NPD-Vorsitzenden Günter Deckert zu einem Jahr Haft auf Bewährung durch das Landgericht Mannheim als »zu pauschal« auf, da das Leugnen des Massenmords an Juden in den Gaskammern der NS-Konzentrationslager nach Ansicht des BGH alleine nicht für eine Verurteilung wegen

Volksverhetzung genüge, vielmehr müsse es in Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Rassenideologie stehen. (AZ: 1 StR 179/93). Bundesanwalt Bruns dagegen sah den Zusammenhang zwischen der Behauptung der »Auschwitz-Lüge« und der Nähe zur Rassenideologie der Nationalsozialisten als erwiesen an: Das Leugnen der Morde an den Juden sei bekanntermaßen Teil neonazistischer Propaganda.

Mittwoch, 23.3. –

Die beiden Anschläge auf die Alte Synagoge in Essen vom 27. und 28. Februar sind nach Angaben der Polizei vermutlich von Libanesen begangen worden. Fünf Tatverdächtige im Alter von 18 bis 23 Jahren wurden ermittelt. Alle seien der örtlichen Rauschgiftszene zuzurechnen. Die jungen Männer hätten bereits Teilgeständnisse abgelegt.

Freitag, 25.3. –

Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck. Unbekannte Täter werfen einen oder mehrere Molotowcocktails durch ein Seitenfenster des Gebäudes, in dem auch sechs Familien leben. Anwohner entdecken das Feuer frühzeitig und alarmieren die Feuerwehr. Zwei Büroräume brennen vollständig aus, der eigentliche Synagogen-Raum bleibt unversehrt. Verletzt wird niemand. Staatsanwaltschaft und Polizei nehmen Ermittlungen wegen versuchten Mordes auf.

Das Archiv für Sozialpolitik (Frankfurt/Main) erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Die Chronik ausländerfeindlicher Gewalttaten für das Jahr 93 ist ab sofort als Buch (DIN A4-Format) beim Archiv für Sozialpolitik, Postfach 100125, 60001 Frankfurt/M. erhältlich. Bestellung per Vorauszahlung von DM 15,- + 3,- Versandkosten in Briefmarken oder mit Verrechnungsscheck.

Konkret 05/94, S. 41

Jürgen Ostrowsky

Wem gehört Südafrika?

Der ANC, demnächst südafrikanische Regierungspartei, muß mit hohen ökonomischen Erwartungen rechnen und ist – nach dem Zusammenbruch des Sozialismus – dabei gezwungen, mit dem kapitalistischen Weltmarkt zurechtzukommen

»Keine politische Demokratie kann überleben und gedeihen, wenn die Masse unseres Volkes in Armut verbleibt, ohne Land, ohne erkennbare Aussichten auf ein besseres Leben«, heißt es im »Programm für Wiederaufbau und Entwicklung«, das der African National Congress (ANC) Südafrikas zu Jahresbeginn als Manifest für die Aprilwahlen verabschiedet hatte. Und weiter: »Wir dürfen die Teilung unserer Gesellschaft in eine ›erste‹ und eine ›dritte Welt‹ – eine weitere, kaschierte Form der Apartheiderhaltung – nicht fortbestehen lassen.«

In der Übergangsphase der kommenden fünf Jahre will eine ANC-geführte Regierung daher unter anderem folgende Maßnahmen in Angriff nehmen: ein Programm für öffentliche Arbeiten, durch das 2,5 Millionen Menschen Arbeitsplätze und Berufsausbildung erhalten sollen; den Bau von einer Million Wohnungen sowie eine deutliche Verbesserung der Wasser- und Stromversorgung; den Aufbau einer allgemeinen, erschwinglichen Gesundheitsversorgung, ein Sozialprogramm, durch das Renten garantiert werden sollen; eine Landreform und Entwicklungsvorhaben für Kleinbauern.

Der ANC steht dabei vor dem Problem, einerseits dem übergroßen Erwartungsdruck seitens der bislang unterdrückten schwarzen Mehrheit genügen zu müssen, indem er diese Programme rasch realisiert, und das heißt vor allem: rasch ihre Finanzierung sicherstellt. Andererseits ist genau das das Problem, angesichts der materiellen Möglichkeiten des von der Apartheid »sozial und wirtschaftlich verwüsteten« Landes (ANC), das überdies unter anhaltenden Terrordrohungen reaktionärer weißer und schwarzer Gruppierungen steht, falls deren separatistischen Forderungen nicht entsprochen wird.

Vor Jahren feierte das Rassistenregime Südafrika noch hymnisch als Nebeneinander von sich jeweils für sich, eben »apart«, entwickelnden »Völkern... auf verschiedenen Entwicklungsstufen – vom Steinzeitalter bis zum Raumzeitalter«. In Scharen besuchten Touristen, vor allem aus der alten BRD, das Land, die genau sowas sehen wollten. Inzwischen haben die Politiker der Nationalpartei (NP), die seit 1948 das Sagen gehabt hatte, bei der Weltbank die Anerkennung Südafrikas als Entwicklungsland beantragt.

In der Tat herrschen in dem wegen seiner Bodenschätze potentiell reichen Land für den Großteil der Bevölkerung, die Mehrzahl der Schwarzen also, Bedingungen, die an Slums um Bombay oder das ländliche Elend der Sahelzone erinnern. Innerstädtische »Modernität« und selbstgefälliger Wohlstand weißer Großfarmer kontrastieren mit dumpfer Rückständigkeit in entfernten Landstrichen und dem Horror des Lebens in den Schwarzengettos um die Städte, den Townships. Nur 36 Prozent der Schwarzen-Haushalte besitzen Wasseranschluß, lediglich 16 Prozent der Haushalte verfügen über elektrischen Strom; sieben Millionen Afrikaner hausen in Primitivhütten aus Blech und Pappe, die Analphabetenquote unter Schwarzen liegt bei über 50 Prozent. Besonders betroffen sind Jugendliche in den Townships. 57 Prozent sind ohne Arbeit – und ohne Chance, je welche zu finden. Sie leben in einem Klima aus Hoffnungslosigkeit, Überlebenskampf, Aggressivität und Kriminalität und werden von Sozialwissenschaftlern zum großen Teil als nicht mehr integrierbar eingestuft, eine »lost generation«. Jährlich wächst die städtische schwarze Bevölkerung um 4,5 Prozent – Südafrikas Inlandsprodukt nahm seit 1980 pro Jahr im Schnitt um 1,3 Prozent zu.

Eine mehrjährige Dürre und eine anhaltende Wirtschaftskrise bis ins vorige Jahr taten ein übriges: 37 Prozent der arbeitsfähigen Gesamtbevölkerung waren schließlich arbeitslos, darunter zunehmend auch Weiße (deren Quote dennoch nur bei 2 Prozent lag).

Umsatzeinbußen im Kleingewerbe, Verschuldung von Kleinfarmen, Entlassungen und die neue Konkurrenz der früher per »job reservation« diskriminierten Schwarzen ruinieren den vormals privilegierten Status vieler Weißer und schüren irrationale Ängste. Über ein Drittel der erwerbstätigen Weißen drückten sich früher im Staatsdienst herum – Ankündigungen des ANC, mehr Gleichheit durch »affirmative action« anzustreben, durch Förderung und, bei gleicher Qualifikation, bevorzugte Einstellung also, beunruhigen.

Enttäuschung über den politischen Machtverlust und paranoide Ängste, fundamentalistisch verirrte Religiosität und haßerfüllter Rassenwahn führen aus dem burischen Bevölkerungsteil faschistischen Horden wie der »Afrikaaner Widerstandsbewegung« (AWB) des Ex-Polizisten Eugene TerreBlanche Anhänger zu und nähren die abstruse Idee von einem »rein weißen« burischen »Volksstaat« inmitten des von der Apartheid eben erst befreiten Landes. Doch nur eine Minderheit der Buren ist ernsthaft bereit, wie weiland die Vorfahren auf den »Trek« ins wieder einmal gelobte Land zu gehen – gerade einmal 14 Prozent. Und während das burische Kapital oder die Großfarmer längst begriffen haben, wo ihre Interessen aufgehoben sind, laufen den Predigern der »Auserwähltheit« ihres Volkes vor allem Jugendliche mit geringer Schulbildung und niedrigem Einkommen nach.

Haß auf den ANC war das Bindeglied, das AWB und die Inkatha Freedom Party, die Hausmacht des auf einen reaktionären Ethnizismus des Zulu-Volkes setzenden Chefministers von KwaZulu, Gatsha Buthelezi, bis zum Beistandspakt führte. Die gespenstische Allianz zwischen dem Rassisten TerreBlanche und den Inkatha-Führern besitzt jedoch ihre tiefere Logik: Beider Machtanspruch basiert auf der Apartheid, auch wenn Buthelezi öffentlich für deren Abschaffung eintritt. Während der KwaZulu-Regent seine Stellung und seine Bezüge ohnehin der irrsinnigen Homeland-Politik der NP verdankt (und der Konrad-Adenauer-Stiftung), stützt er sich auf die unter dem Apartheidsstaat geschaffenen bzw. konservierten Verhältnisse. Sein Einfluß ist umso stärker, je ländlich-rückständiger die von den Zulu besiedelten Regionen KwaZulus und der Provinz Natal sind; das schließt die weitgehende Loyalität unter den Zulu-Wanderarbeitern in den Townships um Johannisburg ein, die dem Apartheidkonzept gemäß in nach »Stammeszugehörigkeit« belegten »Hostels« vegetieren müssen. Meist ohne Schulbildung wie die ländlichen Zulu und traditionellen Autoritäten gegenüber gehorsam, lassen sich viele von ihnen mit Buthelezis Parolen leicht aufhetzen: etwa mit der von der angeblichen Absicht des ANC (dem zugleich eine ethnische Identität mit dem traditionell rivalisierenden Xhosa-Volk angedichtet wird), die »Nation der Zulu physisch vernichten« zu wollen.

Selbst unter den Zulu findet die Inkatha jedoch nur bei einer Minderheit Anklang, auf Landesniveau verdünnisiert sie sich auf den Status einer Splitterpartei, obwohl die Zulu an die acht Millionen Menschen zählen. Die Entwicklung ist bereits in Natal beobachtbar: Je näher die Zulu-Townships an größeren Städten wie Durban liegen, desto niedriger die Sympathien für Inkatha, desto mehr neigen die Zulu, für die Buhelezi in ihrer Gesamtheit zu sprechen vorgibt, dem ANC zu. Nur blutigem Terror, den die Inkatha bereits 1985 gegen den wachsenden Einfluß des ANC entfachte und der sich zu Kettenreaktionen der Gewalt verselbständigt hat, verdankt die auch als »Zulu-SS« bezeichnete Inkatha, daß sie in städtischen Regionen ganze Siedlungen beherrscht. Den Strauß-Spezi Buthelezi einen afrikanischen Tudjman zu nennen, getraute sich unsere liberale Presse denn allerdings doch nicht. Als mit der Legalisierung des ANC 1990 dessen Anhang in KwaZulu und Natal weiter wuchs und das näherrückende Ende der Apartheid auch das Ende des Buthelezi-Regimes über sein Homeland signalisierte, eskalierte die Inkatha nicht nur ihren Terror, sondern ging zur Drohung über, die Unabhängigkeit von einem künftigen Zentralstaat Südafrika zu erklären, der nur mehr in neuen Regionen gegliedert sein soll – »Volksstaat« auf schwarz.

Wie haltbar das Bündnis zwischen weißen faschistoiden Kleinbürgern und reaktionärem Tribalismus ist, wie groß das Ausmaß der tatsächlichen Gewaltbereitschaft, läßt sich schwer abschätzen. Die Großmäuligkeit der Burenkommandos erhielt in Bophuthatswana einen empfindlichen Dämpfer, und Buthelezi ist finanziell von der Zentralregierung abhängig. Daß die Geschäftswelt Natals seinen Größenwahn teilt, ist ausgeschlossen; sein Einfluß dürfte rasch schwinden. Gleichwohl bleibt ein Potential an Terror, das der neuen Regierung möglicherweise nichts anderes übrig lassen wird, als mit Repressionen gegen Banden wie die Inkatha- und Burenkommandos vorzugehen. Nicht gerade schön für eine junge Demokratie, befindet beispielsweise die »Financial Times« in London, aber: »Südafrika wird vollends scheitern, wenn es kein wirtschaftliches Wachstum gibt. Die Wirtschaft kann aber nicht prosperieren, wenn Chaos herrscht. Die Herstellung der Ordnung dürfte daher eine schmerzliche Vorbedingung sein für die Wiederaufnahme inländischer Investitionen und für eine Belebung der Wirtschaft.«

Die politische Bewältigung derdas Kapital verschreckenden Gewalttätigkeiten und Drohungen ist indes nur ein Anfang. Wie soll Wachstum erwirtschaftet werden, woher das Geld kommen, um die ehrgeizigen, im ANC-Programm nur postulierten Reformziele zu finanzieren? Auf 45 Milliarden Mark beziffern Experten den Bedarf für die nächsten fünf Jahre, um greifbare Ergebnisse und Ansätze zu realisieren, die den sozialen Sprengstoff entschärfen können.

Noch 1989 hieß die Parole, ausgegeben auf einer Konferenz von NP-Politikern, südafrikanischen und deutschen Industriellen sowie Experten unter dem Motto »Europa 1992 und das südliche Afrika«, Südafrika solle das »Modell« Südostasien imitieren, um die Wirtschaft zu modernisieren und auf Wachstum zu trimmen, sich in den Weltmarkt zu reintegrieren und einen Regionalmarkt bis fast zum Äquator zu schaffen. Enormer Rohstoffreichtum plus billigste, aber zufriedene Arbeitskräfte plus ausländisches Kapital und Technologie gleich Afrikas Südkorea – so lautete die Zauberformel. Das war freilich noch eine Rechnung ohne den ANC. Den stupiden Glauben, in einem von der längst als Fessel der Kapitalverwertung empfundenen Apartheid befreiten Südafrika würden Privatinitiative und Markt für blühenden Wohlstand sorgen, hatten bedächtigere Vertreter des Kapitals, etwa die Eigner des Bergbau- und Industriemultis Anglo American Corporation, ohnehin schon länger nicht mehr vertreten. Der ANC wiederum nahm angesichts der Machtverhältnisse in der nationalen Ökonomie sowie auf dem Weltmarkt nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder Abschied von vielen drastischen Reformvorhaben, namentlich der Nationalisierung, vertritt aber weiterhin Konzepte wie eine sozialpolitisch orientierte Besteuerung und staatliche Interventionen sowie das genannte nationale Programm zur Arbeitsbeschaffung oder Investitionen in Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur – welch letztere sogar die Weltbank in Entwicklungsländern für wachstumsfördernd hält.

Der Kompromiß stößt auf Gegenliebe: »Der ANC akzeptiert jetzt, daß er seine sozialen Ziele nicht erreichen kann, ohne daß es der Geschäftswelt gutgeht«, sagt zum Beispiel Johann Rupert, Chef des internationalen Rembrandt-Richemont-Konzerns (»Peter Stuyvesant«), »und die Geschäftswelt weiß, daß es nicht gutgehen kann, ohne daß die sozialen

Vorstellungen verwirklicht werden.« Und Derek Keys, vormals Chef des Bergbaukonzerns Gencor und bis April Finanzminister, kommt zu dem schlichten Schluß: »Ich glaube nicht, daß der Markt es leisten kann.« Da muß schon ein dumpf-deutscher Verkünder wie Minister Spranger ausgerechnet in Südafrika dafür plädieren, daß man doch »mal wieder etwas ideologiefreier über die Rolle des Unternehmens in jedem Land« nachdenken solle, denn diese edlen Wohltäter schaffen »die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen« schon aus der Welt.

Südafrika verfügt neben seinen Bodenschätzen und der teilweise hochproduktiven Landwirtschaft (Früchte- und Weinexport) über eine zum Teil entwickelte Infrastruktur, einen modernen Dienstleistungssektor und über eine, verglichen mit dem übrigen Afrika, hohe Zahl (auch schwarzer) qualifizierter Arbeitskräfte. Andererseits: Um seine internationale Konkurrenzfähigkeit ist es schlecht bestellt. Es ist in hohem Maße von Agrar- und Bergbauexporten abhängig, muß umgekehrt moderne Industrieprodukte zumeist importieren. Nahezu ein Drittel der arbeitstätigen afrikanischen Bevölkerung ist, wie in einem Entwicklungsland, in einer wuchernden »Schattenökonomie« aktiv, die überwiegend Subsistenzcharakter besitzt.

Große Teile der verarbeitenden Industrie sind technisch veraltet und arbeiten ineffizient; sie konnten sich nur dank exorbitanter Importzölle für Fertigwaren halten. Die Ineffizienz immerhin, argumentierte Minister Keys, sei auf eine erklärliche Unlust schwarzer Arbeitskräfte zurückzuführen gewesen: Unter der Apartheid habe es sich nicht gelohnt, intensiver zu arbeiten. Der labilen Wirtschaft Südafrikas, gefordert, Arbeitsplätze und Berufsausbildung für Millionen zu bieten, droht indes, noch bevor die fällige Modernisierung begonnen hat, eine neueGefahr: Die Folgen der in Marrakesch beschlossenen Vereinbarung über freien Welthandel.

Schon im Vorfeld mußte Südafrika einige der hohen Importzölle absenken; die weitere Reduzierung wird in Etappen stattfinden – ein Schutz auf Zeit, wie ihn die Gewerkschaften sogar gefordert hatten, um die Anpassung der südafrikanischen Wirtschaft zu ermöglichen. Nur: Modernisierung (Automatisierung, Rationalisierung) schafft keine Arbeitsplätze, sondern selbige ab. Südafrikas Wirtschaft müßte außerordentlich expandieren, damit genügend Arbeitsplätze entstehen könnten, um eine nach wie vor wachsende Zahl Beschäftigung suchender Jugendlicher unterzubringen. Damit wären vermutlich noch nicht jene marginalisierten Massen älterer wie junger, kaum oder gar nicht ausgebildeter Afrikaner zu integrieren, die in den Townships und auf dem flachen Land erwarten, daß die Befreiung von der Apartheid ihnen unverzüglich ein besseres Leben beschert.

Die Gatt-Beschlüsse beinhalten noch mehr. Der Wettbewerb in »einer brutalen globalen Wirtschaft«, so das »Wall Street Journal«, »schafft einen globalen Arbeitsmarkt«, in dem »kein Job mehr sicher ist«, weil – schöne neue Welt der vollends freien Kapitalbewegung – Arbeit aller Qualifikationsstufen beliebig verlegbar werde. Auf Südafrika bezogen: Im März 1993 teilte der Vizepräsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Eberhard von Koerber, seinen südafrikanischen Gesprächspartnern bei allem »vorsichtigen Optimismus« (»FAZ«) bezüglich der Entwicklungsmöglichkeiten mit, daß die Löhne alles in allem zu hoch seien. Das läßt für Lohnauseinandersetzungen und damit für das künftige Verhältnis zwischen einer ANC-geführten Regierung und den Gewerkschaften, die bislang ANC-Verbündete waren, einiges erwarten, und ähnliche, wenn nicht dramatischere Konflikte bietet die Situation auf dem Land: Mittel und reale Möglichkeiten, den Landraub der Weißen seit 1913 – Minister Keys erklärte die Rückgabe des Landes zum »Teil der Versöhnung« – rückgängig zu machen, sind begrenzt, und über allem steht der Zwang, den legitimen Erwartungen der bisher Unterdrückten die Funktionsfähigkeit der etablierten Ökonomie nicht opfern zu dürfen.

Das Neue in Südafrika wird vorerst überschattet vom fast übermächtigen Alten (worin die destruktiven Möglichkeiten seiner Anhänger nicht einmal eingerechnet sind), und alte Widersprüche kehren in neuer Form wieder. Die »Auflösung« der von der Apartheid geschaffenen »Blöcke« (die freilich nie monolithisch waren) bedeutet auch die Differenzierung beider politischen Lager. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß Südafrika sich vorerst in Richtung auf Verhältnisse zwischen den »Rassen« zubewegen dürfte, wie sie in den USA herrschen, »nur« mit umgekehrten Mehrheiten. Sehr Reiche stehen den Ärmsten gegenüber, und beide sind nicht mehr nur nach »Rasse« definierbar. Schon heute sind die Einkommensgefälle »innerhalb der Rassen« größer als zwischen ihnen.

Der ANC bekommt ein »Entwicklungsland« zur Verwaltung, Produkt der Apartheid. Er muß handeln unter Bedingungen, die tendenziell aus jeder Nationalökonomie eine Manövriermasse internationalisierter Kapitalinteressen ohne Rücksicht auf soziale oder ökologische Belange machen. Nelson Mandelas Vision, in zwanzig Jahren könne Südafrika ein blühendes, für alle Menschen lebenswertes Land sein, ein Beispiel für Afrika, ist unanfechtbar. Die Verwirklichung dürfte schwieriger werden als je befürchtet.

Jürgen Ostrowsky schrieb in KONKRET 11/93 über die Umwälzung in Südafrika

Konkret 05/94, S. 44

Kunst & Gewerbe

Schindlers Liste I

Schwierigkeiten mit Steven Spielbergs »Schindlers Liste« haben die Regierungen in Malaysia, Indonesien und Sachsen. Die Zensurbehörde des mehrheitlich islamischen Malaysia erklärte den Film zu »jüdischer Propaganda« und verbot ihn: Er stelle die »Vorzüge und Tugenden lediglich einer bestimmten Rasse« heraus. Diese Rasse werde als »leidensfähig, tapfer und intelligent« gezeigt, woraus man schließen müsse, daß für diese Rasse Sympathie geweckt werden solle, und daß gleichzeitig beabsichtigt sei, »die andere Rasse in den Schmutz zu ziehen«. Die indonesische Regierung sieht sich mit der Forderung von Ahmad Sumargono konfrontiert, den Film ebenfalls zu verbieten. Der Führer eines Komitees für weltweite Solidarität unter den Moslems erklärte, Spielbergs Film sei nichts als zionistische Propaganda.

Friedbert Groß (CDU), Kultusminister des mehrheitlich von Sachsen bewohnten Bundeslands, zögert, Schülern und Lehrern den Besuch von »Schindlers Liste« zu empfehlen. Das »Neue Deutschland« meldete, Groß befürchte, daß der Film nicht in der »künstlerischen Art und Weise und den Empfindungen der Menschen möglichst adäquat« das Thema nahebringe.

Schindlers Liste II

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft weist unterdessen auf die »wenig bekannte Tatsache« hin, daß Schindler aus »Zwittau (Schönhengstgau)« stammte, also Sudetendeutscher war.Er sei allerdings, so die Sudetendeutsche Landsmannschaft weiter, »eine schillernde Persönlichkeit, ja sogar vielleicht eine Spielernatur« gewesen. Ganz und gar sudeten-undeutsch also, was dann allerdings wieder einiges erklärt.

Stalinistischer Filou?

»Bisher weithin unbekannte Texte« des Schriftstellers Stefan Heym habe man entdeckt, meldete das deutsche Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« und zitierte aus Schriften Heyms zur Rebellion vom 17. Juni 1953 und zu Josef Stalin.

Heyms Texte waren nun allerdings keineswegs unbekannt, sondern unter dem Titel *Im Kopf Sauber* 1954 in der DDR erschienen. In einem Brief, den der »Spiegel« nicht abdrucken wollte, weist Heym außerdem darauf hin, daß der »Spiegel« im Zusammenhang mit seiner Person bislang weit weniger antistalinistische Delikatesse an den Tag gelegt hatte: Der »Spiegel« habe seine Bücher von prominenten Rezensenten freundlich rezensieren lassen, er habe »Spiegel«-Gespräche geführt, Vorabdruckrechte erworben, und Beiträge von Heym ins Blatt genommen. Heyms »unvollständige Liste« wohlwollender »Spiegel«-Artikel:

1974 – Vom Tag X zu den 5 Tagen im Juni / 1974 – Gruppenbild mit Genosse / 1975 – Retter aus der DDR / 1979 – Erstickender Ring / 1979 – Mit den Schwachen solidarisch / 1979 – Warten auf Post / 1979 – Urteil / 1980 – »Spiegel«-Gespräch / 1981 – Ahasver / 1982 – Plötzlich hebt sich der Boden / 1983 – Die Wunde der Teilung eitert weiter / 1984 – Schwarzenberg / 1986 – Einführende Bemerkungen eines Reiseführers vor einem Reststück der Mauer / 1988 – Distanz und Nähe / 1988 – Memoiren eines Störenfrieds / 1989 – Zwischenbericht / 1989 – Hurra für den Pöbel / 1989 – Aschermittwoch

Nun liegt Heym zwar sicherlich richtig mit seiner Vermutung, die plötzliche Entdeckung des Stalinisten Heym durch den »Spiegel« könne mit der Bundestagskandidatur Heyms für die PDS zu tun haben. Wie unrecht der »Spiegel« ihm tut, erkennt man allerdings daran, daß Heym sich nicht fragt, warum der »Spiegel« ihn bis 1989 umworben hat.

Vonne taz I

Einem Running gag zufolge ist die wichtigste Funktion der »Tageszeitung«, der Bürgerpresse den Ärger mit und die Kosten für die Ausbildung von Nachwuchskräften zu ersparen, indem diese sich in der Zwischenstation »Tageszeitung« austoben können und erst dann übernommen werden, wenn sie sich die Hörner etwas abgestoßen haben: die »Taz«, das ausgelagerte Volontariat der Bürgerpresse.

Anläßlich ihres fünfzehnjährigen Bestehens bestätigte die »Tageszeitung« gleich zweifach, daß die Wirklichkeit noch viel besser ist. In ihrer Jubiläumsausgabe listete die Redaktion »unvollständig« auf, welche ehemaligen »Taz«-KämpferInnen es wohin verschlagen hat:

»Berliner Zeitung«: Brigitte Fehrle, Georgia Tornow; »Cosmopolitan«: Petra Groll; »Deutsche Welle-TV«: Elmar Kraushaar, Andreas Rosteck; »Focus«: Nana Brink, Erwin Jurtschitsch, Axel Kintzinger; »Frankfurter Rundschau«: Hans Brandt, Ferdos Forudastan, Rolf Paasch; »Lettre International«: Frank Berberich; »Natur«: Luitgard Koch; »Ökotest«: Jürgen Stellpflug; »Spiegel«: Petra Bornhöft, Roland Hofwiler, Jürgen Kremb, Felix Kurz, Claus-Christian Malzahn, Harald Schumann; »Stern«: Hans-Martin Tillack; »Tagesspiegel«: Eva Schweitzer; »Welt«: Thomas Eyrich; »Weltwoche«: Martin Kilian; »Die Woche«: Andreas Juhnke, Gabriele Riedle, Stefan Schaaf, Tom Schimmeck, Charlotte Wiedemann; »Wochenpost«: Dietmar Bartz, Mechthild Küpper, Ulli Kulke, Max Thomas Mehr, Alexander Smoltzyk; »Die Zeit«: Jan Feddersen, Klaus Hartung, Kuno Kruse, Sabine Rückert, Udo Schwietzek.

Unbestätigten Gerüchten aus der Redaktion zufolge wolle die Leitung der »Tageszeitung« die Volontariatsnutznießer nun an den Kosten beteiligen: Der »Spiegel«, so heißt es, werde in Zukunft für die Gehälter von bei der »Tageszeitung« beschäftigten Volontären und Volontärinnen aufkommen.

Vonne taz II

Für ihre Imagekampagnen habe die »Tageszeitung«, so hört man ebenfalls aus der Redaktion, mit Stefan Noë indessen eine besonders qualifizierte Fachkraft gewonnen: Der tageweise in der Abteilung für Eigenwerbung aushelfende PR-Mann ist hauptberuflich Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne im Berliner Abgeordnetenhaus.

Auf daß bei der Feinabstimmung des künftig womöglich als Regierungsblatt fungierenden Organs mit einem künftig womöglich rosagrünen Regierungssprecher Friktionen vermieden werden.

Weltweit

Auch außerhalb der BRD kann man KONKRET beziehen. In folgende Länder geht jeden Monat mindestens ein abonniertes Heft:

Ägypten, Argentinien, Belgien, Benin, Bolivien, Brasilien, Chile, CSFR, Dänemark, Finnland, Frankreich, Gambia, Ghana, Griechenland, Großbritannien, GUS, Irland, Island, Israel, Italien, DVR Jemen, Jugoslawien, Kamerun, Kenia, Kuba, Liechtenstein, Luxemburg, Libyen, Mali, Mexico, Namibia, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschad, Ungarn, USA, Zypern.

Wer KONKRET für ein Organ der Metropolenlinken hält, möge die Auslandsversandstatistik anderer Zeitschriften daneben halten.

Mitläufer ehrt Mitläufer

Drei unwahrscheinliche Meldungen aus dem sagenhaften Reich deutscher Kunst: Christo verpackt nach dem Reichstag auch Heideggers Schwarzwaldhütte; Anselm Kiefer und Christoph Schlingensief veranstalten eine Performance mit der Wikingjugend; Willi Daume stiftet ein e.o.plauen-Museum. Welche der drei Meldungen ist wahr? – – – Keine. Was Ex-NOK-Präsident Daume betrifft – der kann leider gar nichts stiften. Gleich seinem Ahnherrn Baron de Coubertin, entblößten seine olympischen Ausschweifungen Willi Daume jeglicher Habe. Anders aber als Coubertin, dem, man erinnert sich, die Nazis, seine enthusiastischen Freunde im Geiste, aus der Patsche halfen, bleibt dem 80jährigen Daume nichts als Arbeit. Eine Folge von Hartherzigkeit: Laut einer Nachricht der »Frankfurter Rundschau« will das NOK nicht einmal einen in Öl gemalten Daume zu 15.000 Mark ankaufen.

Da indessen jeder unwahrscheinlichen Botschaft etwas Wahrheit eignet, übernahm Daume nun den Stiftungsvorsitz des e.o.plauen-Museums in Plauen. Der Mitläufer (s. KONKRET 5/93) ehrt im Mitläufer (s. KONKRET 3/94) immer nur sich selbst.

Neuestes von Biermann

Da sitzt er, bei Gottschalk, dieser entsetzlichen Heiterkeitsmaschine, die längst wahrmacht, was Hollywood an einschlägigen Horrorzombies erst für die Jahre nach 2000 der Medienwelt in Aussicht gestellt hat, sitzt da, nennt sich selbst einen »Linken« und gibt als sein persönliches Problem zu verstehen, daß er als Linker soviel Geld hat. Und glaubt wohl noch, daß ihn soviel Bekennermut ehrt. Ihn, der sich selbst stets der Linkste war: Biermann.

Und wir dachten immer, ein Linker wäre einer, dem das, was einmal Millionen Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten als »Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung« so vertraut war wie die Kartoffelkiste unter der Treppe, nicht in Vergessenheit geraten ist. Aber wovon statt dessen spricht er: »Geräächtigkeit«!

Und dabei hat man ihn doch mal gern gehabt.

Wie sie nun alle, bestenfalls, wegsinken in den großen linken Parnass-Gesinnungskitsch. Während das Kapital gelassen weiterzieht.

Hermann Peter Piwitt

Wenn Clinton die Antwort war, muß die Frage sehr dumm gewesen sein.

Autoaufkleber in Washington

Konkret 05/94, S. 46

Ingrid Strobl

Faszinosum Faschismus

Zwei Tage nachdem die Lübecker Synagoge brannte, strahlte das ZDF »Die Macht der Bilder«, eine von ihrem Objekt faszinierte Dokumentation über die NS-Filmregisseurin Leni Riefenstahl aus. Ein Zufall, der keiner war: Beide Ereignisse sind Ausdruck des gleichen, hierzulande längst dringend gewordenen Bedürfnisses nach »nachholender Versöhnung«

»Geschmack ist Kontext, und der Kontext hat sich gewandelt.«
Susan Sontag

»Sie wurde zur gefeierten Diva und Unperson in einem. Bis heute ist die 91jährige eine umstrittene Person der Zeitgeschichte geblieben ... In einer Zeit zunehmender rechtsradikaler Tendenzen ist aber eine tabufreie Diskussion nazistischer Ideologie wichtiger denn je, auch mit jener Frau, die, wissentlich oder nicht, zur Mythologisierung des Nationalsozialismus beigetragen hat. Der folgende Film stellt sich dieser Diskussion. Aber er tut mehr als das. Er zeigt das bewegte Leben, das vielschichtige Schaffen, die Welt der Leni Riefenstahl.« – Soweit die Anmoderation des ersten Teils von Ray Müllers Dokumentarfilm »Die Macht der Bilder« im ZDF am 27. März 1994. Ist es polemisch, zu sagen: zwei Tage, nachdem in Lübeck die Synagoge brannte?

Der Film zeigt eine blondgefärbte, braungebrannte, geistig wie körperlich ungeheuer rüstige Greisin, eine begabte Selbstdarstellerin. Sie posiert vor den Gipfeln der Dolomiten, sitzt am Schreibtisch, erläutert im Berliner Stadion die Kamerapositionen in ihrem »Olympia«-Film, streichelt in Tiefseegewässern einen Rochen. Der Regisseur läßt sie erzählen, widerspricht ihr nur selten, korrigiert sie fast nie im Kommentar. Von der Bücherverbrennung, erzählt die Riefenstahl, habe sie nichts gewußt, zu dem Zeitpunkt sei sie nämlich in der Schweiz gewesen, und »damals gab es ja kein Fernsehen, nicht wahr«, verschwörerisches Lächeln. Irgendwie muß sie dann aber doch irgend etwas erfahren haben, denn als sie mit Hitler sprach, habe sie »sofort versucht« – treuherziger Augenaufschlag – , mit ihm über ihre jüdischen Freunde zu reden. Da aber habe sich »sein Gesicht verdüstert«, und die kleine Leni sah wohl ein, daß sie den großen *Führer* mit derlei nicht belästigen konnte. Sie schämt sich nicht, hinzuzufügen, ihre jüdischen Freunde wiederum hätten ihr dringend geraten, in Deutschland zu bleiben, als Bollwerk gegen den Antisemitismus. Und ihr Porträtist Ray Müller schämt sich nicht, derlei unwidersprochen stehen zu lassen.

Sie plaudert auch angeregt über den *Führer*, der sei privat so bescheiden gewesen, eine hypnotische Ausstrahlung habe er gehabt, »vielleicht eine schizophrene Figur, ein Teufel, aber auch das Gegenteil« sei er gewesen (ein Engel?). Während der Dreharbeiten zum Parteitags-Film habe er ihr immer gegen den bösen Goebbels geholfen. Überhaupt, »Triumph des Willens«: Arbeit und Friede sei die Botschaft dieses Films, sagt die Riefenstahl und wird nicht rot dabei. Strahlend sitzt sie am Schneidetisch und führt mit leuchtenden Augen vor, wie sie das Werk geschaffen hat, das den Nationalsozialismus verherrlicht wie kein anderes. Und fröhlich strickt sie an ihrer Legende, sie habe nur nach ästhetischen Kriterien das Material bearbeitet, das sie vorgefunden habe, um Politik, um Inhalte sei es ihr nie gegangen, die habe sie ja gar nicht begriffen, Künstlerin sei sie eben gewesen, die Bilder hätten sie interessiert, die Montage, sonst nichts. Und ständig habe Goebbels versucht, ihre Arbeit zu behindern.

Kritikerinnen und Kritiker wie Susan Sontag haben diese Version längst als Lüge entlarvt. Sontag: »Es ist ein Film, der schon allein von der Anlage her die Möglichkeit ausschließt, die Regisseurin habe über eine von der Propaganda unabhängige ästhetische Konzeption verfügt. Tatsache ist ..., daß sie ›Triumph des Willens‹ mit unbegrenzten technischen Mitteln und großzügiger offizieller Unterstützung drehte (es gab nie einen Kampf zwischen der Regisseurin und dem deutschen Propagandaminister). In Wirklichkeit hat die Riefenstahl, wie sie in dem schmalen Buch über die Entstehung von ›Triumph des Willens‹ berichtet, bereits bei der Planung des Parteitags mitgewirkt – der von Anfang an als Kulisse für ein Filmspektakel angelegt war« (Susan Sontag: »Faszinierender Faschismus«, in: *Im Zeichen des Saturn,* München/Wien 1981). Sontag kommt in ihrem, im Original 1974 erschienenen, Aufsatz zu dem Schluß: »Das historische Ereignis diente also als Kulisse für einen Film, der sich dann in einen authentischen Dokumentarfilm verwandeln sollte. ... Will man noch einen Unterschied machen zwischen Dokumentarfilm und Propaganda, dann ist jeder, der die Filme der Riefenstahl als Dokumentarfilme verteidigt, naiv. In ›Triumph des Willens‹ ist das Dokument (das Bild) nicht nur die Aufzeichnung der Realität, sondern ein Grund, warum die Realität hergestellt wird; und schließlich wird das Dokument an die Stelle der Realität treten.«

Die öffentliche Aufführung von »Triumph des Willens« ist in Deutschland (noch) verboten. Doch nun wurde »Die Macht der Bilder«, die »einzige autorisierte Filmbiographie der Riefenstahl« (Covertext des Verleihvideos) in den USA mit dem Emmy-Award ausgezeichnet, und mit diesem »Fernseh-Oscar« gehen jetzt alle hausieren, die mit Hilfe von Ray Müllers Film die Riefenstahl rehabilitieren möchten, auch diejenigen, die sonst gerne gegen die *Schund- und Coca-Cola-Kultur* der *Amis* wettern. Daß im »ehemaligen Feindstaat« die Riefenstahl längst geachtet, ja verehrt, hierzulande aber noch immer der Bann über sie gesprochen werde, beklagen Riefenstahl-Adepten wie Will Tremper, der in der »Welt« erst »Schindlers

Liste« verrissen hat, um dann Müllers Film über die Riefenstahl zu feiern. Tremper (»Die Halbstarken«), einer der populärsten Journalisten der 50er Jahre, Verfasser mehrerer Drehbücher, präsentiert, ehe er sich über Spielberg ausläßt, erst einmal sich selbst, und zwar so: »Ich kannte bereits zuviele Geschichten über die Judenverfolgung, ohne mich als Deutscher im Kollektiv schuldig zu fühlen. Es ging mir, dem bei Kriegsende 16 Jahre alten, wie fast allen Deutschen, die 1945 erst von Auschwitz gehört hatten und es als Zumutung empfanden, sich nachträglich mit Blut beflecken zu lassen.«

Derart ausgewiesen, tritt er sodann an, die Riefenstahl von der Schande freizuwaschen, mit der man sie, zu Unrecht natürlich, befleckt hat: »Keine amerikanische, keine japanische Universität, die ohne ›Triumph des Willens‹ auskommen zu können glaubte«, behauptet er am 22.1.94 in der »Welt« und fährt fort: »In Deutschland hingegen herrschte Schweigen, dominierten ›Kollegen‹ wie Erwin Leiser und Kulturfunktionäre wie Hilmar Hoffmann, die jeden herunterputzten – auf Grund welchen Wissens? – , der es wagte, in den Feuilletons eine halbwegs vorurteilsfreie Meinung über die Riefenstahl zu vertreten.«

Doch es gab auch, so Tremper, Tapfere, die es wagten, die Riefenstahl gegen das neudeutsche Banausentum zu verteidigen: Die »angesehene Filmwissenschaftlerin« Frieda Grafe zum Beispiel, die er mit folgenden Sätzen zitiert: »›Mit der Frauenbewegung hat das Interesse an der Riefenstahl neuerlich einen Schub bekommen ... Bei der geringen Zahl wettbewerbsfähiger Regisseurinnen können wir uns Pingeligkeit in ideologischer Hinsicht freilich nicht leisten.‹« Wo Frieda Grafe das, 1975, gesagt haben soll, läßt uns Herr Tremper nicht wissen. Tatsächlich aber setzte sich die Mitbegründerin der Zeitschrift »Filmkritik« und Autorin der legendären »Filmtips« in der »Süddeutschen Zeitung« schon früh und kontinuierlich für eine Rehabilitierung der Riefenstahl ein. – Im Gegensatz zu »der Frauenbewegung«, auch wenn nun auf dem Cover des Verleihvideos von »Die Macht der Bilder« behauptet wird, die Riefenstahl sei »vom internationalen Feminismus als Kultfigur wiederentdeckt« worden. In der Frauenbewegung, der amerikanischen wie der bundesdeutschen, waren die Meinungen zur Riefenstahl durchaus kontrovers (sofern sich Feministinnenzu diesem Zeitpunkt überhaupt für sie interessierten). Anfang der 80er Jahre wandten sich feministische Kritikerinnen wie Gisela von Wysocki dezidiert gegen die Riefenstahl als »geile und besessene Schöpferin magischer Darstellungen ›des Männlichen‹« (Wysocki).

Zehn Jahre später allerdings interpretierte die Filmemacherin Helma Sanders-Brahms (»Deutschland bleiche Mutter«) »Tiefland«, den letzten Film der Riefenstahl, als Aufruf zum Tyrannenmord, bemüht, seine Regisseurin nicht nur zu rehabilitieren, sondern auch noch in die Reihen der Widerstandskämpferinnen aufzunehmen: »›Tiefland‹ ist Lenis Auseinandersetzung mit den Nazis, mit Hitler, mit dem Verbrecher, dem sie dienstbar war und dem sie nichts mehr als den Tod wünscht. Es ist erstaunlich, daß sie diesen Film zur Zeit der Siege an allen Fronten vorbereitete, daß sie ihn mitten im Krieg drehen konnte ...« Das ist in der Tat erstaunlich, denn nur für »kriegswichtige« Filme wurden Studios und das nötige Material zur Verfügung gestellt, und Filme, in denen Hitler der Tod gewünscht wird, wurden gemeinhin vom Propagandaministerium nicht als »kriegswichtig« eingestuft.

Von derlei schnöder Realität aber läßt sich Leni-Fan Sanders-Brahms nicht beeindrucken. Sie geht sogar noch weiter: Die Filmemacherin Nina Gladitz hatte in einem Dokumentarfilm über die Produktion von »Tiefland« gesagt – und ihre Aussage durch die Berichte Überlebender bekräftigt – , die Riefenstahl habe gewußt, daß die Sinti, die sie sich als Komparsen für ihren Film aus dem Konzentrationslager Maxglan bei Salzburg hatte kommen lassen, anschließend in die Vernichtungslager deportiert werden würden. Die Riefenstahl prozessierte gegen Gladitz, wie sie schon fünfzigmal gegen andere Kritikerinnen und Kritiker prozessiert hatte – und gewann, wie stets. Dennoch fühlt sie sich als Verfolgte, und Sanders-Brahms fühlt mit ihr: »Die Besetzung der Bauern mit Sinti und Roma ist ihr vorgeworfen worden. Sinti und Roma, die aus dem KZ zum Drehort und von da wieder ins KZ geführt wurden. Daß sie auch hier mitschuldig geworden ist – der Film selbst zeigt, daß sie dafür eine Sensibilität hatte ... . Mit Recht hat sie auch darauf hingewiesen, daß wenigstens für die Zeit des Drehs die Sinti und Roma nichts zu befürchten hatten, die in dem Film mitspielten, der Film also wenigstens für die Zeit seiner Entstehung ihr Überleben ermöglicht hat, auch wenn sie nach Drehende nichts mehr für sie tun konnte« (Helma Sanders-Brahms: »Tiefland«, in: *Das Jahr 1945,* Katalog der Internationalen Filmfestspiele Berlin, Berlin 1990). Manchmal wird Dummheit kriminell.

Die richtungsweisende Kritik nicht nur an den Filmen, sondern am Gesamtwerk der Riefenstahl verfaßte Susan Sontag 1974 in ihrem bereits zitierten Aufsatz »Faszinierender Faschismus«. Sie widerlegt darin den Ansatz französischer und US-amerikanischer Cineastinnen und Cineasten, das Ästhetische in den Arbeiten der Riefenstahl vom Politischen zu trennen. Sontag analysiert die Ästhetik der Riefenstahl als konsequent faschistische, von den Bergfilmen der 20er Jahre über die NS-Produktionen bis zu den Nuba-Porträts der 60er und 70er Jahre: »Obwohl die Nuba schwarz und nicht arisch sind, ruft Leni Riefenstahls Porträt von ihnen einige der großen Themen der Nazi-Ideologie wach: den Gegensatz zwischen dem Reinen und dem Unreinen, dem Unbestechlichen und dem Korrupten, dem Physischen und dem Geistigen, dem Heiteren und dem Kritisch-finsteren. Ein Hauptvorwurf gegenüber den Juden in Nazi-Deutschland lautete, sie seien urban und intellektuell und hätten einen destruktiven, korrumpierenden, ›kritischen‹ Geist.«

Die Nuba der Riefenstahl sind schöne und fremdartige wilde Tiere, reine Natur. Als Regisseur Ray Müller sie in »Die Macht der Bilder« zu Sontags Vorwurf befragt, stellt sich die Riefenstahl naiv – sie habe doch nur fotografiert, was ist: »Ich

hab sie (die Nuba, I.S.) doch nicht verändert, die Menschen, die sehen so aus. Das sind eben gesunde Menschen, es gibt überhaupt keine kranken Menschen bei diesem Stamm.« Das Negative, sagt sie an anderer Stelle, »macht mich nicht kreativ«, nur das Schöne begeistere sie, nicht das Häßliche. Und »das Schöne« ist für sie gesund, rein, natürlich. So wie (in ihren Augen) die Männer in »Triumph des Willens«, die ihr Scharführer auf dem Nürnberger Parteitag aufruft: »Und du, Kamerad, wo kommst du her?« – Aus deutschen Landen kommen sie. Das Kinn recken sie vor, das Blondhaar haben sie nach hinten gekämmt, den Spaten geschultert. Die Sportler im »Olympia«-Film sind wie die Nuba Körper, reine, zum Kult erhobene Körper, Maschinen, die den Gesetzen der Bewegung, der Beschleunigung, des Willens gehorchen. Der lebendige Diskuswerfer löst sich in einer weichen Überblendung aus dem mamornen der griechischen Antike, die Turmspringer schweben wie Vögel durch die Luft, ehe sie ins Wasser eintauchen, eins mit den Elementen, in den Gesichtern der Marathonläufer kämpft der Wille siegreich gegen die Erschöpfung.

Es wäre falsch, zu sagen, die Riefenstahl habe sich der Ästhetik des Nationalsozialismus unterworfen, ganz im Gegenteil, sie stellt sie her, mit ihren Bildern, mit der Choreographie ihres Schnitts – wie Albert Speer mit seinen Bauten.

»Die NS-Kunst«, sagt sie angewidert in »Die Macht der Bilder« und meint damit die herkömmliche Propagandakunst, »war Kitsch«. Damit hat sie nichts zu tun, ihre Arbeiten tendieren zu Wagner und Nietzsche, nicht zu blondzopfigen Idyllen. Sie ist begabt zum Pathos und zur Stilisierung und damit prädestiniert für die Gestaltung nationalsozialistischen Größenwahns. Sie ist dazu noch eine begabte Technikerin und eine besessene Arbeiterin. Ihre Bilder haben durchaus die Macht, zu faszinieren. Sie widersprechen dem Kunstverständnis einer Moderne, die sich als subversiv und emanzipatorisch, als kritisch, gebrochen und dissonant begreift, und bedienen das Bedürfnis nach Totalität, Geschlossenheit, Ekstase und ungebrochener Harmonie. »Leni Riefenstahls Filme üben noch immer ihre Wirkung aus«, schreibt Susan Sontag, »weil – neben anderen Gründen – die darin zum Ausdruck kommenden Sehnsüchte nach wie vor empfunden werden, weil der Inhalt einem romantischen Ideal entspricht, zu dem sich immer noch viele hingezogen fühlen ... «

»Sagen Sie mir, wo liegt denn meine Schuld?« fragt die Riefenstahl in der Pose der Verzweifelten den Regisseur, es sind ihre letzten Worte in »Die Macht der Bilder«, dem dreistündigen Dokumentarfilm, der, wie die ZDF-Sprecherin so richtig ankündigte, »die Welt der Leni Riefenstahl« präsentiert. Die alte Bergsteigerin ist wieder dabei, den Gipfel zu erklimmen, von dem man sie einst gestoßen hat. »Es ist nicht so«, schreibt Susan Sontag 1974, »daß Leni Riefenstahls Nazi-Vergangenheit über Nacht akzeptiert würde. Das Rad der Kultur hat sich nur weitergedreht, und so spielt diese Vergangenheit ganz einfach keine Rolle mehr.« Das zielt auf die Cineastenkreise der 70er Jahre in Frankreich und den USA. Im heutigen Deutschland, das seinen Jünger und seinen Breker wieder ehrt, in dem die Noltes die Vergangenheit – sprich: den Nationalsozialismus und seine Verbrechen – neu bewerten und im Fernsehen eine »tabufreie Diskussion nazistischer Ideologie« gefordert wird, in dem die Häuser von Immigrantinnen und Immigranten brennen und auch wieder Synagogen, in diesem Deutschland ist eine Riefenstahl-Renaissance mehr als nur der Ausdruck der Geschichtsvergessenheit einer cineastischen Elite. Sie drückt, wie Stefan Reinecke in der »Kölner Stadtrevue« feststellte, ein allgemeines Bedürfnis nach »nachholender Versöhnung« aus.

Ingrid Strobl schrieb in KONKRET 4/94 über den bewaffneten Widerstand jüdischer Kommunisten im besetzten Frankreich

Konkret 05/94, S. 49

Ingrid Strobl

Der Aufstand der lebenden Toten

»Eine Handvoll Juden gegen die Eroberer der Welt. Wir wenden gegen sie die Taktik an, die sie gegen uns angewendet haben und die so gut geklappt hat. Weil es so unvorstellbar war, haben wir lange nicht an die Ausrottung glauben wollen. Den Deutschen wird es genauso schwer fallen, sich eine Revolte vorzustellen. Wir haben gesagt: _Die Deutschen? Dieses kultivierte Volk? Wo denken Sie hin! Die Deutschen werden sagen: _Die Juden? Diese Untermenschen? Aber ich bitte Sie!«
Jean Francois Steiner: Treblinka

Nach dem Aufstand der Häftlinge am 2. August 1943 zerstörten die Deutschen alles, was von dem Vernichtungslager Treblinka übriggeblieben war. Sie ließen die Erde, die vermischt war mit der Asche und den Knochen von fast einer Million ermordeter Menschen, umpflügen und siedelten ukrainische Bauern auf dem Gelände an. Heute ist das ehemalige Lager eine eindrucksvolle Gedenkstätte, die allerdings nur wenige besuchen, von der überhaupt nur wenige wissen. Treblinka, das zum Grab der Warschauer Juden wurde, zum Grab eines Teils der Bialystoker Juden, zum Grab der Juden aus den Schtetln im Nordosten Polens, zum Grab von Juden aus Westeuropa, aus Rumänien, Bulgarien und Griechenland, dieses Treblinka, in dem die Frauen, Männer und Kinder qualvoll mit Motorabgasen erstickt wurden, ist nicht »berühmt« geworden wie Auschwitz, das, noch rationeller, noch perfekter, mit noch größeren Tötungskapazitäten ausgestattet, die ersten Todesfabriken Belzec, Sobibor und Treblinka abgelöst hatte.

Wer nach Treblinka, das im Juli 1942 den »Betrieb« aufnahm, deportiert wurde, endete sofort in der Gaskammer, es gab kein Zwangsarbeitslager für die »angelieferten« Juden (ein Zwangsarbeitslager für Polen existierte eine Zeitlang nebenan), es gab keine Produktionsbetriebe in Außenlagern, das einzige, was in Treblinka produziert wurde, waren Leichen. Und die einzigen, die am Leben gelassen wurden, waren ein paar hundert Männer, die diese Leichen zu bearbeiten hatten. Sie mußten das Gepäck und die Kleidung der Menschen, die aus den ankommenden Deportationszügen direkt in die Gaskammern getrieben wurden, sortieren und verpacken (für den Transport ins »Reich«), sie mußten ihnen die Goldzähne ausbrechen und ihre Körper nach versteckten Wertgegenständen durchsuchen, sie mußten schließlich ihre Leichen vergraben und später verbren-nen.

Diese Arbeitssklaven, genauer gesagt diejenigen von ihnen, die im August 1943 noch am Leben waren, erhoben sich, als ihr eigenes Ende bevorstand, gegen ihre Herren, gegen die Mörder ihrer Eltern, Frauen und Kinder. Sie steckten das Lager in Brand, erschossen mehrere Deutsche (die Waffen hatten sie aus der Waffenkammer des SS-Personals gestohlen) und flohen in den Wald. Von den knapp eintausend Häftlingen, die den Aufstand durchführten, erlebten zwischen 60 und 70 die Befreiung. Alle anderen wurden während des Aufstands getötet oder später, auf der Flucht. Von denen, die den Aufstand initiiert und organisiert hatten, entkam keiner. 54 der Überlebenden sagten 1963 und 1971 im Treblinka-Prozeß in Düsseldorf aus. Franz Stangl, der Kommandant des Lagers, wurde in diesem Prozeß zu lebenslänglicher Haft verurteilt, er starb während des Berufungsverfahrens an einem Herzanfall. Sein Stellvertreter Kurt Franz, ein von den Häftlingen noch mehr als die anderen SS-Männer gefürchteter Sadist, erhielt gleichfalls lebenslänglich, wurde aber aufgrund seines angeblich schlechten Gesundheitszustands und der langen Haftzeit im letzten Jahr aus dem Gefängnis entlassen.

Nach dem Aufstand sorgten die Betreiber des Lagers dafür, daß alle schriftlichen und sonstigen Hinweise auf Treblinka vernichtet wurden. Es gibt kaum Material über dieses Lager. Was dort wie geschah, läßt sich fast nur aus den Aussagen der wenigen Überlebenden rekonstruieren. Jean-Francois Steiner hat alle erreichbaren schriftlichen Zeugnisse über Treblinka – Aussagen, die Überlebende für das Archiv in Yad Vashem machten, Erinnerungs- und andere Berichte ehemaliger Häftlinge und anderer Zeitzeugen – ausgewertet und selbst mit Überlebenden gesprochen. Auf der Grundlage dieses Materials hat er in den 60er Jahren sein Buch über Treblinka geschrieben, das in Frankreich große Aufmerksamkeit fand und heftig diskutiert wurde (eine deutsche Übersetzung, die 1966 erschien, stieß dagegen kaum auf Interesse). Simone de Beauvoir verteidigt in ihrem Vorwort den romanhaften Stil des Autors: Er wäre »weniger wahrheitsgetreu verfahren«, argumentiert sie, »wenn er uns diese Geschichte nicht in ihrem lebendigen Ablauf erzählt hätte«.

Tatsächlich irritieren bei der Lektüre immer wieder die Dialoge und inneren Monologe, von denen man weiß, daß Steiner sie erfunden haben muß, auch wenn er sie auf der Grundlage der Aussagen der Überlebenden erdacht hat. Auch seine Versuche, die Gedanken der »Techniker«, der SS-Männer und des stellvertretenden Kommandanten Kurt Franz, wiederzugeben, sind fragwürdig. Gleichzeitig aber gelingt es ihm, die Perfidie der deutschen Betreiber des Lagers, die er »die Techniker« nennt, mit großer Anschauungskraft darzustellen, und nie überschreitet er die Grenze dessen, was nicht zu beschreiben ist. Er stellt die Erniedrigung und Entmenschlichung der Häftlinge dar (die sich zum Beispiel auf neue Transporte freuen, weil sie selbst, solange Transporte kommen, am Leben bleiben), ohne sie zu denunzieren, aber auch

ohne das Ungeheuerliche zu verharmlosen. Seine eigene Verzweiflung über das, was er erfahren hat und nun wiedergibt, fließt in den Text ein und verleiht ihm eine Intensität und eine Direktheit, die stärker und entscheidender sind als die gelegentlichen Schwächen des Buches. Sollte Treblinka. Die Revolte eines Vernichtungslagers, das der Harald Kater Verlag nun erneut vorgelegt hat, hierzulande wieder nicht zur Kenntnis genommen werden, liegt es am Publikum und nicht am Buch.

Parallel zu Steiners dokumentarischem Tatsachenroman sollte man das Zeugnis von Richard Glazar lesen, einem der Überlebenden des Aufstands. Für seinen Bericht über das Überleben in Treblinka, den er nach der Befreiung aufgeschrieben hatte, fand er mehr als 40 Jahre lang keinen Verleger. Nun liegt er als Fischer Taschenbuch in einer Übersetzung des Autors (aus dem Tschechischen) vor.

Jean-Francois Steiner: Treblinka. Die Revolte eines Vernichtungslagers. Mit einem Vorwort von Simone de Beauvoir, Harald Kater Verlag, 29.80 Mark.

Richard Glazar: Die Falle mit dem grünen Zaun. Überleben in Treblinka. Fischer Taschenbuch, 14.90 Mark.

Ingrid Strobl hat gerade eine Textsammlung zu den Themen Faschismus, jüdischer Widerstand und deutsche »Vergangenheitsbewältigung« veröffentlicht (»Das Feld des Vergessens«, ID-Archiv, Berlin)

Konkret 05/94, S. 52

Georg Seeßlen

Der postmoderne Entertainer

Harald Schmidt hat eine Fangemeinde, die von postmodernen Faschos bis zu noch modernen Intellektuellen reicht. Seine Meta-Sendungen sind mehrfach codiertes Null-Fernsehen

Das Fernsehen ist kein Medium mit einer linearen Geschichte, einer »Entwicklung«. Es ist vielmehr ein Lebensmittel, das immer neue, immer andere Bereiche des Alltags besetzt, in einem beständigen Funktionswandel begriffen ist; es vermittelt, um genau zu sein, zwischen dem Endstadium der Demokratie und dem Endstadium der bürgerlichen Familie und geht, beides betreffend, den entscheidenden Schritt weiter. Fernsehen ist alles, sagen wir angesichts eines Silvio Berlusconi, Fernsehen hat die politische Herrschaft angetreten; Fernsehen ist nichts, Fernsehen ist dabei, sich als Ereignis abzuschaffen, sagen wir angesichts eines Harald Schmidt. Recht haben wir in beiden Fällen.

Neil Postmans Gegreine, daß ein amerikanisches Kind am Ende seiner Schulzeit 16.000 Stunden ferngesehen habe, sagt daher relativ wenig, weil wir nicht mehr verläßlich sagen können, was »sehen« ist. Das Fernsehen will nur eingeschaltet werden, es will laufen, man soll sich nicht von ihm abwenden, es soll keine fernsehfreie Zeit und keinen fernsehfreien Raum geben. Na schön, wenn’s Arbeitsplätze schafft.

Um also immer neue Bereiche besetzen zu können, muß das Fernsehen eine Doppelstrategie der Aufwertung und Abwertung verfolgen, es muß uns hier »Sensationen« bieten, dort das Gewohnte und hier und da auch eine Beruhigung: Hey, nehmt uns nicht zu ernst. Es ist nicht mehr wie zu Zeiten des offiziellen Staatsfernsehens und der heiligen Fernsehfamilie; wir haben das Schmuddelfernsehen, wir sind gänzlich ungeniert, aber so blöd, daß wir uns zu Tode amüsieren, sind wir noch lange nicht. Bevor wir uns am Fernsehen überfressen haben, kommt immer was zum Kotzen im Programm.

Tödlich für das Fernsehen kann es unter anderem werden, wenn es als zu perfekt erscheint. Es muß sich immer auch bemühen, ein wenig liebenswert zu bleiben. Deshalb sind alle diese »Pleiten, Pech und Pannen« und die endlose Selbstreferenz nicht bloß der Schaffung eines geschlossenen Universums dienlich, man führt uns dabei auch immer wieder die »Menschlichkeit« der Macher und Repräsentanten vor Augen. Der Nachrichtensprecher muß in die Quizsendung, damit wir ihm noch glauben können. Nur jemand, der sich beim elektronischen Kinderfasching zum Affen machen kann, sagt die Wahrheit über Sarajevo.

Das Unperfekteste ist immer noch Intelligenz. Je blöder das Fernsehen ist, desto perfekter ist es. Die Intelligenz verkauft das Unperfekte des Mediums, und umgekehrt. Denken wir an Friedrich Küppersbusch, der in seiner Sendung »Zak« vom Sonntagabend eine Balance zwischen den ironischen Mundwinkeln und den melancholischen Zweifelhirnfalten hinbekommt, weil »Zak« keine wirkliche Form, keine wirkliche Dramaturgie mehr hat. Es ist Fernsehen der antimythischen Art: Das Produkt will sein Produziertsein nicht mehr verbergen, sondern stellt es im Gegenteil aus, es ist Fernsehen, das sich sendet, während es entsteht; die Person, nicht das Drama ist die Botschaft. Deshalb muß »Zak« so ein scheußliches Bühnenbild haben.

Die Bindung des »Intelligenten« an die fragmentarische und unperfekte Form, die wir vor allem aus dem mehr oder weniger pädagogisch wertvollen Kinderprogramm kennen, erscheint als seine einzige Überlebenschance. Die smarten, aber nicht überperfekten neuen Moderatoren beweisen ihre Fernsehintelligenz in Dekors, die ihre Trümmerhaftigkeit, ihr lustloses Dahingetragensein nicht mehr verbergen. Sie zeigen, daß Stil eine verlorene Illusion ist. Die neue Fernsehintelligenz vermittelt uns, daß man das Fernsehen bedienen und gleichzeitig Kritik und Aufklärung betreiben könne, daß man klug sein könne im Gemäuer der Dummheit, und daß wir das Fernsehen nicht ernst nehmen müssen und uns gleichwohl amüsieren können.

Damit ist das Fernsehen freilich endgültig in seine postmoderne Phase getreten. Die neue Sendeform scheint bewußt auf Form und Stil zu verzichten; sie wird einzig und allein durch eine Person zusammengehalten, die sich inmitten einer kulturellen Abbruchsituation präsentiert. Bleiben Sie doch noch ein Stündchen, hier wird sowieso gerade alles abgeräumt. In »Schmidteinander« gibt es ein bißchen Sketch, ein bißchen Talk, ein bißchen Spiel mit dem Publikum, ein bißchen Tanz, ein bißchen Musik, ein bißchen Kabarett in einer Art Arbeitszimmer, in dem Harald Schmidt und sein Adlatus Herbert Feuerstein an zwei Schreibtischen sitzen und wirken wie ein Paar von Schreiberlingen, dem gerade nichts Besonderes einfällt und das die kreative Pause mit ein bißchern Geblödele überbrücken will. »Schmidteinander« ist mehrfach codiert:

Auf Ebene eins wird ein ganz gewöhnliches Entertainment mit blöden Witzen und Kalauern geboten, sehr billig und manchmal gerade noch effektiv bis hin zu einer Ahnung des Spiels zwischen »weißem Clown« und dummem August oder zwischen Straight Man und, wie Jerry Lewis sagen würde, »the idiot«/»the kid«. Das entspricht auch der zeitgemäßen Komik, die nicht auf die wohlgesetzte Pointe hinauswill, sondern auf die Massakrierung einer Pointe im Angesicht der Erkenntnis, daß alle guten Witze schon gemacht sind, und auf jene Debilität zweiten Grades, die ihre Tragödie offenbart, wenn sich Helge Schneiders »Katzenklo« zum echten Schlager entwickelt, bei dem die Leute offensichtlich nicht über das

Blöde lachen, sondern nur blöde lachen, wie sie schon immer blöde gelacht haben, wenn irgendwas mit Scheiße vorkam. So unter anderem sieht das Ende der Postmoderne aus. Auch die Zuschauer in »Schmidteinander« erwarten immer wieder, auf Ebene eins bedient zu werden, so wie sie in »Maz Ab« immer wieder erwarteten, einem »echten« Prominentenquiz zuzusehen und irgendwie echte Konkurrenz zwischen den Parteien mitzuerleben – wenn nicht um die Punkte, so doch wenigstens um die Gunst des Publikums.

Auf der Ebene zwei reflektieren Moderation und Gestaltung die Schwachsinnigkeit des eigenen Textes und des eigenen Bildes. Sie parodieren Fernsehunterhaltung und setzen hinter jeden schlechten Scherz ein tatsächliches oder imaginäres: Und über so einen Quatsch lacht ihr? Und in dieser Selbstparodie sind sie wiederum so überdeutlich, daß sich das Spiel sozusagen als Echo fortsetzt: Habt ihr's noch immer nicht begriffen? Wir sind ein Paar der Metakomik. Wir machen keine Witze, das ist ja der Witz. Wir kennen diese Technik von Jacques Tati, in dessen Filmen die Komik entsteht, weil eine erwartete komische Situation *nicht* eintritt. Harald Schmidts Sendungen sind komisch, weil in ihnen nichts wirklich geschieht; eine Sendung weigert sich einfach, zu funktionieren. Die Tanzeinlagen in »Schmidteinander« von den »Hupfdolls« sind unbestimmbar zwischen Fitnessprogramm und Schwülstigkeit und haben nur einen Sinn, nämlich noch einmal ganz betont sinnlos zu sein. Ganz entsprechend sind die Talkeinlagen; wenn sich Harald Schmidt mit Franziska von Almsick unterhält, könnten wir irgendwas erwarten, Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeuitung: nichts davon! Es wird nur ein überaus lah-mes Gespräch, bei dem wir allenfalls die einstudierten Antworten der jungen Schwimmerin mit der Fähigkeit des Moderators abgleichen können, beim Abspulen der gewohnten Fragen immer leerer zu werden. Das Gespräch ist nur deshalb komisch, weil es zugleich stattfindet und nicht stattfindet. Nirwana-TV.

Aber weil auch das nicht vollständig abendfüllend ist, gibt es Ebene drei. Hier sehen wir eine Art Durchlässigkeit des Diskurses zwischen Schwachsinn und Hochkultur. Im Gegensatz zu, sagen wir, einem Moderator einer Volksmusiksendung läßt der smarte junge Moderator erkennen, daß es im »Hintergrund« vielleicht eine ganz andere Kultur gibt, die mit der Kultur des Schwachsinns, die er im Fernsehen pflegt, nicht vereinbar ist – er stellt sich damit gegen die Utopie der sozialdemokratischen Moderne, die etwa ein Hans Joachim Kulenkampff vermittelte, indem er Entertainment und »Bildung« auf irgendeine Weise miteinander zu versöhnen versprach, gegen den Versuch, Humanismus und Aufklärung zu retten, indem man sie in winzig kleine Dosen verpackte. Für den Repräsentanten des Null-Fernsehens ist klar, daß beide Bereiche nur eine bizarre Beziehung zueinander haben können. Harald Schmidt läßt gewissermaßen Elemente der Hochkultur, ein paar Namen immerhin, fallen, ohne sie wieder aufzuheben. Scherben-TV.

Auf der Ebene vier, die eigentlich »intelligent« sein soll, reflektiert die Sendung noch einmal das eigene Medium und vor allem die Beziehung zwischen Sendung und Zuschauern, die Methodik der Beeinflussung und Manipulation: der Macht. Schmidt versucht den Zuschauern immer wieder vor Augen zu führen, wie sie für blöd verkauft werden, er zeigt die Macht des Mediums noch in seinem Nicht-Funktionieren. Er zerstört die letzten Illusionen, die wir noch vom Fernsehen hatten.

Herr Feuerstein aus »Schmidteinander«, ein anderer Mastermind der Abwertung, kommt nicht zufällig aus der Chefredaktion der deutschen Ausgabe einer sehr amerikanischen und deshalb sehr universalen Zeitschrift: »Mad«. Auch der Humor von »Mad« war und ist doppelt codiert: Die beiden Pole zeigen einen wahrhaft fundamentalen reinen (und sadistischen) Humor der Körperlichkeit und Aggression (wie in »Spy versus Spy«) und einen Humor der sozialen Affirmation (Dave Bergs »The lighter side of ...«). Herbert Feuerstein versuchte gelegentlich mit mehr oder weniger Erfolg, dem Blatt so etwas wie deutsche kabarettistische Fußnoten zu verleihen, deren Fortsetzung wir in »Schmidteinander« bewundern können. Beides kommt zusammen, wenn Schmidt, der in jeder Sendung idiotische Pressenachrichten präsentiert und das Zeitungspapier zusammengeknüllt wegwirft, worauf ein blechernes Scheppern ertönt, auf den angeblichen Brief einer Zuschauerin antwortet, die wissen möchte, warum es bei ihr nie so ein Geräusch gibt: Wir sehen Feuerstein, wie er bei jedem Wurf zerknüllten Papiers mit dem Hammer seine eigene Brille zer-schlägt: pures »Mad«,Fundamentaldebilie. Wieder ist eine doppelte Abwertung das Ziel, der Gegenstand und zugleich die Methode seiner Beschreibung. Eine Kampagne, die Möllemann zum Bundespräsidenten erheben will, erklärt die Wirklichkeit zum Witz und kapituliert zugleich vor ihr. Die Strategie dieser Humorigkeit ist möglicherweise so etwas wie ein affirmativer Desillusionismus. Die leere Satire kann jedoch am Ende nur noch etwas über ihr Medium aussagen: Der Witz an Harald Schmidts Kolumnen in »Focus« besteht ausschließlich darin, daß sie tatsächlich gedruckt werden und daß wir dazu jedesmal ein anderes Grinsegesicht des anmaßenden Herrn Überall bekommen; der Witz an »Schmidteinander« ist, daß das Zeug wirklich gesendet wird.

Die Anmaßung war bis vor kurzem die eigentlich letzte Kraft der Fernsehintelligenz; Harpe Kerkeling etwa präsentierte sie mit Verve, wenn er in seiner beglückend nervtötenden Art seine Mitropa-Geräte andiente und einem bildungsbürgerlichen Publikum mit seinem »Hurz«-Gesang einen Augenblick der Wahrheit bescherte. Aber solche Anmaßungen sind schnell verbraucht, wie sich zeigt, und der neue Null-Moderator hat dieses Drama der Fernsehkinder bereits internalisiert; Harald Schmidt wirkt wie jemand, der weder Karriere machen will noch für Aufsehen sorgt; in ihm fällt der Klassenclown und der Primus in einer Person zusammen.

Warum aber hat Harald Schmidt so seine »Gemeinde«? Eine Gemeinde setzt so etwas wie ein geschlossenes Weltbild voraus, ein Geheimwissen und eine Geheimsprache. Es ist die Gemeinde derer, die Fernsehen blöd finden und trotzdem gucken, oder, allgemeiner, die Gemeinde derer, die den Kapitalismus für beschissen halten, denen aber keine Alternative einfallen will. »Schmidteinander« ist laut seiner Macher »die Sendung für alle, die gern mal abschalten würden, aber den Knopf nicht finden«.

Die noch moderne Kritikerin, wie etwa Barbara Sichtermann in der »Zeit«, verteidigt die Blödelschau gegen ihren blöden Zuschauer, der »über eine Blödelschau das Verdikt ›blöd‹ verhängt – woraus man ersieht, daß so eine Show, die ja nicht ins Geistreiche ausweichen darf, stets Gefahr läuft, mit dem identifiziert zu werden, worüber sie sich lustig macht«. Die Gefahr ist indes durchaus kalkuliert; der Witz funktioniert überhaupt nur, wenn sich derjenige Zuschauer, der die Metaebene dieses Humors kapiert, auch über einen Zuschauer amüsieren kann, der sie nicht versteht. Damit aber trägt die Sendung eben nicht nur zur Entwertung des Mediums bei, sondern mehr noch zu seiner kalkulierten Differenzierung. Am Ende steht nicht der Zuschauer, der sich über die Dummheit des Mediums und seiner Zuschauer amüsiert, sondern der Zuschauer, der unter dem Zugriff des postmodernen Entertainers lustvoll und debil seine Bewußtseinsspaltung zelebriert.

Wenn Herbert Feuerstein erklärt, er sei nicht einmal sicher, ob Harald Schmidt überhaupt existiert, könnten wir ihn beruhigen, der Mann ist mindestens so authentisch wie Alfred E. Neumann. Er ist eine Ikone des Nichts, die an allen Ecken und Enden auftaucht (und der blödeste seiner Witze war, sich das 70er-Jahre-Karriere-Wallehaar abzuschneiden). Nicht nur, daß er eine ganze Reihe von Sendungen macht, »Verstehen Sie Spaß«, »Pssst ...« und »Schmidteinander«, früher »Maz Ab« und anderes, die alle, abgestuft, nach dem mehr oder weniger gleichen Rezept der Diminuierung funktionieren; nicht nur, daß er in allen erdenklichen anderen Shows in einer Einlage auftritt, der ganz die Peinlichkeit der gewöhnlichen selbstreferentiellen Gastauftritte im Fernsehen fehlt, weil diese Peinlichkeit ihr Thema ist, er ist zugleich Kolumnist, Autor, gern herumgereichter Interviewpartner: Kein Forum ist zu edel oder zu trivial, um nicht mit den Schmidtschen Metascherzen bedient zu werden.

Deren Wesen ist das Serielle ihrer Produktion. »Loddarmaddäus« zu sagen und zu schreiben, ist nicht besonders komisch, es aber immer wieder zu sagen und immer wieder zu schreiben, ist zumindest komisch unverschämt. Eine ziemlich gelungene Parodie eines deutschen Rennfahrers wird bei Schmidt vor allem komisch, weil sie immer wiederholt wird, ohne Zusammenhang und ohne Vorbereitung. Komisch an »Schmidteinander« ist auch, daß den beiden oft nichts Besonderes einfällt und daß wir nie wissen, ob etwas geschrieben oder improvisiert ist. Ganz gelegentlich lappt diese serielle Massakrierung der Pointe wieder ins Poetische, etwa in der Figur des Mannes, der in jeder Sendung einen Kleiderständer durchs Studio trägt. Nur so.

Diese Deeskalation des Fernsehens in der Metasendung ist freilich nur zu verstehen als andere Seite der ungeheuren Aufrüstung, wie sie, sagen wir, in der »100.000 Mark Show« betrieben wird, nicht umsonst moderiert von jener Ulla Kock, die in »Verzeih mir« die Menschen zur Selbstentäußerung getrieben hatte und in ihrem neuesten Unternehmen wahrhaft gnadenlos die blanke Gier ihrer Kandidaten ausstellt, das Spiel mit unserer Vorstellung, daß »die Leute« für Geld einfach alles machen und mit sich machen lassen. Während Frau Kock die Show zur rauhen Wirklichkeit der arbeitslosen Gesellschaft macht, liefert Harald Schmidt die Show für den Untergang der Intelligenz, und er sieht dabei, sozusagen sado-masochistisch, diesem Untergang von beiden Seiten zu, weshalb man ihn auch auf allen Seiten gut finden kann, von der neufaschistischen »Jungen Freiheit« bis zur »Zeit«; nur die Zeitgeistler von »Tempo« werden ungewohnt kritisch. Sie halten Harald Schmidt für einen, der immer am Vorabend zu viel getrunken hat und wollen ihn partout wörtlich nehmen.

Schmidts einfache Philosophie ist: »Ich mache über alles Witze«, und damit trifft er vermutlich exakt den Nerv am Ende der Kohl-Ära, an dem es keinen Sinn mehr darin gibt, den Witz als konkrete soziale Geste, als bescheidenen Akt des Widerstands einzusetzen. Er durchschreitet grinsend alle Niederungen des Entertainments, tritt als Toilettenfrau auf, macht bewußt »frauenfeindliche« Witze, ist politisch nicht korrekt. Aber wie der Metawitz auch wieder funktionieren kann, zeigen jene Szenen, in denen Schmidt das Schönreden, das Entwirklichen seines Mediums imitiert, etwa wenn er zu den Bildern aus einem Bierzelt, in denen die Menschen sturzbesoffen aus den Latschen kippen, meint: »Bombenstimmung. Nicht vom Alkohol abhängig. Die Menschen sind einfach gut drauf.« Oder wenn er einem Ausländer, der gerade ein paar Brocken mehr oder weniger unverständliches Deutsch herausbringt, bestätigt, wie gut er Deutsch spreche. Darin steckt besonders deutlich die bizarre Mehrfachcodierung solcher Witze: Der Fascho kann darüber genauso lachen wie der selbstkritische Gutmensch, wir können mit dem Fernsehen und seiner Macht lachen oder über sie. Harald Schmidt verspricht seinem Publikum, es vor dem Humor sowohl von »Bild« als auch von »Titanic« zu bewahren. Wenn aber alle Witze, die dazwischen möglich sind, schon gemacht wurden, bleibt nur die Umkehrung der Lachrichtung: Der Witz lacht über seine Konsumenten.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 4/94 über einen Werbeclip der Treuhandanstalt

Konkret 05/94, S. 56

Dietmar Dath

Cyber-Blindheit

Ist William Gibsons »Virtuelles Licht«, der neue Roman des »Vaters des Cyberpunk«, das Ende von Cyberpunk oder ein didaktisches Korrekturunternehmen?

Virtuelles Licht wird es schwer haben. Wer interessiert sich schon dafür, was William Gibson heute so alles denkt, weiß und beobachtet, ein Mann, der wohl in die Kulturgeschichte eingehen wird als der, dem wir die glattesten (Dank sei ihm) und zugänglichsten Apologien der Cyberpunk-Kultur verdanken?

Wer soll sich dafür interessieren, wo doch diese Kultur im Moment einen Wandel erlebt, der sie erstens von ihrem hilflosen Suffix »-punk« befreit, zweitens gerade dadurch zu Geschichte und Altertum werden läßt, daß sie nunmehr als sogenannte zukunftsweisende »Cyberkultur« nicht mehr nur in den Nachrichten auftaucht? Warum soll man ein Buch lesen, in dem doch nur stehen kann, daß da ein Bankert in die Welt gesetzt wurde, der wieder mal bekommen wird, was lebendiger Kultur eben zusteht: viele Junge, einen ganzen Wurf, nichts als Kultur und Kunst und erfüllte Wünsche, an denen doch nicht das Erfüllbare das Gute war, sondern das Wünschbare? Die Antwort auf alle diese Fragen: Ein Einführungskurs in CD-Rom ist sicher keine vertane Zeit. Aber der neue Gibson ist es auch nicht, denn überraschenderweise kann man sich über den sogar ärgern, wenn man muß.

Gibson war nie ein Problem. *Neuromancer* ließ sich verhältnismäßig kühlen Kopfs runterlesen. *Mona Lisa Overdrive* sowieso. *Count Zero* erst recht. Und die Kurzgeschichten in *Burning Chrome* waren das städtebaulich, infrastrukturell und verkehrspsychologisch Richtige für kürzere Fahrten mit U- und S-Bahn. *Virtual Light* dagegen, die neue Epopöe, will offensichtlich gelesen werden als, wie es ehedem bei Humoristen hieß, »ein Buch wie ein Roman«.

Solche Unternehmungen ziehen seit alters her auch jede Menge Fliegen an, und da wundert es schon gar nicht mehr, wenn im »Spiegel« Nr. 2/94 unter der drolligen Headline »Cyberland ist abgebrannt« der Versuch gemacht wird, Gibson für »Spiegel«-typische Flapsigkeit plus Enttäuschungs- und Krisenrhetorik zu kooptieren, als wäre das, was Gibson jetzt Säuerliches über Cyberpunk sagt, wirklich ein Bruch mit dieser Kultur. In Wirklichkeit ist Gibsons Intervention ein didaktisches Korrekturunternehmen. Allerdings kriegen sie ihn so nicht, da können sie herumpersonalisieren, soviel sie wollen, denn erratisch droht das Werk. Es geht um Fahrräder, Bürger in Uniform, das Gesetz des Handelns, die große Stadt, den Alten Menschen, die Wahre Science Fiction und die Ganz Schwarze Brille.

William Gibson hat sich bei Freunden einen Stapel Ausgaben einer San Franciscoer Fahrradbotenzeitung ausgeliehen. Aus seinem Schädel sprang die Hauptfigur Chevette Washington. Chevette ist Fahrradbotin im San Francisco des Jahres 2005, eine junge Frau, die so aussieht, wie schon heute junge Frauen in MTVs »Party Zone« oder im »Omen« zu Frankfurt am Main aussehen dürfen. Ihr einziger gröberer Charakterfehler ist der, daß sie sich keine Gedanken über die informationstheoretische Bedeutung ihres Berufs in einem Zeitalter gemacht hat, in dem Daten nur noch in den sensiblen Momenten angegriffen werden können, wenn sie mal physische Gestalt annehmen und also Träger und Kuriere brauchen. Gedankenlos läßt sie sich bei einem ihrer Botengänge von jemandem auf eine Party ziehen, wo sie eine Sonnenbrille klaut, die leider jemand sehr Mächtigem gehört. Jemand, der Chevette ab jetzt jagt.

Berry Rydell, den der Klappentext der deutschen Ausgabe unverständlicherweise für die Haupt-Hauptfigur zu halten scheint, ist ehemaliger Polizist aus Knoxville, ehemaliger Angestellter der privaten Sicherheitsarmee IntenSecure und in San Francisco zunächst als Fahrer für zwei Schnüffler angestellt, die das von Chevette gestohlene Gut, in Wirklichkeit eine Datenbrille mit hochbrisantem sozialplanerischem Material, also politische heiße Ware, wiederbeschaffen sollen. Die Detektive arbeiten mit zwei Beamten der San Franciscoer Mordkommission zusammen, denn der Mann, den Chevette bestohlen hat und der nicht Eigentümer der Brille, sondern selbst eine Art Kurier war, ist nicht nur bestohlen, sondern auch ermordet worden. Als die Detektive Chevette erwischen, wird sie von Rydell befreit und flieht mit ihm – die nachträgliche Rationalisierung, die Rydell uns von Gibson bestellen läßt, lautet, Rydell habe die Art nicht gepaßt, wie die Bullen Chevette behandelten. Tatsächlich handelt es sich um einen für Genreliteratur typischen konstruierten Impuls: Rydell rettet Chevette einfach deswegen, damit das Buch weitergehen kann. Es ehrt Gibson allerdings, daß er um solche konstruierten Impulse herum diesmal eine ganze Theorie des Handelns spinnt, die dafür, daß er zum Markenzeichen für ein ganzes Genre wurde, in dem doch bessere Bücher als seine vorgekommen sind (die von John Shirley zum Beispiel), endlich die Rechtfertigung liefert: Gibson hat immer schon am machtvollsten geahnt, was eigentlich mit den Menschen passiert in der von ihm und seinen Kollegen entworfenen Welt; er hat es bisher nur noch nicht gesagt, weil er noch zuviel über Menschen und die Geschichten, die sie hören wollen, wußte, und noch zu wenig über die Welt.

In den Momenten, in denen gehandelt wird, gibt es bei Gibson einerseits Platitüden und Klischees, andererseits einen wahren, heiligen, glückhaften und wirklich präzis beobachteten Subjektivismus, der weder Psychologismus ist noch Voluntarismus. Seine Figuren haben, getreu ihrer Verwickeltheit in Überschneidungen von virtueller und sozialer (also mehrfach virtueller) Welt, weder Seele noch Willen, aber gerade deshalb eine Geschichte: *In dem Moment, als er mit*

Gunhead durch Schonbrunns verschlossenes und gepanzertes Tor im Benedict Canyon gefahren war, hatte Rydell ganz kurz etwas sehr Erhabenes, sehr Reines und fast klinisch Leeres wahrgenommen: das Handeln an sich, das Nicht-Denken; diese sonderbare adrenalingespeiste Hochstimmung und das Verschwinden jedes unangenehmeren Aspekts des Ich.

Solche Äußerungen machen das Denken der besseren unter den Cyberfaslern wichtig, denn sie widersprechen damit dem New-Age- und Post-New-Age-Unsinn der schönen Ichlosigkeit in der Passivität und vertreten statt dessen, wenn es so etwas gibt, eine »bessere Leere«, dieselbe Leere, vor der sich alle fürchten, die an den neuen Medien vor allem beklagen, die Leute würden/seien so passiv davon/davor. Gibson hat, mehr als verwandte, besser schreibende, klarer denkende Autoren wie Shirley, ein Gefühl für die Qualität der Leere, das Licht der Blindheit, und er widersteht bis auf wenige Passagen des Buches dem verständlichen und sympathischen Drang, diese Leere wieder mit anderem, etwa Politik, zu füllen (wie es abermals John Shirley so titanenhaft über mehr als tausend Seiten in *Eclipse* getan hat).

Gibson weiß, was die Leere von uns will, er begrüßt sie, weil er sie beim Handeln beobachtet hat: *Die Musik, ein schräges, hohles Technozeug, das sich anhörte, als ob Bomben in Echokammern hochgingen, begann, einen anderen Sinn zu ergeben.*

Plötzlich ist die Leere nötig.

Die große Brücke, bekannt aus dem Vorspann von »Die Straßen von San Francisco«, ist in Gibsons San Francisco bewohnt. Nach einem Erdbeben konnte sie nicht mehr als Verkehrsweg benutzt werden, und man ersetzte sie durch Tunnels. Eines Tages eroberten Obdachlose die Brücke und schufen dort eine zerfranste, unüberschaubare, sich nach außen nicht erklärende Community, die alle ihre wichtigen Belange selbst reguliert und Straßenhandel treibt. Gibson, der für die Schilderung der Masterpläne der Urbanitätsstrategen sorgfältige Studien getrieben hat (das von ihm benutzte Buch *City of Quartz* von Mike Davis ist das Standardwerk, in Deutschland erhältlich manchmal in Kunstbuchhandlungen und lustigerweise im Buchversand der Musikzeitschrift »Spex«), ist hier der politischen Dimension seiner Handlungsspekulationen schon sehr nahe. Wenn viele Leute etwas tun, was sie nach außen nicht erklären, erscheint da, wo sonst Motive sind, für Soziologen tatsächlich die Gibsonsche virtuelle Leere. Solches Gruppenverhalten hat es in den letzten Jahren vor allem in Kulturen gegeben, die mit Musik und Spaßhaben verbunden sind, wie Acid-Raves und Technoparties in Hangars und Industrieanlagen. Ein entferntes Echo der einst sogenannten »Häuserkämpfe« schwingt wohl auch mit, wenn Gibson einen Veteranen der Brückenbesetzungsnacht erzählen läßt: *Ein Scheiß geschieht. In dieser Nacht hat sich's einfach so ergeben. Keine Zeichen, kein Führer, keine Architekten. Du denkst, es war was Politisches. Aber dieser Tanz ist vorbei, mein Junge... Das scheint dir nicht in den Kopf zu gehen, was? Die Brücke war zum Beispiel da, aber ich sage nicht, sie hätte gewartet. Kapierst du den Unterschied?*

Der Unterschied ist der, den man in quasi-soziologischer Beschreibung schon einmal von Diedrich Diederichsen als den zwischen Protest und Dissidenz erklärt bekommen konnte. Und da ist es dann wohl nur Zufall, daß die Kneipe auf der Brücke, in der Chevette verhaftet wird, »Kognitive Dissidenten« heißt. Sehr zum Lachen ist die Stelle, wo Gibson eine Religion vorstellt, die daran glaubt, daß Gott im Fernsehen existiert und die ihren Anhängern die Benutzung von Cyberspace und Virtual-Reality-Material verbietet, weil das erstens Teufelszeug sei und zweitens der Erweckungsprediger von Gott die Offenbarung erhalten habe, daß die Menschen durch zuviel Gecyber nur vom Fernsehen abgelenkt würden.

Alle Science Fiction, immer schon, in jedem einzelnen Fall, hat jede gerade aktuelle Science, ob Weltraumfahrt, Gentech, Informationswissenschaft oder Relativitätstheorie, dazu benutzt, vor sich selbst ihre heimliche Liebe zu verbergen: ihre Liebe zu der einen und einzigen Wissenschaft, der sie nahekommen will in ihrer Beschreibung von neuen technischen Bedingungen für Menschenleben, der Gesellschaftswissenschaft.

Bis zum Einzug der Medienwissenschaften in die SF, der mit Gibson und seiner Generation vollzogen wurde, gab es nur Einzelfälle, in denen das deutlich wurde, manches von Dick, einiges von Brunner, und Michael Moorcock beispielsweise mußte erst Dutzende von SF- und sogar Fantasyromanen schreiben, bevor er endlich seine Faszination englischer 19.- und 20.-Jahrhundert-Urbanität in einen Roman gießen konnte, der ihm dann Anfang der 90er ernstgemeinte Vergleiche mit James Joyce in den seriösen Feuilletons einbrachte (*Mother London*). Gibsons »Nebenfiguren« in *Virtuelles Licht*, der japanische Soziologiestudent Yamasaki, mit dessen Perspektive das Buch schließt, und der »Zeitzeuge« Skinner, ein soziologisches Labormeerschweinchen, illustrieren die Latenz aller SF, die Möglichkeit, zu beobachten und zu beschreiben, was andere nicht beobachten können (hier: Zukunft, Leere in neuem Sozialem). Aber noch bleibt, in dieser Prosa, die Unfähigkeit zur Erfassung von Latenz selber latent, jetzt müßte (wird Gibson das versuchen?) auch dies, und gerade dies, beobachtet werden. In der Kurzgeschichte »The Unfolding«, die John Shirley zusammen mit Bruce Sterling, einem weiteren hochkarätigen Gibson-Kollegen, geschrieben hat, geht es bereits zaghaft um solche nie gesehenen Dinge, um the machine DNA, which only he could see.

Virtuelles Licht geht gut aus. Am Rande erfährt man noch einiges über Seuchen aller Art, und da rückt Gibson mit seiner Prognostik leider manchmal in die Nähe von Ansichten, die an die Wahnideen der Anhänger von Lyndon LaRouche erinnern: Die Überbevölkerung, die Monokultur Mensch müsse schon allein aus mathematischen Gründen anfällig sein für

»Pandemien« wie Aids. Ein schales Wortspiel mit Pandemien und Panik reißt das auch nicht raus. Großartig ist jedenfalls die schwarze Brille mit dem Licht, das direkt auf den Sehnerv wirkt, und der Titel des Romans, dieser wunderschöne Titel: *Virtuelles Licht*. Ganz bestimmt der wohlklingendste Buchtitel seit *Salz auf unserer Haut*, *Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins* oder *Die Liebe in den Zeiten der Cholera*.

William Gibson: Virtuelles Licht. *Rogner & Bernhard bei 2001, 328 Seiten, 29 Mark. Mike Davis'* City of Quartz *erscheint voraussichtlich im Herbst 1994 auf deutsch im Verlag Schwarze Risse/Rote Straße*

Dietmar Dath schrieb in KONKRET 10/93 über Michael Jackson

Konkret 05/94, S. 58

Petra Bail, Stefan Ripplinger

Ist es einfach, Althusser zu sein?

War Louis Althusser deshalb ein bedeutender und innovativer kommunistischer Philosoph, weil er eine ausgesprochen schwere Kindheit hatte? Zwei autobiographische Texte des französischen Marxisten geben zu Spekulationen Anlaß

»Il faut croire
Que c'est la société
Qui m'a definitivement ab^imé.«
Brigitte Bardot / Serge Gainsbourg, »Bonnie & Clyde«

»Ein Brief erreicht immer seinen Adressaten«, behauptete Jacques Lacan, der Psychoanalytiker. Louis Althusser, der materialistische Philosoph, hielt dagegen: »Es kommt vor, daß ein Brief seinen Adressaten nicht erreicht.« Einen dieser verlorenen Briefe schrieb Althusser selbst. Es ist sein letzter Text, *Die Zukunft hat Zeit*, den er in erster Linie an Hélène Legotien-Rytmann richtete, seine Frau, welche er fünf Jahre zuvor erwürgt hatte.

Konnte Lacan mit seiner Briefmetapher auf das intime Verhältnis zwischen Analysand und Analytiker vertrauen, in dem »schlechterdings jede unbewußte, ans Unbewußte des anderen gerichtete Botschaft ihn folglich auch zwangsläufig erreicht«, so geht Althussers letzte Botschaft ins Leere. Nicht nur hat er den einen Adressaten, die geliebte Hélène, vernichtet, auch fehlt jeglicher Austausch mit einer Öffentlichkeit, die ihn einst feierte und nun jede seiner Aussagen in einen Vorwurf gegen seine »anti-humanistische« Philosophie verkehrt.

Noch einen weiteren Adressaten, den Schreibenden selbst, verfehlt das Geschriebene: Er versucht in peinigender Arbeit, seine Vergangenheit aufzurollen, doch nur, um sie damit gleichzeitig aufzuheben. »Und jetzt, wo ich dem Publikum, das darauf brennt, dieses sehr persönliche Buch anvertraue, geschieht das, ... um endgültig in die Anonymität einzutreten, nicht mehr die des Grabsteins der Haftverschonung, sondern in die Veröffentlichung alles dessen, was man von mir wissen kann...«

Indem der Autobiograph, alles preisgebend, sich selbst und seine Geschichte auslöschen will, nimmt er erneut eine Lektion seiner Kindheit durch. Seine Mutter benannte ihren Erstgeborenen nach ihrem gefallenen Bräutigam, Bruder ihres Gatten, nach dem einzigen Mann, den sie je geliebt hat. Louis war immer »lui«, er, ihr abwesender Geliebter, der »in den Lüften über Verdun als Beobachter in einem Flugzeug den Tod gefunden hatte«. Lacan zum Trotz ist es nicht der *Nom-du-père*, der die symbolische Gewalt der Familie über das Kind besiegelt, sondern Mutters Name für »ihn«. Seine Kindheit empfindet Althusser als die eines lebendig Toten.

Für den alten Louis, der auf die Geschichte einer verweigerten Liebe und einer geliehenen Identität zurückblickt, zieht der eigene Name noch andere Vorstellungen an: Das spitze »i«, mit dem er schließt, ruft schmerzhaft jenen Pfahl aus den kindlichen Alpträumen in Erinnerung, auf den namenlose Opfer aufgespießt werden, und zweifellos »sagte (der Name Louis) auch, und zwar an meiner Stelle, etwas zu deutlich ja (›oui‹) und ich empörte mich gegen dieses ›Ja‹, das das ›Ja‹ zum Wunsch meiner Mutter war, nicht zu meinem eigenen«.

Der Anonymität des Jasagers, des namenlosen Gepfählten setzt Althusser eine gute Anonymität entgegen: die kommunistische Gemeinschaft. Sie wird durch seinen Wunschnamen symbolisiert, Jacques – mit Anklang an »jacquerie«, Bauernaufstand, an jene »*jacqueries*-Aktionen, die aus dem Mittelalter stammen und sogar die kommunistische Partei in Verwirrung stürzen«. Der Zischlaut »J« stehe außerdem für einen Strahl Sperma, für die ihm versagte Sexualität, »ques« sei »queue«, der Schwanz.

Ob Althusser die nächstliegende Laut-Assoziation zu »Jacques« übersehen hat – »chaque« (jeder)? Oder zeugt solches Aussparen nicht von einem unbezähmbaren Wunsch? Ist nicht der Name, den er begehrt, der Name »jeder«, der nicht bezeichnende Name, der Nicht-Name, die Namenlosigkeit? An anderer Stelle hält er fest: »In der Anonymität verschwinden, meine einzige Wahrheit: sie ist es immer geblieben und ist es noch heute, trotz und gegen meine Bekanntheit, unter der ich schrecklich leide.«

Althussers letzter Brief, seine Botschaft, die uns als Fremde, Nicht-Gemeinte erreicht, sagt, daß die Entstehung des theoretischen Werks nicht von den wahnhaften Phasen seines Lebens zu trennen ist. Er bekennt das in der Hoffnung, auch sein schmales Werk mit sich ins Nichts zu reißen. Und doch läßt sich seinen politischen und philosophischen Schriften, was die Klarheit betrifft, unter denen der Zeitgenossen wenig Ebenbürtiges gegenüberstellen. Was er sa-gen kann, sagt er deutlich, ungetrübt vom Wahn, entschlackt vom sentimentalen Desideratum. Stets wahrt er Distanz. Dem Bild des idealen Zusammenlebens, das er in *Die Zukunft hat Zeit* pathetisch entwirft, hat er in seinen politischen Pamphleten eine präzise Bedeutung gegeben: die des demokratischen Zentralismus, der Demokratie im leninschen Sinn.

Auch zwischen seinen Skizzen zur ideologischen Reproduktion des Kapitalismus in Familie, Schule usf. und dem, was er zuletzt über sein Leben mitteilte, zeigen sich Parallelen; wie eine mathematische Formalisierung nimmt sich die philosophische Abstraktion neben den Bildern des Lebens aus. Immerhin stellt er es dem Leser anheim, die »Macht bestimmter gewaltsamer Gebilde über mein Leben nach ihren Wirkungen (zu beurteilen), die ich früher *Appareils idéologiques d'État* (Ideologische Staatsapparate) genannt habe« – beginnend mit der grundlegenden Institution Familie.

Kirche, Partei, Universität, Analyse, ja selbst noch die unfreiwillige Gemeinschaft des Gefangenenlagers sind für Althusser »Kokons«, in die er sich einspinnen kann, gleichzeitig aber Gegenentwürfe zu der totalen Institution Familie. Ihr entronnen, empfindet er noch das Lager als Befreiung: »In der Kriegsgefangenschaft hatte ich... mit reifen, zumindest zu ihrem eigenen Besten aus der Familie entlassenen Menschen (zu schaffen), reif, weil erwachsen und frei geworden.«

Die Institution stellt den einzelnen vor die Aufgabe, die Althusser später als die zentrale Problematik der Philosophie begreift, »herauszubekommen, wie man aus einem Kreis herausfindet, wenn man dabei gleichzeitig drinbleibt«. Entscheidend ist, ob die Möglichkeit des Überschreitens offengehalten werden kann. Im Lager genügt es ihm, den perfekten Fluchtplan zu schmieden, zu wissen, daß er gelingen kann – er verzichtet darauf, ihn auszuführen. Ebenso gehe es nicht darum, den »Ideologischen Staatsapparaten« zu entfliehen – sofern das überhaupt möglich wäre, solange man sich im Austausch mit anderen befindet. Um den Zwang der Apparate zu brechen, ist es nötig, ihnen gegenüber eine Position einzunehmen, und das heißt für Althusser, innerhalb des Klassenkampfs seine Rolle zu finden.

Ohne jede Skrupel charakterisiert er seine Tätigkeit für eine katholische Studentenorganisation als erste politische Arbeit, die ihn mit machiavellistischen Prinzipien vertraut machte. Machiavelli ist für ihn der Theoretiker des Handelns, des Klassenkampfs. Schon vor der Bekanntschaft mit Hélène, der aktiven Kommunistin und Widerstandskämpferin, hatte er sich für den Übertritt in die Partei entschieden.

Die Partei stellte ihn schon bald auf die Probe. Hélène, 1931 der KPF beigetreten, hatte im Jahr 1939 den Kontakt zu ihr verloren, dennoch in der Résistance weitergekämpft. Ein Ränkespiel, an dem offenbar Aragon maßgeblich beteiligt war, führte nach dem Krieg zum definitiven Parteiausschluß Hélènes. Das eine Woche währende Tribunal über sie erschien Althusser als ein »Moskauer Prozeß mitten in Paris«. Er beugte sich zwar der Entscheidung der Mehrheit, ließ sich aber nicht von Hélène isolieren.

Die genauen Umstände dieses doch für beide lebensentscheidenden Prozesses liegen weiterhin im dunkeln. Was zur Biographie des Paares vorliegt, handelt den Prozeß unzulänglich ab. Bekannt ist, daß Hélènes einflußreicher Freundeskreis ihr im entscheidenden Moment die Unterstützung verweigert. Paul Eluard speist Althusser mit den Worten ab: »Ich kenne sie doch; immer muß man ihr helfen!« Althusser hilft ihr. Er, selbst schutzbedürftig, rettet sich, indem er Hélène rettet. Von nun an sind sie in einem symbiotischen Verhältnis aneinandergekettet: er verteidigt sie, sie verteidigt ihn gegen alle zum Teil heftigen äußeren Anfeindungen.

Eine höchst fragile Konstruktion. Nach der ersten gemeinsamen Nacht mit Hélène flüchtet Althusser, von der körperlichen Nähe verstört, in eine schwere Depression, die einen Klinikaufenthalt notwendig macht. Depression, Klinik – neue Kokons für ihn. Während er mit Elektroschocks traktiert wird, reist sie alleine nach England, um die in dieser Nacht empfangene Schwangerschaft abzubrechen. Althusser schottet sich in seiner Krankheit ab, Hélène, geängstigt, bleibt alleine. Eine Situation, die sich in den kommenden Jahrzehnten stets wiederholen wird und die sich immer weiter verschärft. Während eines längeren Krankenhausaufenthalts Althussers im Jahr 1980 wird Hélène von so quälender Angst übermannt, daß sie nach seiner Heimkehr droht, ihn auf die eine oder andere Weise zu verlassen, ohne fähig zu sein, diese Drohung wahr zu machen. Der immer unerträglicher werdende Zustand kulminiert schließlich im Mord, den Althusser in einer geistigen Absenz begeht.

Eine andere Trennung war längst unmöglich geworden, so ineinander verzahnt sind beider Persönlichkeiten. Litt Louis Althusser, den Namen eines fremden Toten tragend, unter einem Gefühl der Nichtanwesenheit, stand Hélène Rytmann unter dem Zwang einer sie überallhin verfolgenden Anwesenheit – der ihrer schrecklichen Mutter, die ihr Kind gehaßt hatte und der Hélène ähnlich zu sein fürchtete. Im Gegensatz zu ihm trug Hélène seit den Résistance-Tagen einen selbst erworbenen Namen, ihren nom de guerre »Legotien«.

Hélène Legotien-Rytmann, 1910 geboren, stammte aus einer jüdischen Familie, die vor den Pogromen in Rußland nach Frankreich geflüchtet war. Sie studierte Literatur und Geschichte, fand früh Zugang zur Pariser Intelligenz und war von 1934 bis 1938 Assistentin von Jean Renoir; nach dem Krieg ging sie unterschiedlichen Tätigkeiten nach, u.a. arbeitete sie als Soziologin bei der Sedes. Ihr Résistance-Roman *Passé Simple* wurde von Camus, damals Lektor bei Gallimard, verworfen. Das Thema, zu Beginn des Textes gut verarbeitet, entgleite ihr im weiteren, es mangle ihr an Objektivität; dem Buch fehlten außerdem »zwei oder drei Momente des Wunderbaren, ein gut Teil Unwissenheit, ich meine das Allzumenschliche, Unberechenbare jeglicher Existenz«. An Unwissenheit ließ sie es offenbar ebenso fehlen wie an Konzilianz; anders wäre der große Haß, den sie in ihrem Leben auf sich gezogen hat, nicht zu erklären. Das Manuskript von *Passé Simple* gilt heute als verschollen.

Aus der Partei ausgetreten, blieb Hélène Legotien Kommunistin und in der Gewerkschaft aktiv, damit jener Kraft nahe, an die sie bis zum Schluß geglaubt hat: der Arbeiterbewegung. Erst 1975 heiratete sie Althusser.

Bei Althussers Balanceakt zwischen Theorie und Praxis blieb Hélène Legotien immer das Korrektiv zur Praxis und zur Aktion hin. Sie war es auch gewesen, die dem Körperlosen, für den es »das Ärgerliche ist, daß es Körper gibt, und, schlimmer noch, Geschlechter«, einen Körper gegeben hatte, sie war seine erste Geliebte, die Frau, die ihn in mehr als einer Beziehung lehrte, was Materialismus bedeutet.

Materialismus, rekapituliert der einsame Althusser 1985, heißt, »sich keine Geschichten zu erzählen«. Durch den Parteiausschluß Hélènes der Härte stalinistischer Praktiken gewahr, zog er nach dem XX. Parteitag der KPdSU dennoch ganz andere Lehren aus der Stalin-Epoche als die übrigen Theoretiker der Partei. Deren Vorschlag, zu den humanistischen Fundamenten des Marxismus zurückzugehen, weist Althusser unter Berufung auf den reifen Marx des *Kapital* zurück. Er will nicht die Verwässerung des von Stalin verdorbenen Marxismus, sondern dessen Restitution in der radikalsten Form.

Mit seinem »theoretischen Anti-Humanismus« setzte er sich harscher Kritik aus, denn auch die KPF nutzte die Gunst der Stunde zu einer Sozialdemokratisierung ihrer Prinzipien. Für Althusser bleibt der Humanismus eine bürgerliche Attitüde. Er ist die Sondermoral des Bürgers, eine sichere Methode, humane Verhältnisse zu verhindern. Er suggeriert einen Menschen freien Willens, der Herr seiner Handlungen sein kann und verschleiert so die tatsächlichen Gegebenheiten des neuesten Kapitalismus, in dem die Determiniertheit jeden Denkens und Handelns vorher nicht erreichte Ausmaße annimmt. Damit gewährleistet der Humanismus als Ideologie das Fortbestehen der Ausbeutung. Der Mensch, den er verheißt, bleibt ein uneinlösbares Ideal, und die Formen, welche dieses Ideal umkleiden, Individualität und Subjektfunktion, sind die sklavischsten. In ihnen fallen Unterwerfung und Blindheit zusammen. Die Rückkehr zum Humanismus – zur großen »Ich-Erzählung« – als Alternative zur »Ideologie« auszugeben, ist ideologisch, unfrei. Das Bewußtsein darüber scheint zu erlöschen.

Seit seinem frühen Aufsatz »Über den jungen Marx« insistierte Althusser auf dem »epistemologischen Einschnitt« zwischen dem frühen, von Feuerbachs Anthropologismus beeinflußten Marx und dem Autor des *Kapital*, der von konkreten Individuen abstrahiert und sie »theoretisch als bloße ›Träger‹ von Verhältnissen« behandelt. Mit Marx erklärt er: »Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen« und: »Meine analytische Methode geht nicht von dem Menschen, sondern von der ökonomisch gegebenen Gesellschaft aus.«

Diese philosophische Konzeption, die im Konkreten die Resultante vieler (sozialer) Vektoren sieht, rückte ihn in eine verführerische Nähe zum in den Sechzigern aufblühenden Strukturalismus. Der Strukturalismus, schreibt er später, sei ihm wie »ein junger Welpe« zwischen den Beinen hindurchgehuscht. Althusser läßt sich mitreißen. In einer seiner hypomanischen Phasen schreibt er kurz nacheinander, zum Teil in Zusammenarbeit mit Schülern, die oft als Hauptwerke deklarierten Essaybände *Lire Le Capital* und *Pour Marx*.

Unübersehbar ist Althussers Aversion gegen jegliche Berufung auf direktes Erleben und Erkennen. Berührung gestattet er sich nur mittels Theorie. Unwillkürlich ist man an die Kindheitsgeschichte des Philosophen erinnert – die Mutter vergällt dem Knaben gleichzeitig jede körperliche Berührung und berührt ihn doch permanent durch Nennung seines Namens. So sehr Althusser später Nähe anstrebt, so sehr fürchtet er jene schamlose, erniedrigende Nähe, wie er sie durch den Ideologischen Staatsapparat Familie kennenlernte.

Diese Kindheitserfahrungen scheinen in der Theorie verwertet zu sein. Im Zentrum der ideologischen Reproduktion steht das Subjekt, das durch die Ideologie »angerufen« wird. Es ist der Ideologische Staatsapparat Familie, der dem Individuum – schon vor der Geburt – einen Platz innerhalb seines Gefüges zuweist, indem er ihm einen Namen gibt, es anruft und es dadurch unausweichlich zum Subjekt, d.h. zum »Unterworfenen«, stempelt. Das Subjekt erkennt sich wieder in seiner Anrufung und bestätigt so die Macht, die über es ausgeübt wird.

Es war Althussers Neurose, die ihn für diese Vorgänge sensibilisierte. Was dem einen Initiation ist, ist dem anderen Katastrophe. Ein Kind, dem der eigene Name als ein fremder erschien, mußte diesen Vorgang der Anrufung, der ideologischen Überwältigung, als grausam empfinden.

Zur Wirklichkeit des Subjekts wird – in Abwandlung eines guten Satzes von Fritz Mauthner (des Sprachkritikers, nicht des Nationalisten) – gesagt werden müssen: Das Subjektgefühl ist eine Täuschung, aber keine Lüge. Das Subjekt, wenn es auch, gesellschaftlich, ökonomisch gesehen, eine Schimäre ist, lebt fort im ideologischen Prozeß. Dem einzelnen erscheint sein Subjektgefühl unabweisbar, evident. Er wird in diesem Gefühl wiedererkannt und bestätigt. Und so scheint dem Knaben Louis sein Schicksal – in seinem Namen – beschlossen. Er ist ergriffen von der Wirklichkeit, die sich als Ideologie reproduziert. So stark er aber ergriffen wird, so wenig ist ihm selbst Begreifen möglich. Gehen wir zu weit in unserer Spekulation, wenn wir vermuten, daß erst die Krankheit, die Fremdheit sich selbst gegenüber, das Gefühl der Nicht-Anwesenheit die Voraussetzung schufen, zu sehen, was jedem anderen selbstverständlich und daher unerkennbar ist?

Begreifen gelingt erst in der Distanz, in einer Abstraktion und Fremdheit, die jedes Evidenzgefühl ausschließen. Nur so, mühsam und indirekt, läßt sich Nähe ermöglichen: indem Sprache und Erleben geprüft und in einer wissenschaftlichen

Praxis ausgewertet werden. Daher rührt die enorme Bedeutung, die Althusser der Philosophie zuweist, welche den politischen Kampf nicht nur zu begleiten hat: »Die Philosophie ist in letzter Instanz Klassenkampf in der Theorie«, ein Feld, wo »der Krieg ein allgemeiner Zustand« ist, wo ein hobbesscher Krieg aller gegen alle herrscht, ein Krieg, in welchem der Philosoph nicht umhin kann, Stellung zu nehmen. In diesem Krieg gibt es ungewöhnliche Frontverläufe und unwahrscheinliche Allianzen. Nicht zwangsläufig führen die geradlinigen Wege zu sicheren Stellungen. Althussers Weg zu Marx war nicht über den Hegelianismus, sondern über eine höchst eigenwillige Lektüre von Machiavelli, Montesquieu und – vor allem – Spinoza verlaufen.

Den abenteuerlichen Umweg schlägt er ein, um den Hegelschen Begriffsgespenstern auszuweichen, die »im Vorzimmer des Materialismus« hausen. Althussers Nominalismus läßt ihn vor Hegel zurückschrecken. Nominalismus – die systematische Weigerung, an Wörter zu glauben – erscheint ihm schließlich als tiefste Form des Materialismus. Nominalistische Sprachkritik liefert Einsichten in die Mechanismen der Ideologie und stellt deren Illusionen bloß. Althusser will den Nominalismus in eine Waffe verwandeln.

Wie ernst es ihm damit war, bezeugen seine unermüdlichen Versuche, die nominalistische Sprachkritik in der Politik nutzbar zu machen. 1976, anläßlich ihres XXII. Parteitags, beschließt die KPF, das Postulat der »Diktatur des Proletariats« aufzugeben. Sie müsse eine breitere Volksmasse ansprechen, sagt die Partei, außerdem sei »nach Hitler, Mussolini, Franco usw. das Wort ›Diktatur‹ untragbar geworden«.

Althusser antwortet darauf wie ein Nominalist: »Nicht die Worte selbst entscheiden über ihre Bedeutung, sondern ihr Echo« innerhalb der ideologischen Apparate. Auch proletarische Parteien sind Ideologische Staatsapparate, da sie unter den gegenwärtigen Bedingungen in die Form der bürgerlich dominierten ideologischen Auseinandersetzungen gezwungen sind. Geht die Partei, sagt Althusser, auf ein Volksbündnis aus, dessen Zentrum nach wie vor das Proletariat bildet, dann wiederholt sie nur, was auch Marx und Lenin forderten. Wäre es ihr bloß darum zu tun, hätte das Postulat bestehen bleiben können. Was aber den Begriff der »Diktatur« betrifft, so beweist die Partei, indem sie ihn ohne weiteres fallen läßt, daß sie sich um die peinliche Diskussion des Stalinismus drücken will, denn diese Diktatur hatte sie eigentlich gemeint. Was hier aus einem durchsichtigen politischen Kalkül heraus geschieht, hat indes weitreichende Folgen für die Ideologie. »Man kann die Diktatur des Proletariats ›aufgeben‹: aber man findet sie wieder, sobald man vom Staat und vom Sozialismus spricht.«

In allen Auseinandersetzungen mit der Partei geht es Althusser nicht um Worte, sondern um Positionen. Eine Position ist aber gerade durch die Abwesenheit bestimmter Worte, die Anwesenheit anderer markiert. Am Wortgeplänkel von Georges Marchais erkennt er, wie dieser nach und nach strategische Stellungen aufzugeben bereit ist. Die Partei hat die »Diktatur des Proletariats« ausgesetzt »wie einen Hund«. Und sie fährt fort in der sukzessiven Aushebelung ihrer Prinzipien. Dessen voll bewußt, bleibt Althusser dennoch bis zum Mord Mitglied der Partei; danach verlängert er seinen Parteiausweis nicht mehr, um ihr keinen Schaden zuzufügen. Erst damit tritt er – leise, unmerklich – aus dem Kreis heraus, den er vorher unzählige Male überschritten hatte, ohne ihn zu verlassen.

Er hatte nichts zu widerrufen. Jene bitteren, pessimistischen Anmerkungen, die der 1990 Verstorbene in einem Entwurf zu der posthum veröffentlichten Schrift *Die Zukunft hat Zeit* niederlegte, Absagen an den historizistischen Glauben, die Geschichte steuere ein Ziel an, transponieren lediglich in eine düstere Tonart, was er seit den Sechzigern stets wiederholt hatte. Sich keine Geschichten erzählen. Sein Historischer Pessimismus bezeichnet die erheblichste Abweichung des außergewöhnlichen Dogmatikers von der marxistisch-leninistischen Orthodoxie. Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen, aber keine, deren Ausgang im voraus feststünde. Der gesellschaftliche Kampf ist zu führen, ohne daß man sich des endgültigen Gelingens sicher sein könnte.

Louis Althussers Verdienst ist es, darauf hingewiesen zu haben, daß sich der »Klassenkampf ... bisweilen zusammenfassen läßt im Kampf um ein Wort, gegen ein anderes Wort«. Seinen persönlichen Kampf hat er für einen Namen geführt, gegen einen anderen Namen.

Louis Althusser: Die Zukunft hat Zeit. Die Tatsachen. Zwei autobiographische Texte. Aus dem Französischen von H.H. Henschen. S. Fischer 1993, 415 Seiten, 44 Mark.

Yann Moulier Boutang: Louis Althusser. Une biographie. Band 1. Bernard Grasset 1992, 509 Seiten, 175 Francs.

Die Werkausgabe des Argument-Verlagsist nach dem Tod Althussers unterbro-chen worden, da der neue Rechteinhaber IMEC dessen mündliche Zusagen nicht anerkennt.

Die Verfasser danken Frau Valérie Cadet (»Débats«) für freundliche Unterstützung.

Stefan Ripplinger und Petra Bail leben in Berlin

Konkret 05/94, S. 62

Layla Dawson

Kalt erwischt

Das Werk des englischen Schriftstellers Ian McEwan baute bislang auf die zweigeteilte Welt, auf den Kalten Krieg. In seinem neuen Roman »Schwarze Hunde« bleibt den Protagonisten nur mehr die Erinnerung an dessen Vorgeschichte

»Er durchquerte ein Nichts. Alles Gefühl für Vorwärtsbewegung schwand, und mit ihm alles Gefühlfür Zeit.«
Ian McEwan: *Ein Kind zur Zeit*

Während des Einkaufens im Supermarkt wird Stephens fünf Jahre alte Tochter, eben noch an seiner Seite, entführt. Die Zeit steht still. In Berlin, auf einem Küchentisch, zerstückelt Leonard in einem Moment von Ausweglosigkeit die Leiche des Ex-Gatten seiner Verlobten. Die Zeit verläuft nicht gradlinig. Sie stellt vor die Wahl, es gibt Abzweigungen und Umwege. Und: Die Zeit führt zurück. Auf einer einsamen Bergstraße in Frankreich gegen Ende des Krieges sieht June das Böse, es begegnet ihr in Form zweier aggressiver Hunde, die von der Gestapo ausgesetzt wurden. Ian McEwans Figuren treten auf der Stelle, inmitten eines Wirbels von Ereignissen. Sie haben aufgegeben, an ein besseres Leben zu glauben, es fällt ihnen schwer, sich überhaupt eine Zukunft vorzustellen. Unaufhörlich sind sie auf der Suche, kreisen um sich selbst, um doch nur anzukommen, von wo sie aufgebrochen sind.

In zwei Bänden von Kurzgeschichten, vier Romanen, in Theaterstücken und Filmen hat Ian McEwan sonderbare und klaustrophobische Welten beschrieben. Ihre Bewohner sind oft Kinder, deren Unschuld sie einzig in der Gegenwart leben läßt. Im *Zementgarten* oder in *Ein Kind zur Zeit* folgen die Kinder ihren eigenen Gesetzen, während Erwachsenene sich in einen Zustand kindlicher Unschuld flüchten oder in das, was sie dafür halten. Eine Flucht in unsicheres Gelände. Charles gibt seine politische Karriere auf, zieht sich auf einen Landsitz zurück und baut sich ein Baumhaus im Garten. Den Nadelstreifenanzug tauscht er gegen kurze Flanellhosen. Seine Taschen füllt er mit Glasmurmeln, Zwille und Schafsknochen, einem Taschenmesser mit unzähligen ausklappbaren Werkzeugen, mit Süßigkeiten, an denen der Flaum des Stoffs kleben bleibt, mit all den Talismanen kleiner Jungs, die durch Wälder streifen. Wie sehr er sich auch verstellt, seinen erwachsenen Ambitionen entrinnt er nicht.

In dem Roman *Unschuldige* verhalten sich Erwachsene so naiv, als wären sie Kinder. »Amerikaner«, sagt Ian McEwan, »sehen sich selbst immer im Stand der Unschuld. Das ist gefährlich. Wie kommen sie dazu, sich schuldlos zu fühlen, haben sie doch oft genug Kriege geführt?«

Westberlin 1955. Der amerikanische und der britische Geheimdienst wühlen sich durch die eigene Scheiße. Sie sind, während sie einen Tunnel unter die Sektorengrenze graben, um die sowjetischen Telefonkabel anzuzapfen, auf ihr eigenes Abwasserrohr gestoßen. Leonard, ein kleiner Techniker bei diesem kafkaesken Unternehmen, Teil einer Energieverschwendung im Weltmaßstab, verstrickt sich in ein persönliches Drama, das noch schrecklicher ist als die politische Groteske. Weder Unschuld noch Logik helfen ihm da heraus.

»Er war unschuldig, soviel wußte er ...: ich habe getötet, zerstückelt, gelogen und betrogen. Aber was folgt, sind die realen Bedingungen und Umstände, die mich dazu getrieben haben. Sie werden sehen, daß ich mich in nichts von Ihnen unterscheide, daß ich kein Übeltäter bin und lediglich nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe.«

Die Wende, das Ende des Kalten Kriegs, hat dessen unschuldig ideologische Mitspieler, und mit ihnen den Autor McEwan, kalt erwischt. Mit dem Trick, die Geschichte der *Unschuldigen* aus der Rückschau nach dem Fall der Mauer zu erzählen, rettet er sich bei der Verfilmung seines Buches zu »Der Himmel steht still«. Den geordneten Verhältnissen der zweigeteilten Welt folgt die Unordnung der geeinten, der Unschuld der Abseitsstehenden die Enttäuschung der Aktivisten, die, wenn nichts zu verändern bleibt, wenigstens ihre Ansichten darüber verändern möchten.

»Die beiden Säulen heißen Relativitäts- und Quantentheorie. Die eine beschreibt eine kausale und kontinuierliche Welt, die andere eine nichtkausale, diskontinuierliche Welt. Ist es möglich, beide zu versöhnen?« (*Ein Kind zur Zeit*)

June und Bernard, englische Kommunisten, stehen in *Schwarze Hunde* für die ältere Generation. Bernard hat die Partei 1956 verlassen, ist Abgeordneter für Labour geworden, ein Mann, der das liberale Establishment in Regierungsausschüssen vertritt. June hat den Glauben an politische Prinzipien verloren. Für sie gibt es keine Verringerung des Elends, es sei denn, die menschliche Natur wäre fortzuentwickeln; ohne eine Revolution unseres Innenlebens seien alle großen Entwürfe ohne Wert. Sie zieht sich zurück auf einen Bauernhof in Frankreich und schreibt Bücher über Spiritualität und Gartenpflege. Bernard bleibt dem aufklärerischen Gedanken treu, die Wahrheit aus der kontroversen Diskussion zu destillieren, und glaubt, es bräuchte nur sensible soziale Techniken, um die Menschheit von der ihr innewohnenden Tendenz zur Selbstzerstörung zu heilen. Das Anwachsen von Nationalismus und Rassismus sieht er als natürliche Folge der Niederlage des Kommunismus. In Berlin, im November 1989, wird er Zeuge einer Unterhaltung zwischen einem Westberliner Polizisten und einem ostdeutschen Volksarmisten. »Sie diskutieren, wie die Massen zu kontrollieren sind. Der halbe Weg

zur Vereinigung scheint geschafft«, notiert er bitter. Für June sind es nicht die sozialen Systeme, denen alles Schlechte entwächst, es sind die Individuen. June und Bernard verhalten sich zueinander wie die beiden Säulen Relativitäts- und Quantentheorie. June ist verstört wegen Bernards Bemühung um objektive Analyse, Bernard stößt Junes esoterischer Hokuspokus ab. Sie leben sich auseinander, finden zu keiner Übereinstimmung, wie die anwachsenden dunklen Kräfte einzudämmen seien. Was ihnen bleibt, ist das gemeinsame Wissen von der Rückkehr der schwarzen Hunde, »die uns heimsuchen werden, irgendwo in Europa, irgendwann«.

Ian McEwan: Schwarze Hunde. Roman. Aus dem Englischen von Hans-Christian Oeser. Diogenes 1994, 240 Seiten, 34 Mark.

Layla Dawson schrieb in KONKRET 4/91 über Andrea Dworkins »Eis und Feuer«

Konkret 05/94, S. 64

Günter Herburger

Logik und Blumik

Willy Hochkeppels Kriminalstück über die Philosophie des 20. Jahrhunderts

Es gehören Wißbegierde, Mut, Belesenheit, vor allem Souveränität dazu, über die denkerische Menkenke unseres Zeitalters zu berichten, wofür der »Beobachter«, wie sich Hochkeppel geschickt nennt, vierhundert dicht gedrängte Seiten benötigt, die niemals langweilen. Zuletzt las ich immer langsamer und bedauerte, daß das Buch zu Ende ging.

Es beginnt mit dem Ende von Kunst, Geschichte und Zeitgeist, um zur Erfrischung gleich nochmal beim unerbittlichen Hegel einzusteigen. Später, in der Mitte des Buches, kommt er nochmals auf Hegel zurück, referiert dessen Dialektik als Mystik, wobei er trotz Ernst beinahe, unterstelle ich, an einer Vokabel wie Miststück vorbeischrammt, indem er Begriffe Hegels folgendermaßen notiert: a-Na-KaNa (Synthese). Diese Schreibweise mache freilich nicht klar, inwiefern die ersten Kürzel eine höhere Stufe anstrebten, denn das letzte sei als Negation der Negation zu definieren, NNa, von der lediglich behauptet werde, sie transzendiere a ineins mit Na über sich hinaus, also etwa zu KaNa. Der vierte Schritt beinhalte dann NKaNa, demnach die neuerliche Negation. Die fünfte Position heiße konsequenterweise KKaNaNKaNa als Konjunktion der Negation NKaNa und der Stelle KaNa, längst bekannt, siehe oben, als Synthese.

Dieser Trockentanz kann endlos weitergeführt werden und hat die Stimmigkeit von Sandkörnern, die sich im Chaos infolge Menge notgedrungen aneinanderschmiegen, aber damit erledigt Hochkeppel, was er schon im Eingangskapitel tat, auch den marxistischen Sozialismus, der, meint er ein wenig wehmütig, in der Praxis nichts taugen möge, aber als Idee gut sei, wir sollten nicht verzweifeln.

Nach dem letzten Weltkrieg, erzählt der Beobachter, der damals zu sammeln begann, habe die feuilletonistische Philosophie gleich einer Art epochebestimmendem Religionsersatz mit dem Existentialismus von Jean-Paul Sartre angefangen, einer Philosophie im Kerzenlicht der Boulevardkeller oder einem Räderwerk aus Zeitschriften, Romanen und Drehbüchern. Heute, meine ich, sind es versunkene Evangelien, in denen auch noch die Schritte der unbeholfenen Kurzbücher Albert Camus' nachhallen.

Jaspers oder der Sauerkrautgeruch

Der Philosoph lag auf der Couch mit Nackenrolle oder saß aufrecht in einem Stuhl, als der junge Hochkeppel 1961 Jaspers interviewte. Manchmal mußte der Philosoph vor die Tür gehen, geschüttelt von einem Husten, der aus den Lungen, aus den Bronchien oder aus dem Herzen kam. Hochkeppel war von Jaspers beeindruckt, auch weil der beinahe unerträgliche, steife Philosoph unentwegt zum Tagesgeschehen, vorgeblich ein Makel, Stellung nahm, anmutend wie das aufgerichtete Rohr eines Flakgeschützes, das trotz seiner geringen Gewalt Atombomben am Himmel vernichten wollte.

Dann aber gerät Hochkeppel zurück in Martin Heideggers langen Marsch, für mich das bewegendste Kapitel, da der Beobachter den störrischen Philosophen nicht wohlfeil denunziert, sondern ihm zugesteht, daß er der Letzte gewesen sei, der noch einmal eine *verkehrte Welt* haben wollte, um sie richtiger zu beschreiben. Dazu zitiert Hochkeppel aus den Marburger Vorlesungen Heideggers vom Wintersemester 1925/26, in denen nach Husserls *Logischen Untersuchungen* zum ersten Mal bekannter Logik der Psychologismus ausgetrieben worden sei.

Über die Sprachmagie, auch die zeitweilige Nähe zum Nationalsozialismus Heideggers spottet Hochkeppel geringfügig. Er muß nur aus dem Spätwerk Offenbarungsschriften mit Titeln wie »Lichtung«, »Offenständigkeit«, »Unverborgenheit« anführen oder »das Ereignis«, »einkreisend Wahrheit«, »Sein, Entdeckung und vornehme Abstammung«. Es ist quasi himmelschreiend.

Einzigartig führt der Beobachter noch aus, wie Adorno diesem pseudodichtenden Abwesenheitsphilister Heidegger anhing, indem er ihn unentwegt schmähte, ihm jede Originalität, die zutiefst deutsch, gar antisemitisch gewesen sei, absprach. Doch dann wägt Hochkeppel die Klavierstücke Adornos mit der gräßlichen Naturlyrik Heideggers auf. Beide Seiten klingen sehr menschlich, erschütternd, als würde ein Mops einer Zimmerpalme die Hand reichen.

Rudolf Carnap oder das Sperrholz

Niemand kennt ihn, dessen Autobiographie Hochkeppel übersetzte *(Mein Weg in die Philosophie;* Stuttgart 1993), ein Kampf gegen sinnlose Sätze einer Metatheorie nicht statistischer, vielmehr logischer Wahrscheinlichkeit, und schon stutze ich: Gibt es korrekte Schätzungen, etwas zwischen Belief and Attitude, Glauben und Haltung?

Nachdem Carnap nach den USA ausgewandert war, gründete er dort eine neue, positivistische Schule, die aus dem Wiener Kreis (Mach, Schlick, Wittgenstein und andere) herrührte. Hochkeppel fragte Carnap in einem Interview 1967 nach dem »logischen Empirismus« oder einfach nach Grundlagenforschung. Carnaps Antwort: »Sie stellen die Vermutung auf, daß

die einzelnen Wissenschaften selber ihre Resonanzen erforschen werden, daß heißt also, daß die Physiker sich mit den Grundlagen oder Problemen der Physik befassen werden, die Biologen mit denen der Biologie, die Psychologen mit denjenigen der Psychologie«, – usf. Aber wir vertun uns, wenn wir nur unwirsch der Umständlichkeit zuhören, die ausgesponnene Arbeitsteilung zwischen Denken und Gefühlen habe einst noch reüssiert.

Die Last nach Besichtigung des Schlachtfelds ausgedehnter Sätze besteht darin, daß, leider, fast nichts mehr vorhanden ist, und Hochkeppel nennt die Kritik an der Kritik auch »popperverkehrt«, eine, glaube ich, Form neuseeländischer Schafsdauer.

Hochkeppels Erzählungen über die Geschichte der Philosophie des 20. Jahrhunderts münden mitunter in einen Sarkasmus, der Wolken entzweireißt und der auf den Boden zurückführt. Die Sprache ist flüssig, der Witz bleibt unbemüht mit Aussparungen. Oft mußte ich während der Lektüre, kaum vorstellbar für ein Buch über Philosophie, lachen, blätterte noch einmal süffisanten Stellen nach, bis Hochkeppel unversehens zu Jürgen Habermas gerät, ihn rühmend, da er den »Zug zur fortschreitenden kritisch-revolutionären, aber versuchsweisen Verwirklichung der großen Menschheitsillusion durchschaubar oder nicht« betritt, doch der wissenschaftliche Objektivismus bleibt, meine ich, vergeblich, und die Sprache trocknet gleich Gips aus.

Die dialektische Sozialphilosophie hat auf unerwartete Weise zwar die gesellschaftliche Praxis aufgespießt, aber nun ist sie selber von einer anderen Wirklichkeit überrascht worden. Die Werke der großen Altmeister Adorno, Jaspers, Heidegger, Horkheimer, Lucács oder Russell werfen von fern noch ein Licht auf uns, doch die Maße haben sich verändert, entweder erneut zu Barbarei oder zu einem privatistischen Pointillismus.

Feyerabend oder die Kreide

Wir seien Analphabeten oder nur Sonntagsleser, wird behauptet analog dem Titel des Aufsatzes, den Jean Paul Friedrich Richter (1763-1825, studierter Theologe, enorme Romane) erfunden hat. Wahrscheinlich hätten Feyerabend, Wittgenstein und Mach sein wollen wie Richter, der zu seiner Zeit begehrter als Goethe war. Wenn er in irgendeiner Kleinstadt eine Lesung ausfallen ließ, weil er zu viel Bier getrunken hatte und die Kutsche nicht mehr verlassen konnte, daher einfach weiterfuhr, entrissen Damen und Herren, die Richter hatten zuhören wollen, irgendeinem Hund Locken oder Haare, als sei Richter oder wenigstens sein Pudel trotzdem anwesend gewesen, eine Hypostasie, nachzuschlagen in den tentativen Vermutungen des Spiegelkabinetts Wittgenstein, der nicht nur Architekt, sondern auch Volksschullehrer war.

Einschub: Im Winter 1951 war ich, fast noch ein Kind, zum ersten Mal in London. Ich hatte kein Geld. Ein Maler namens Francis Bacon nahm mich auf. Getränke und Essen waren immer vorrätig. Der Künstler malte Tafeln voll zerrissenem Fleisch. Eines Morgens fuhren wir hinaus aufs Land und trafen Wittgenstein, der, auf einem Strohsack liegend, einen Trainingsanzug anhatte, über dessen Reißverschluß er sprach, als sei seine Mechanik ein Gottesbeweis. Wittgenstein starb gerade an Magen- und Darmkrebs.

Die dialektischen Sprünge werden in Hochkeppels Buch allmählich größer. Nietzsche, der Stammeskrieger, schreibt der Beobachter, sei wieder hoffähig geworden, obgleich er nur Floskeln wie »wir Erkennenden« oder »wir freien Geister« für beglückt mit dem Kopf Nickende vorrätig habe. Wer dabei sei, zähle wahrscheinlich zu den Vielzuvielen. Selbstverständlich fürchte der tragische Mißverstand jenseits der Halkyoniker mit den vorgeblich leichten Füßen den Pessimisten, der jedoch boshafterweise nach der gleißenden Mittagshelle in Umnachtung fiel und, was wir möglicherweise auch schon taten, ein Pferd umarmte, dümmeres Tier als Schwein, Esel oder Huhn.

Horkheimer versuchte 1937 in der »Zeitschrift für Sozialforschung«, Nietzsche ins Lager der kritischen, marxistischen Theoretiker herüberzuinterpretieren, und auch Thomas Mann zitierte in seiner glänzenden, schreibt Hochkeppel, Nietzsche-Studie herzbrechend-rechtschaffene Sätze, in denen er bei jeder Gelegenheit seinen Abscheu vor dem »Socialismus«, dem »Democratismus«, der »Preß- und Frechsfreiheit« und vor dem Pöbel der »Zeitungsleser« bekundet habe. Was hätte Feyerabend, der lasterhafte Alleskönner, dazu gesagt? Ich denke, er hätte sardonisch den Paragraphen 316 aus Hegels *Das Innere Staatsrecht* zitieren können: »Die Wissenschaften aber, da sie, wenn sie nämlich anders Wissenschaften sind, sowohl sie überhaupt nicht auf dem Boden des Meinens und subjektiver Ansichten (sich) befinden, als auch ihre Darstellung nicht in der Kunst der Wendungen, des Anspielens, halben Ansprechens und Versteckens, sondern in dem unzweideutigen, bestimmten und offenen Aussprechen der Bedeutung und des Sinnes besteht, fallen nicht unter die Kategorie dessen, was die öffentliche Meinung ausmacht.«

Anders gesagt: In Bulgarien geclonte oder täuschend gefälschte Camel-Zigaretten entsprachen trotz Poppers Falsifikations-Theorie unseren Erwartungen, sobald eben Feyerabend für ihre Echtheit plädierte.

Was man besitzt, stimmt. Fremdes kann richtig sein oder nicht. Der Logozentrismus zerstäubt zu Hilflosigkeit oder gewinnt an Sturheit für neue Stammeskriege. Davon spricht auch ein früher Chaos-Theoretiker wie Max Bense (1910-1990), der 1937 über *Quantenmechanik und Daseinsrelativität* promovierte. Er schrieb auch Gedichte; siehe das Büchlein *Das graue Rot der Poesie*, 1983. Daraus ein fast jungfräulich summendes Beispiel:

Prinzip Unverläßlichkeit
Sie kommt mit dem kleinen, roten Wagen,
aber der kleine, rote Wagen, der kommt,
fährt vorbei die Straße hinunter;
selbst die Bäume, schon ohne Blätter,
winken im Wind ihm nicht nach.
Unverläßlicher Wagen
auf unverläßlicher Erde
und unverläßliche Wörter
aus deinem zärtlichen Mund.

Daß das Speien, Küssen oder Verzeihen hold sein konnte, wußten wir, eine Generation jünger, auch schon. Den zärtlichen Mündern oder einer zyklischen Wiederkehr mißtraut Hochkeppel, der philosophische Beobachter, gründlich, wenn er Nihilismus (neues Räderwerk), Phonozentrismus (Volks- und Talkmund) sowie Konfusionismus (Derrida und die Folgen) durch Aporien, Paradoxien und fatale Selbstbezüglichkeiten sich gegenseitig vernichten läßt. Insgesamt wurde, von Frankreich hergedacht, wie Hochkeppel belegt, die Philosophie feuilletonistisch eingefangen. Nachdem Michel Foucault Aids als Bereiniger gelobt hatte, starb er daran.

Gott oder die Nebelwerfer

Dafür hat den Beobachter Hochkeppel ein umfangreiches Werk wie *Das Wunder des Theismus* von John Leslie Mackie beeindruckt, in dem rasiermesserscharf und glänzend Schicht um Schicht geschält werde, was es an monotheistischen Konstruktionen gegeben habe, denn mit der verbreiteten Ansicht, es sei altmodisch, überholt und irrelevant, sich noch mit den traditionellen Glaubenslehren im buchstäblichen Sinn auseinanderzusetzen, verfährt Mackie kurz angebunden mit dem Hinweis, daß durch die Unausweichlichkeit solcher Fragen die bedeutendsten Denker zu den gewichtigsten Überlegungen getrieben worden seien.

Religionskritik besitze unter solchen Auspizien erneute Aktualität und Bedeutung und habe schon jetzt einen leichten Wirbel in die religionsphilosophische Windstille gebracht, sagt Hochkeppel. An den Universitäten von Frankfurt und München bestätigen Seminare über Mackies Analysen dessen Rang als einer der bemerkenswertesten angelsächsischen Philosophen, wenn auch erst posthum. Mackie starb 1961 in Oxford im Alter von 64 Jahren.

Wer aber sind die Nebelwerfer? Etwa Fritjof Capra (Ganzheit und Gesundheit) oder der Allzweck-Liberale Richard Rorty, ein Namedropper, der geschwind von Hemingway zu Proust, von Hitler zu Marx, zu Foucault und Mary Douglas kommt, dann von der derzeitigen Lage in Südostasien zu Ghandi und Sophokles. Sobald alles möglich wird, blüht der Jargon, oder Mythen werden wie bei Carlos Castaneda neu eingekleidet. Der gesellschaftliche Seelendruck steigt wieder, pastosen Kirchen und Sekten laufen Verirrte zu, die nach Halt suchen. Probleme werden nicht diskutiert, vielmehr verleugnet oder verklärt. Auch ein geschmückter und wortberauschter Nach-Gnostiker wie Peter Sloterdijk betritt hurtig die Arena, über den Hochkeppel nur ein paar Sätze beiseite verliert. Und schließlich, am Ende des Bewußtseinsspektrums, läßt sich bei Capra lesen, »gehen die transpersonalen Spektralbänder in die Ebene (Horizontale?) des kosmischen Bewußtseins über, auf (in?) der man sich mit dem ganzen Bewußtsein identifiziert« ...

Schauer und Schauder! In Schwung gebracht, könnten wir auch den Animismus der Bambara gutheißen, ein Volk, das im 17. Jahrhundert immerhin das legendäre Mali-Reich sich unterworfen und den eigenen Wohlstand auf Krieg und Sklavenhandel gegründet hat.

Von dem 1966 verstorbenen Wissenschaftsphilosophen Philipp Frank stammt der bis vor kurzem wahre Satz, die Erkenntnisse der Physik von gestern seien die Axiome der Philosophie von heute. Wahr sei freilich auch, fährt Hochkeppel fort, daß die Metaphysik von vorgestern die Bausteine für die heutige Philosophie der Physiker liefere. Und die schlechte Philosophie guter Physiker – beginnend mit Planck und Einstein – werde derzeit unterboten von der miserablen Philosophie mittelmäßiger Physiker.

Vertreter akademischer Philosophie werden sich über Willy Hochkeppel mokieren, aber insgeheim in seinem Buch nachschlagen, ob sie darin vorkommen und falls, wie. Er hat, was äußerst selten gelingt, ernst sowie genügend boshaft, über Philosophie wie über ein früher bekanntes, jetzt scheinbar kaum mehr notwendiges, nur noch in Ethiken oder Ästhetiken vorhandenes Lebensmittel ein spannendes Werk zustandegebracht.

Willy Hochkeppel: Endspiele. Zur Philosophie des 20. Jahrhunderts. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1993, 404 Seiten, 24,80 Mark

Günter Herburger beschrieb in KONKRET 4/88 einen florentinischen Marathonlauf

Konkret 05/94, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Warum können Leute ihr Liebstes nicht aussprechen? Nie ruft der Karl-Heinz seine Dagmar-Ulrike bei einem anderen Namen als »Daggie-Maus«, nie konnte Wolfgang Mischnik, der Zimmerer unzähliger Koalitionen, von einem seiner Werke anders sprechen als von der »Kollision«, dreiundachtzigmal in einer einzigen Rede zerredete Honecker seinen geliebten Sozialismus zum »Sozlismus«, und der Bundeskanzler aller Bundeskanzler bringt, wenn er von sich redet, nichts heraus als ein »Bumbdskmpzlr«. Warum? Nein, hier wird jetzt nicht gelacht, hier wird eine Forschungsgruppe eingesetzt.

Des »Spiegels« Musikredakteur Klaus Umbaba läßt den »Spiegel« über seine Arbeit schreiben:

Der gelernte Jurist meidet geschmäcklerische Konzertkritik, hält Recherchen über den Musikbetrieb, die Großverdiener, Falschspieler und bunten Vögel des Gewerbes für wichtiger »und oft auch unterhaltsamer«. So war er dabei, als Vladimir Horowitz unter Protest von Gattin Wanda seelenruhig in seiner riesigen Nase bohrte.

Der gelernte Jurist versteht was vom Nasenbohren, der gelernte Nasenbohrer was vom Wirtschaftswachstum, der gelernte Ökonom was von bunten Vögeln, gut – aber wer von den Kollegen versteht was von Musik?

Was macht die Redaktion des »Freitag«, wenn sie zwei Artikel zu einem Thema hat und sich nicht entscheiden kann, welchen von beiden sie in den Papierkorb stecken soll? Sie druckt den einen wie den andern und sich um beide herum:

Die Beiträge zur Situation in Bosnien auf Seite 1 und Seite 3 reiben sich in einer Spannung, die den Augenblick des Umbruchs reflektiert. Der ist immer zweideutig.

So hat es doch seinen späten Lohn, daß man vom Grundkurs bis zu Baudrillard alles mitgenommen hat.

»Welt«-Premiere eines original deutschen Lyrik-Gedichts:

Kommt der Taifun

Oder dreht er ab? Der Sturm weiß es nicht.

Darfst Du dieses Mal fliegen, weg vom Beton,

der die Erde verbirgt – uralter Traum,

erfüllt von Mutter Natur, alle Monate wieder

undsoweiter, was halt gern genommen wird zur Zeit, Marke: Gelber Punkt im Zeilenbruch. Und kein Müsli ohne Oben:

Ein Engel steckt in jedem Mensch,

also in jeder Frau, denn was im Dativ dem Mensch heißt, ist das Mensch, während der Mensch, der in ein wenig zu vielen Fällen Lutz Rathenow heißt, dem Menschen einen Wolf dichtet, woran aber wieder nur der Erich Mielke schuld ist, der dem berufslosen Dissidenten den Weg ins Feuilleton gebahnt hat, wo er, der Mann mit der Schwarte, den Mann mit der Narbe spielt.

Was aber nützt alles Schreiben und Drucken, wenn’s keiner liest? Die Frage stellen, heißt die in Mainz ansässige »Stiftung Lesen« mit einer Anzeigenkampagne zugunsten der »Lesekultur« antworten zu lassen:

Prominente aus Politik, Wirtschaft, Unterhaltung und Sport beteiligen sich an der Aktion, darunter Richard von Weizsäcker, Fußball-Bundestrainer Berti Vogts (»Durchs Lesen bleibe ich am Ball«) und Bundeskanzler Kohl (»Lesen selbstverständlich für eine Kulturnation«).

Wer hier fehlt, um das Volk Goethes vollends zum Lesen herumzukriegen, ist das Fräulein von Almsick mit ihrem Bekenntnis: »Lesen – aber hallo!«

Wie der »Russen-Hitler« in dem Fernsehredakteur Mertes Frühlingsgefühle weckte:

Schlimmer denn je hat der Brutalo-Demagoge Schirinowski seine Maske fallen lassen. Russische Bomben auf Nato-Basen in Italien – diesen Horror propagiert er als selbstbewußte russische Politik. Solchen Ungeist auch noch auf Besuch in der Europa-Stadt Straßburg zu predigen, ist eine geradezu perverse Provokation.

Gib mir Horror, Ungeist, Brutalität, Demagogie, Provokation, Perversion! Sei brutal, du schlimmer Schiri!

Noch einem ist der Lenz ins Glied gefahren:

Ein großer Wurf. Ein Gesang von der Unerträglichkeit der Liebe, von der Anstößigkeit der Begierde, vom besitzergreifenden Abscheu der Lust. Ein entsetzter Hymnus der Sexualität: besessen, verfallen, obszön und nie pornografisch. Ein bedeutender Roman.

Wer wars? Nicht der Romancier, das könnte jeder sein, sondern der Rezensent? Ich will nicht viel verraten: vorne heißt er Fritz und hinten Raddatz. Wie aber heißt er dazwischen, da wo die Liebe unerträglich singt vom besitzergreifenden Abscheu der Begierde? Johannes? Und sieht aus wie der Satzbau des Mannes?

Der Generalbeichte eines Bekehrten, 35. Folge:

Zu Ostern im roten Kloster/ Ein Genosse erinnert sich an eine denkwürdige Begebenheit/ Von Peter Schütt

»Peter Schütt«, schreibt die »Welt«, »war von 1971 bis 1988 Mitglied des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei«. Und davon lebt er? Davon lebt er.

Wo die ordinären Tageszeitungen bloß melden können, wer, wann, wo, was und warum, bringt die alternative »Tageszeitung« gern erzählerische Farbe in die Geschichte, so wenn in Lübeck ein Anschlag auf eine Synagoge unternommen worden ist, und der Redakteur den Vorraum beschreiben kann,

in dem die Laubhütte für das am Sonntag stattfindende Passahfest aufgebaut war,

weil eben die Juden die typisch jüdische Angewohnheit haben, den Auszug aus Ägypten als Erntedank zu feiern und zwar im Frühling. Noch besser wäre freilich, wenn die alternativen Judaiker bei der bewährten Regel blieben, als ihre höchsten jüdischen Feiertage jene zu begehen, an denen Broder mich in der »TAZ« einen Antisemiten nennt. Am besten jedoch, sie ließen die Juden, die Laubhütten, mich und die ganze Welt in Ruhe und weihten ihr Leben der Herstellung jener von aller Erdenschwere befreiten Texte, in denen sich das Bekloppte mit dem Blödsinnigen so innig vermählt wie beispielsweise hier:

Es wird jenen Sargnagel der Demokratie tilgen, der in der unangefochten waltenden Sicherheit der Politiker bestand, ihr Amt qua festgefügter Partei nahezu unendlich festhalten zu können.

Sargnägel zu tilgen, die in der unangefochen waltenden Sicherheit bestanden, Ämter qua festgefügter Partei nahezu unendlich festhalten zu können – das bringt für künstlerischen Ausdruck wie für den technischen Wert der Übung eine glatte 6,0. Wer Sargnägel zu tilgen vermag, sollte sich nicht mit den Vorräumen von Synagogen abgeben, in denen doch nur Sachen rumstehen, die man verwechselt.